Wildcat-Zirkular

Nr. 17 Juli 1995

Inhalt Wildcat-Zirkular 17, Juli 1995

Über Opium 3
Schluß mit den Razzien! 5
Zwischen Akkord und Abschiebung 9
Streik auf dem Bau 20
AntiFa in Wurzen 23
The American way of antifa 28
Zu den Klassenkämpfen im Nationalsozialismus 42
...stimmt ein in den
Chor des internationalen Klassenkampfs! 54
Eingewanderte Zimmerleute kämpfen
gegen Bauunternehmer und die »Migra« 54
Chang Sha: Arbeiter streiken 57
Streiks in der Süßwarenindustrie bei Leipzig 58
Unterschied zwischen
Beschäftigungs- und Erwerbsloseninitiativen 60
ArbeiterInnen in Rußland
auf der Suche nach dem Glück 62

Kontakte:

Ost: * Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848
* Wildcat, c/o Infoladen, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
West: * Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
* Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn
Nord: * Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg
Süd: * Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271
* Wildcat, Postlagerkarte 172649 E, 79001 Freiburg

Abos:
Wer an der Zirkular-Diskussion teilnehmen will, soll ein Abonnement bestellen. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM/ Ausland 30 DM. Schriftliche Bestellung an Sisina Berlin und Vorkasse an Sisina GbrR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Wieder kein Editorial, sondern:

Über Opium

"Religion ist Opium des Volkes" (Marx)
"Ich rauche gerne" (Max)

Im letzten Hamburger Editorial sprachen wir über *einstürzenden Neubauten* am Millerntor in St.Pauli. Auch dieses Mal werden wir von diesem Platz berichten müssen – nicht um uns zu wiederholen, sondern um übler Nachrede entgegenzutreten:

Irgendwer verbreitet seit dem letzten Hamburger Editorial hartnäckig das Gerücht, die Hamburger Zirkulargruppe könne nur noch unter Drogeneinfluß zusammenkommen. Wir dementieren. Es liegt nicht an uns, es liegt an dieser Stadt, daß wir dauernd mit Drogen aller Art konfrontiert werden. Wir meinen nicht das Mediengeschwätz über den Drogenumschlag an der Elbe. Nein, ganz andere spektakuläre Erfahrungen mit der Klassenrealität zwingen uns dazu, schon wieder von Drogen zu reden – diesmal *über Opium*.

150.000 Außerirdische besetzten nämlich mehrere (Kirchen-) Tage lang die Stadt – in U-Bahnen, Bussen, Straßen und auf öffentlichen Plätzen begegneten wir Tag und Nacht diesen *entrückten Gesichtern* mit den *glasigen Augen*. Selbst beim Brötchenholen konnte es geschehen, daß unter lauter müden Spätaufstehern auch einer dieser Außerirdischen geduldig in der Schlange stand und fröhlich summte: "*Bis hierher hat mich Gott geführt...*" Wie waren wir froh, als sich diese Heerschar von Schmerzensengeln, Shell-Boykotteuren, Verkehrsberuhigern und Militärseelsorgern zum Abschlußgebet ins Lager des Klassenfeindes zurückzog: ins verhaßte HSV-Volksparkstadion! Sollten sie doch! "*Religion ist Opium des Volkes*", unser Stadion aber steht am *Millerntor*! Und da begab es sich zu der Zeit, als sich die letzten Außerirdischen zum letzten Gebet einfanden, daß sich am Millerntor das Proletariat von St.Pauli versammelte, um mit dem entschlossenen Ruf "*Nie wieder Faschismus! Nie wieder 2.Liga!*" zuerst die Klassenbrüder aus Homburg in Grund und Boden und dann den eigenen Verein in die 1.Liga zu schießen. Während die Außerirdischen endgültig mitsamt *entrückten Gesichtern* und *glasigen Augen* aus der Stadt flohen, besetzte das Proletariat von St.Pauli die Reeperbahn zur Siegesfeier!

Wir reagierten schnell und bildeten eine *militante Untersuchungskommission*, steckten vorsichtshalber 500 Fragebögen ein, kamen aber nicht dazu, sie auszupacken: Auf der Reeperbahn begegneten wir einem Meer *entrückter Gesichter* mit *glasigen Augen*. Zehntausende ProletarierInnen verbeugten sich in lithurgischen Ritualen vor Spielern und Vereinsfunktionären! Ein in der Nachbarschaft wirkender Arzt, der uns kürzlich über ein weltweites "remaking" der Klasse, über die "neue Proletarität" informiert hatte, war nicht zu erreichen. Vielleicht hätte er uns weiterhelfen können, vielleicht hätten wir gemeinsam herausgefunden, daß die Arbeiterrigidität zwischen *süchtiger Verbeugung* und *Sprung nach vorn* kein Mittelmaß kennt.

Verzweifelt kehrten wir heim. "*Die 1.Liga ist das Opium des Proletariats*", gestanden wir uns ein. Und wir wollten kein Zirkular mehr erstellen, wir wollten die 500 leeren Fragebögen bereits dem Reißwolf überlassen, ja, wir hätten schon selber nach *Opium* gegriffen, wäre uns nicht ein fröhlich pfeifender Punk begegnet. Auf seinem T-Shirt lasen wir:

"ICH ESSE GERNE CHRISTEN"

Nichts also war verloren! Zuhause stellten wir sogar fest, daß wirklich Beiträge für dieses Zirkular vorlagen, die abgesprochen und angekündigt worden waren. Glückliche Redaktion, die ihre LeserInnen nicht beschimpfen muß! Hie und da fehlte natürlich auch mal wieder ein Beitrag, aber wir vermuten: Irgendeine Art von *Opium* hat irgendjemanden irgendwo mal wieder aus dem Verkehr gezogen...

Ihr werdet jetzt vielleicht besser verstehen: Es liegt an dieser Stadt, daß wir *über Opium* diskutieren – über das *Opium des Volkes* und das *Opium des Proletariats*. Seit dem unterbrochenen Kampf am Millerntor ist uns klar, daß wir uns nicht über die *proletarischen Kirchentage* erheben dürfen, solange wir nicht den entscheidenden Sprung gemacht haben – in eine Welt, in der das Opium *aufgehoben* und der Rausch *verwirklicht* ist. Also, steckt ein Pfeifchen an und lest: ..Beiträge zur Diskussion über Antifaschismus, Antinationalismus, und Antideutschtum und eine Reihe anderer Berichte zu weiteren Themen. Wir hoffen, sie regen zur Diskussion an.

In diesem Sinne –
die Hamburger Zirkulargruppe

Schluß mit den Razzien!

*»Insbesondere auf **Baustellen** stießen die Ermittler wiederholt auf skandalöse Verhältnisse. Drahtzieher sind häufig skrupellose Menschenhändler: So mußten auf einer Berliner Großbaustelle 65 osteuropäische Arbeitnehmer vorläufig festgenommen werden, von denen 51 weder eine Arbeits- noch eine Aufenthaltserlaubnis hatten. Sie arbeiteten zum Teil für einen Stundenlohn von 75 Pfennigen und waren von Briefkastenfirmen verliehen worden. Aussicht auf eine leistungsgerechte und deutschem Tarifrecht entsprechende Entlohnung besteht nicht; die Arbeitnehmer wurden bereits überwiegend in ihre Heimatländer abgeschoben.«* (Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 66/1993 vom 14. Oktober 1993: Neue Schwerpunktaktion gegen Mißbrauch)

»Hinter der Fassade herrschen Zustände wie auf einer Galeere. Überstunden werden nicht bezahlt. Ein kahler Raum, in dem ein paar eiserne Bettgestelle stehen, dient den Arbeitern als Unterkunft. Sie verdienen einen Hungerlohn: vier bis sechs Mark pro Stunde.« (Express/Köln, 31.5.95) Einen Tag später: *»**Razzia: Polizei befreite Kölner Arbeitssklaven**. Gestern morgen, 11.30 Uhr: Razzia in der **Hinterhof-Näherei** in Ehrenfeld. Arbeitsamt und Kripo schlagen zu. Sie heben die Fabrik aus, in der die Arbeitssklaven von Köln geschuftet haben. ... Ein voller Erfolg. 15 Betriebsangehörige und der Inhaber wurden überrascht. Bilanz: Zehn Arbeiter hatten keine Arbeitserlaubnis, keinen Sozialversicherungsschutz. Zwei waren illegal nach Deutschland eingereist. Sie wurden in Abschiebhaft genommen.«* (Express/Köln, 1.6.1995)

*»**Erfolgreiche Razzia auf Spargelfeldern**. Die Männer kamen frühmorgens und in großer Eile auf die Spargelfelder an der B4 bei Bardowick. Ihr Interesse galt nicht dem Gemüse, sondern denen, die es ernteten. 18 Beamte der Polizei, der Ausländerbehörde des Landkreises und des Zolls sprinteten über die Äcker – sie verfolgten illegale Erntehelfer. Die Razzia war erfolgreich: Zwölf polnische Erntehelfer ohne Einreisevisum gingen den Fahndern in Netz, außerdem nahmen sie auf den Feldern zwei Inder fest, deren Asylanträge bereits vor zwei Jahren abgelehnt worden waren. ›Die beiden werden jetzt abgeschoben‹, auch den anderen drohe die Ausweisung, berichtete Volker Gause, Pressesprecher des Landkreises. Allerdings bekamen die Kontrolleure nicht alle illegalen Spargelernter zu fassen. ›Einige hatten bei unserem Erscheinen Reißaus genommen‹.«* (Lüneburger Landeszeitung, 31.5.95)

In den letzten drei Jahren hat die Zahl der planmäßig und im großen Stil durchgeführten Razzien auf »illegale« ArbeiterInnen aus dem Ausland und einheimische »Sozialbetrüger« stark zugenommen. Die Fahnder des Arbeitsamtes, des Zollamts und der Polizei stellen sich dabei als die Helden im Kampf um die Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt dar. Geschickt wird in Presseerklärungen und Artikeln die Jagd auf »Ausbeuter« und »betrügerische Arbeitgeber« in den Vordergrund gestellt. »Lohndumping«, »skrupellose Menschenhändler«, »skandalöse Verhältnisse« bei der Unterbringung – diese Stichworte sollen der Öffentlichkeit vorführen, daß mit den Razzien nur die besten Absichten verfolgt werden. Dann erscheinen auch die im Nachsatz erwähnten Festnahmen und Abschiebungen von ArbeiterInnen als bedauerliche Begleiterscheinung dieses unermüdlichen Einsatzes gegen die »Ausbeutung«.

Nicht ungeschickt geht damit das Arbeitsamt auf eine Art von Kritik ein, die nicht die Razzien als solche aufs Korn nimmt, sondern nur ihre falsche Stoßrichtung kritisiert. Am Ende eines Artikels in der letzten Ausgabe der *Siesta* (Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) zu den bundesweiten Razzien im Gaststättengewerbe Ende März diesen Jahres heißt es: »*Wie bei solchen Razzien fast schon üblich, wurden keine Feststellungen über Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, Arbeitslöhne und andere Dinge erhoben, also über Tatbestände, die weit mehr über die soziale Realität von Arbeit in Deutschland aussagen als das Mit-sich-Herumschleppen eines Stücks Ausweispapier.*« Aber selbst wenn die Razzien darüber etwas aussagen würden – einige spektakuläre Fälle, 75 Pfennig Stundenlohn etc. werden vom Arbeitsamt stets bemüht –, sie wären das grundfalsche Mittel, um gegen die Ausbeutung vorzugehen.

Das Arbeitsamt und die Presse bemühen in ihrer Darstellung die Illusion, der Staat sei der Garant einer gewissen Gerechtigkeit in den Ausbeutungsverhältnissen, durch seine Kontrolle werde das Schlimmste verhindert. Diese Illusion findet auch in linken Kreisen vor dem Hintergrund Nahrung, daß wir uns heute an vielen Punkten zu schwach fühlen, selber Verbesserungen zu erkämpfen. In den Debatten um gesetzliche Mindesstandards, Mindestlöhne oder ein Mindesteinkommen spiegelt sich diese Schwäche wieder. An ganz vielen Punkten und Konflikten wird die Frage der eigenen Mobilisierung abgelöst von einer Debatte um die erforderlichen oder gewünschten Maßnahmen des Staates. Bei einer so offensichtlichen Repression wie den Abschiebeknästen wird der Staat bekämpft, aber schon bei der Frage nach der Sicherung von Mindesstandards für die Lohnarbeit gerät die Kritik am Staat ins Schleudern (bzw. in die Brennesseln, s. Wildcat 61, S. 21).

Dabei wird eines völlig übersehen: In aller Regel sichert der Staat nicht von sich aus gesetzliche Mindesstandards, sondern er stellt sie als Gesetz nur zur Verfügung. Ob sie eingehalten werden, ist allein die Frage der Benutzung dieser Gesetze, die Frage, ob wir vor Gericht klagen oder nicht. Oder hat es schon Razzien zur Einhaltung des Kündigungsschutzgesetzes, des gesetzlichen Mindesturlaubs oder allgemeinverbindlicher Tarifverträge gegeben? Es geht bei den Razzien nicht um den propagandistisch bemühten Kampf gegen die »ausbeuterischen« Verhältnisse, sondern gerade darum, alle Ausweichmöglichkeiten vor dem gestiegenen Arbeitszwang und alle Kampfmöglichkeiten gegen ihn zu verhindern. Die Artikel zum Kampf der italienischen Bauarbeiter in Schwannewitz/Sachsen und zum Streik der eingewanderten Zimmerleute in den USA zeigen das in beispielhafter Deutlichkeit: Razzia als unmittelbare Antwort von Unternehmer und Staat auf die Forderungen und Kämpfe der ArbeiterInnen!

Mit den Razzien wird die Ausbeutung intensiviert!

An solchen Beispielen wird der Zusammenhang Razzien als Antwort auf Kämpfe unmittelbar deutlich. Aber dieser Zusammenhang existiert auch allgemein. Neben der Verfolgung von ausländischen ArbeiterInnen, die durch die Razzien illegalisiert werden und in den letzten Jahren zum Hauptangriffsziel geworden sind, geht es auch um die Jagd auf die »Sozialbetrüger«, also ArbeiterInnen, die sich vor den neuen Zumutungen

der Arbeit und den gesunkenen Löhnen durch die ergänzende Inanspruchnahme von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe zu schützen versuchen. Diese Schlupflöcher sollen verstopft werden, um damit den gesamtgesellschaftlichen Arbeitszwang unabwendbarer zu machen. Die durch die Illegalisierung von ArbeiterInnen erreichte Verschlechterung der Bedingungen wird dabei zum Maßstab des Arbeitszwangs, dem sich nun auch einheimische Arbeitskräfte unterwerfen sollen: Arbeitslose in die Ernte usw.. Die Razzien und der Kampf gegen den »Mißbrauch« werden damit zu einem Schnittpunkt der gesamten Neuzusammensetzung der Arbeitsmärkte und der Veränderung der Bedingung. Die Unfallzahlen auf dem Bau sind nicht trotz, sondern wegen der verstärkten Kontrollen explodiert. Eine extrem illegalisierte Arbeiterschicht auf den Baustellen macht es den Bossen leichter, die Antreiberei zu erhöhen und mit der Ersetzung durch noch billigere Arbeitskräfte zu drohen.

Diesen Zusammenhang müssen wir noch viel deutlicher aufzeigen und erklären. Denn obwohl die allgemein kritisierten Abschiebeknäste zunehmend mit durch Razzien illegalisierten ArbeiterInnen gefüllt werden, konnten die Razzien selber eine gewisse Legitimation in der Öffentlichkeit behalten. Journalisten finden es gut und normal, wenn sie Bullen auf Baustellen oder in eine Nähklitsche rufen, und die Gewerkschaften prahlen mit ihrer Spitzeltätigkeit in der Arbeiterklasse. *»Für die rigorose Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Mißbrauchs von Sozialleistungen sprachen sich am Donnerstag, 22. April 1993, in Nürnberg der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, und der Bundesvorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Bruno Köbele, aus. Anläßlich eines Informationsbesuchs* ***setzte sich Köbele für eine bessere personelle Ausstattung der Arbeitsämter vor allem im Kontrollbereich*** *ein.« (Presse-Information der Bundesanstalt vom 22. April 1993)* Und die Tips der Baugewerkschaft an die Betriebsräte lesen sich so: *»Liegt dem Betriebsrat ein begründeter Verdacht vor, daß illegale Beschäftigung stattfindet, sollte er sich grundsätzlich mit der IG-BSE in Verbindung setzen. In Zusammenarbeit mit uns werden dann die weiteren Schritte (zum Beispiel Anzeige beim zuständigen Stützpunktarbeitsamt zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung beziehungsweise Polizei oder gegebenenfalls Finanzbehörden) eingeleitet.« (BSE-inform, Nr.2/92)*

... ein Plakat

Das auf der Rückseite des Zirkulars abgebildete Plakat (in der linken Spalte steht der Text in Portugiesisch, Englisch, Polnisch, Türkisch und Italienisch) soll ein erster Schritt sein, den Razzien entgegenzutreten. Es richtet sich nicht an eine liberale oder linke Öffentlichkeit, sondern an die ArbeiterInnen, die von den Razzien bedroht werden – sei es direkt, oder sei es indirekt, indem durch die Illegalisierung eines Teils der ArbeiterInnen die Bedingungen für alle verschlechtert und gegen ihre Kämpfe vorgegangen werden kann. Das Plakat sollte daher vor allem dort aufgehängt werden, wo sich die ArbeiterInnen bewegen – an den Arbeitsorten, also an Baustellen, vor Betrieben des Reinigungsgewerbes usw., in den Stadtteilen und in der Nähe der

Unterkünfte oder Treffpunkte der ArbeiterInnen.
Am besten wäre es natürlich, wenn in dem freien Kasten unten auf dem Plakat je nach den örtlichen Bedingungen ein Treff, eine Kontaktadresse oder eine Telefonnummer eingetragen wird – damit Leute von verschiedenen Baustellen oder aus anderen Bereichen sich treffen und mit Unterstützung von hiesigen Gruppen gemeinsam handeln können.

Das Plakat wird gegen die Razzien selbst wenig ausrichten können, aber es zeigt den ArbeiterInnen, daß sie mit ihrer Wut über die ständigen Kontrollen nicht alleine dastehen. Eine breitere Debatte und Kritik an den Razzien könnte den Arbeitsamts- und Zollbullen und den Gewerkschaftsspitzeln die Legitimation nehmen, mit der sie heute noch ihre Politik als humane Maßnahmen verkaufen können.

Das Plakat kann bestellt werden gegen Vorkasse in bar oder Briefmarken über: Sisina-Köln, Pf. 30 12 06, 50782 Köln

10 Stück 10 Mark, 75 Stück 20 Mark, 250 Stück 40 Mark (bei noch größeren Mengen bitte anfragen; wer dieses Plakat finanziell unterstützen will, kann Einzelexemplare zu einem Förderpreis bestellen!)

Zwischen Akkord und Abschiebung

Text einer Radiosendung von Radio Loretta/Hamburg (12.6.95)

Ein Sonntag auf dem Land bei Hamburg: Ein langgestreckter Container auf einer Wiese, umgeben von einem vier Meter hohen Stahlzaun mit einer Krone aus Nato-Draht, dieser umgeben von einem zweiten, zwei Meter hohen Stahlzaun. Das ist der Abschiebeknast Glasmoor. Zwischen den Zäunen 15 Polizisten in Kampfanzügen und vier Schäferhunde. Außerdem drei Justizbeamte in Uniform und zwei in Zivil. In den vergitterten Fenstern des Containers sind Gesichter zu sehen, Hände, die winken und Tücher schwenken. Laut rufend versuchen die Gefangenen sich mit den 40 Demonstranten zu unterhalten, die draußen vor dem Zaun stehen. Die Demonstranten haben immerhin ein Megaphon.

Zwei Tage später: Auf Knopfdruck öffnet sich eine Stahltür und Walter Zabel und zwei Freunde werden die Eingangsschleuse gelassen. Walter schreibt Namen von Gefangenen auf kleine Zettel mit dem Werbeaufdruck einer Wachschutzfirma und gibt sie einen nach dem anderen dem Schließer hinter der Panzerglasscheibe. »Nicht da. Hamwa hier nich.« – dann Schweigen, eine Karte wird aus einem Karteikasten geholt, Walter kennt die Prozedur: Wortlos schiebt er seinen Ausweis unter der Scheibe durch und bekommt dafür einen Schlüssel, um seine Sachen in ein Fach einzuschließen. Ein anderer Justizbeamter tritt in die Schleuse und durchsucht ihn mit einem Metalldetektor. Schließlich darf er in den Besucherraum und wird an einem langen Tisch plaziert, der den Raum in zwei Hälften teilt: eine für Gefangene, die andere für Besucher.

Eine Minute später wird ein Mann im Unterhemd hineingeführt und sieht sich suchend um. »Bist du Toni Mirescu«, fragt Walter. Der Mann nickt und setzt sich ihm gegenüber. Das Gespräch kommt nur mühsam in Gang. Walter erklärt, daß er zu einer antirassistischen Gruppe gehört, die Gefangene im Abschiebegefängnis besucht, und daß er Sonntag am Zaun war, wo Toni den Demonstranten, die fragten, wer Besuch haben wollte, seinen Namen herübergerufen hat. Jetzt antwortet Toni auf Walters Fragen: er kommt aus Rumänien, seit einem Jahr ist er in Deutschland. Vor zwei Wochen wurde die Baustelle, wo er seit Monaten arbeitet, vormittags umstellt, und Kontrolleure wollten alle Papiere sehen. Da er weder eine Arbeitsgenehmigung noch eine Aufenthaltsgenehmigung vorweisen konnte, wurde er abgeführt. »Ich bin doch kein Verbrecher«, sagt Toni. »Ich habe nur gearbeitet.«

Mit einem falschen Namen versuchte er, Zeit zu gewinnen, aber anhand seiner Fingerabdrücke wußte die Polizei im Nu, daß er vor drei Jahren schon einmal in Deutschland gewesen und abgeschoben worden war. Mit seinem Namen hat sie auch eine Adresse, wohin sie ihn abschieben kann. Nach zwei Tagen auf einer Polizeiwache und zwei Tagen im Untersuchungsgefängnis sitzt er jetzt hier im Abschiebegefängnis Glasmoor und wartet auf den nächsten Sammeltransport mit dem Flugzeug nach Bukarest.

Walter sieht ratlos die Tischplatte an. Was kann er für Toni tun? Ein Anwalt würde 200 Mark Vorschuß verlangen, um überhaupt nach Glasmoor herauszufahren. Toni hat nichts, denn alles Geld wurde ihm »zur Finanzierung der Abschiebung« abgenommen.

Aber juristisch hat Toni sowieso keine Chance. Schließlich tauschen sie Adressen aus und versprechen, einander zu schreiben. Walter wünscht Toni viel Glück und geht durch die eine Tür, und Toni wird durch die andere Tür zurück in die Zelle geführt – zu seinen Mitgefangenen aus Polen, Mazedonien, Türkisch-Kurdistan, Nigeria und Togo, zum Fernseher und zum Warten auf den Knastfraß und den Abend.

Nicht alle Gefangenen kommen aus Rumänien und haben auf dem Bau gearbeitet. Auf manche wartet »zu Hause« wieder der Knast oder Schlimmeres. Manche sitzen hier nicht nur zwei Wochen, sondern etliche Monate. Aber dies ist der Kern: Der Staat teilt die ArbeiterInnen per Gesetz in verschiedene Kategorien ein und erklärt einige davon für »illegal«. Die derart zu »Illegalen« Gemachten werden exemplarisch terrorisiert und, wenn sie Pech haben, in die jeweils für sie vorgesehene Ecke dieses Planeten abgeschoben.

Der verstärkte Bau von Abschiebeknästen wurde 1993 zusammen mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts beschlossen. Seitdem sind eine Reihe von solchen Sonderknästen errichtet worden: der größte im nordrheinwestfälischen Büren. 1994 wurden 53.000 Menschen aus der BRD abgeschoben. Aber wozu dienen Abschiebeknäste? Geht es wirklich darum, die Gesellschaft »ethnisch zu säubern« und alle »Ausländer« rauszuschmeißen? Die Leute, die hier eingesperrt und dann abgeschoben werden, wollten alle vorübergehend oder langfristig nach Deutschland einwandern. Aber bei der Einwanderung spielt der Staat den Zuhälter und will bestimmen, wie viele Leute kommen, woher sie kommen, welches Geschlecht, welches Alter und welche Ausbildung sie haben und vor allem: unter welchen Bedingungen und mit welchen Rechten sie hier leben und arbeiten.

Gehen wir ein Stück zurück: Ein Einwanderungsland war Deutschland schon immer: Seit der sogenannten industriellen Revolution kamen die vom Land vertriebenen Habenichtse in die Städte, um in den Fabriken ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zuerst kamen sie aus dem direkten Umland, aber mit zunehmender »Entwicklung«, wie sich das nennt, von immer weiter her. Schon vor über 100 Jahren wurde z.B. der Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg zum großen Teil von polnischen Bauarbeitern erbaut.

Ausländische Arbeitsimmigranten waren Staat und Arbeitgebern aus zwei Gründen schon immer sehr willkommen: Erstens muß der Importeurs-Staat weder für ihre Ausbildung noch für ihre Altersversorgung bezahlen, denn sie kommen schon als fertige Arbeitskräfte an, und wenn sie verbraucht sind, verschwinden sie wieder.

Zweitens kennen sie sich hier nicht aus, sprechen die Sprache nicht oder nur schlecht, haben keine Kontakte und lassen sich als fremdartig und minderwertig darstellen, so daß man sie leicht als billige und diskriminierte Konkurrenz zu den schon ansässigen Arbeitskräften einsetzen kann. Da die Zuwanderer aber meistens ziemlich schnell mitkriegen, wie hier der Hase läuft, und ihre mitgebrachten Kampferfahrungen einfließen lassen, versucht man sie ständig durch Neue auszutauschen. »Rotation« nennen das die Planer.

Anfang der 60er Jahre (nachdem der Mauerbau den Arbeiterzustrom aus der DDR

abschnitt) machte die Bundesanstalt für Arbeit in Rom, Athen, Lissabon und anderswo Musterungsbüros auf, wo »Gastarbeiter« mit befristeteten Verträgen in die BRD angeworben wurden. Die Arbeiter wollten sich aber nicht einfach wieder wegschicken lassen und bis dahin in irgendwelchen Baracken hausen – sie wollten nicht weniger als die anderen Kollegen neben ihnen am Band. Da chronischer Arbeitermangel herrschte und die Unternehmer auch Probleme hatten, ständig neue Arbeiter anzulernen, wurden die Befristungen verlängert oder aufgehoben. Trotzdem dachten die »Gastarbeiter« nicht daran, ihren Chefs aus Dankbarkeit für die Maloche die Füße zu küssen, im Gegenteil: Bei der Welle von wilden Streiks und Unruhen, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in der BRD wie in vielen anderen Ländern durch die Betriebe fegte, standen sie in der allerersten Reihe. Im Rahmen der weltweiten großen »Krise« gegen die Arbeitermacht wurde neben vielem anderem 1974 in der BRD auch ein »Anwerbestop« ausgerufen. Die meisten »Gastarbeiter« blieben daraufhin erst recht hier (denn wenn sie weggegangen wären, hätten sie erstmal nicht mehr zurückkommen können) und holten ihre Familien hinterher.

Der Bedarf an frischen ArbeiterInnen bestand allerdings weiter, und die Einwanderung ging auch weiter. Die EinwandererInnen wurden aber gezwungen, andere Wege zu nehmen: Wer nicht »deutschstämmig«, mit einem »Gastarbeiter« verwandt oder reich war, hatte nur eine Möglichkeit, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu bekommen: er oder sie mußte politisches Asyl beantragen. Zwar werden die Leute auf der ganzen Welt eingesperrt, gefoltert oder ermordet, wenn sie sich gegen die Ausbeutung wehren, aber nicht jedem Einwanderer war das schon persönlich passiert. Trotzdem mußte jetzt jeder solche Stories erzählen. Dann schloß der Staat die Zwickmühle und versorgte die Medien (von der Bild-Zeitung bis zum Spiegel) mit Dauermunition für regelmäßig wiederkehrende Hetzkampagnen, in denen die einwandernden ArbeiterInnen als »Wirtschaftsasylanten«, Schmarotzer und Kriminelle beschimpft wurden.

Andere Staaten wie die USA haben in den letzten 20 Jahren etwas Neues ausprobiert: Statt die Einwanderer sorgfältig auszuwählen und mit allen möglichen Vorschriften zu überziehen, erklärt man die Grenzen einfach für geschlossen. Das heißt natürlich nicht, daß niemand mehr ins Land kommt, denn die Gründe, warum die Leute von da, wo sie sind, weggehen wollen (oder müssen), bestehen ja weiter, und das US-Kapital sucht nach wie vor billige Arbeitskräfte. Aber es ist nicht einfach, über die Grenze zu kommen. Und es ist nicht einfach, das tägliche Leben zu organisieren, wenn man überhaupt keine Rechte hat. Diese harten Bedingungen erzielen mit weitaus weniger Aufwand denselben Zweck wie eine »Rotationsregelung«: Es kommen nur Menschen im besten arbeitsfähigen Alter. Sie nehmen jeden Scheißjob an, sie arbeiten für Niedriglöhne und verdrängen die teureren einheimischen ArbeiterInnen. Und sie wehren sich nicht, weil sie in ständiger Angst leben, entdeckt zu werden.

Oder eben doch: Auch ohne Papiere organisieren sich EinwandererInnen und führen erfolgreiche Arbeitskämpfe. Da Schulen und Krankenhäuser bisher keine Pässe von ihren SchülerInnen und PatientInnen sehen wollen, kann man auch versuchen, in der

Illegalität eine »richtige« Einwanderung mit Familienleben und allem Drum und Dran zu organisieren. Man lebe sich ein und »normalisiert« sich – und von Zeit zu Zeit zieht der Staat einen Schlußstrich und legalisiert alle, die so und so viele Jahre Aufenthalt in den USA nachweisen können. Zur Zeit werden in Washington und in vielen Bundesstaaten neue Gesetze eingeführt, die mit Verboten und Kontrollen all das unmöglich machen sollen. Die Richtung der Politik bleibt die gleiche wie bisher, aber die Illegalisierung wird forciert, um die Arbeiterklasse als ganze auf Trab zu bringen und alle »Verkrustungen« des Arbeitsmarkts (sprich halbwegs verläßliche und erträgliche Zustände für die ArbeiterInnen) zu bekämpfen.

Auch Deutschland experimentiert weiter mit der Einwanderung. So brutal die Asylpolitik der 80er Jahre war: Immerhin sind viele Leute hergekommen und haben im Laufe von ein paar Jahren Anschluß an den durchschnittlichen Lebensstandard gefunden. Seit 1989 wird alles anders, auch in der Ex-BRD. Plötzlich standen den OsteuropäerInnen die Grenzen nach Westeuropa im Prinzip offen, und viele versuchten ihr Glück in der BRD: als »Übersiedler« aus der DDR, als »deutschstämmige Aussiedler« oder als Asylbewerber. Im Staatsapparat setzte sich der Gedanke durch, dieses Potential einerseits verstärkt gegen die »Verkrustungen« des Arbeitsmarkts zu nutzen und andererseits zu verhindern, daß die Leute selbst »verkrusten« und hier ein Bein auf den Boden kriegen.

Seit 1990 sind nun von der Grundgesetzänderung bis hinunter zur Ausführungsverordnung eine Reihe von neuen Regelungen erlassen worden, die ein reich aufgefächertes Arsenal von verschiedenen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Ausnahmen, Fristen, Zuständigkeiten, Querverweisen, Tatbeständen und Strafmöglichkeiten schaffen, bzw. ein Gestrüpp von rechtlichen Situationen, das für alle außer den ausführenden Bürokraten fast undurchdringlich wirkt, vor allem für die unterschiedlich Betroffenen.

Der Witz dabei ist, daß all diese Regelungen eigentlich nur eine komplizierte Grauzone schaffen, die zum Einstieg in »illegale« Verhältnisse dient, die den »grauen« Bereich zahlenmäßig weit übertreffen. Natürlich steht in keinem Gesetz und in keiner offiziellen Verlautbarung, daß die Schwarzarbeit gefördert werden soll. Natürlich wird die »illegale Beschäftigung« laut verurteilt, und noch der letzte Schreibtischmörder drückt sich eine Krokodilsträne für die »ausgebeuteten« Schwarzarbeiter ab. Aber Fakt ist: Der Staat betreibt ein Programm der *kontrollierten Illegalisierung*.

Der Einstieg in die Grauzone läuft hauptsächlich über zwei Wege. Zum einen ist das alte Rotationsmodell wieder aufgelegt worden: Seit dem 1.1.91 gilt die sogenannte Anwerbestoppausnahmeverordnung und erlaubt befristete Arbeitsaufenthalte in der BRD. Der größte Teil davon wird über Abkommen mit anderen Staaten, v.a. in Osteuropa, geregelt. Zum anderen gibt es trotz Grundgesetzänderung immer noch die Asylgesetze.

Obwohl man nicht mehr legal auf dem Landweg nach Deutschland kommen und Asyl beantragen kann, schaffen es immer noch Leute, einen Antrag abzugeben und sich damit zumindest eine befristete »Legalität« zu besorgen. Wer einen Antrag laufen hat,

muß im Lager leben und bekommt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 80 Mark Taschengeld im Monat, ist also gezwungen, sich eine Arbeit zu suchen. Zu Anfang kennt man sich schlecht aus, und die ersten anderthalb bis drei Monate hat man eh Arbeitsverbot – da muß man also die allerübelsten Jobs annehmen.

Danach bekommt man zwar in der Regel eine Arbeitserlaubnis, aber meistens erteilt einem das Arbeitsamt dann nur eine Erlaubnis, auf »580-Mark-Basis« zu arbeiten, und auch das nur in bestimmten Branchen wie bei Putzfirmen und in Gaststätten. Letztere kalkulieren damit. Natürlich kann niemand von 580 Mark im Monat leben. Um auf einen Lohn zu kommen, von dem man leben kann, muß man bei den üblichen Stundenlöhnen Vollzeit arbeiten. Die »legalen« Stunden bis zur Abarbeitung der 580 Mark dienen als Basis für die »illegalen« Stunden, die man braucht, um von dem Scheiß-Stundenlohn leben zu können. Bei einer etwaigen Kontrolle ist man jedenfalls »legal« auf der Liste der Beschäftigten, und die reale Stundenzahl läßt sich schwer überprüfen.

Die Behörden zwingen die Leute in diese Grauzone: Einerseits bekommen Asylbewerber normalerweise nur auf 580 Mark und bestimmte Arbeitgeber beschränkte Arbeitserlaubnisse, und andererseits wird ihnen, wenn sie diese Jobs nicht machen wollen, auch noch die Sozialhilfe gestrichen (so daß sie gar kein legales Einkommen mehr haben, also praktisch offizielle Schwarzarbeiter sind).

Viele Leute, die früher vielleicht einen Asylantrag gestellt hätten, überlegen sich das aber inzwischen. Früher oder später werden auch die meisten der wenigen Anträge, die man noch stellen kann, abelehnt, und dann hat die Polizei schon alle Daten: Fingerabdrücke, Fotos, persönliche Geschichte usw. fürs Ausländerzentralregister. Daher leben viele lieber versteckt bei Freunden oder Bekannten, verzichten auf die 80 Mark Asylbewerberleistungskohle oder die 500 Mark Sozi und die zweifelhafte »Legalität« und suchen sich einen Schwarzjob, bis sie vielleicht in eine Kontrolle geraten. Dann können sie immer noch als letztes Mittel einen Asylantrag stellen.

Die zweite Grauzone sind die befristeten Arbeitsaufenthalte in der BRD, die die Anwerbestoppausnahmeverordnung erlaubt. Die wichtigsten Formen sind dabei »Saisonarbeit« und »Werkverträge«.

SaisonarbeiterInnen dürfen bis zu drei Monaten in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelverarbeitung (z.B. Gurken in Gläser stopfen) und im Hotel- und Gaststättenbereich arbeiten. Die Unternehmer bestellten sich die ArbeiterInnen beim deutschen Arbeitsamt (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung), und die ArbeiterInnen finden die Jobs über das Arbeitsamt in verschiedenen osteuropäischen Ländern. Diese Jobs werden auch hiesigen Arbeitslosen angeboten. Tatsächlich sind die Löhne so niedrig, daß kein Arbeitsloser mit etwas Verstand so einen Job annehmen würde. In Gegenden, wo besonders rabiate Sachbearbeiter Arbeitslose z.B. in Erntejobs hineinzwingen wollten, waren die Bauern außerdem völlig fertig: Sie betonen immer, daß z.B. Spargelstechen hochqualifiziert ist und nicht von jedem unmotivierten Deppen gemacht werden kann. Nach diesem erfolglosen Vermittlungsversuch gehen die Jobs dann in die internationale Arbeitsvermittlung.

Im Prinzip ist es hier wie bei den 580-Mark-Jobs: Neben einigen legalen Stunden kann man viele zusätzliche Stunden schwarz arbeiten, was sich schwer kontrollieren läßt.

Außerdem können z.B. Polen als Touristen problemlos einreisen und sich drei Monate in Deutschland aufhalten. ArbeiterInnen aus anderen Ländern kommen schwerer über die Grenze, aber wenn sie erstmal da sind, können sie es machen wie die Polen: etwa auf eigene Faust zu einem Arbeitgeber gehen, den sie von früher kennen, selbst wenn das Arbeitsamt sie dieses Jahr nicht vermittelt hat. Sie können auch einfach bei den Bauern Klinken putzen, bis sie etwas gefunden haben. Dem Bauern wird's recht sein, denn er spart Steuern und Sozialabgaben.

Viele suchen sich aber auch anderswo Jobs: In vielen Städten gibt es Straßen, wo frühmorgens Männer auf dem sogenannten »Bauarbeiterstrich« stehen und warten, daß sie jemand für einen Tagesjob mitnimmt. Wenn sie Glück haben, wird vielleicht auch was Längerfristiges draus. In Hinterhofklitschen nähen ArbeiterInnen Textilien, oder sie schnippeln im Akkord Salat für Restaurants. In Schlachthöfen arbeiten Leiharbeiterkolonnen, die kein Chef nach irgendwelchen Papieren fragt. An Straßenecken stehen Punks aus Polen und putzen Windschutzscheiben. Mit sinkendem Lohn wächst die Zahl der Jobmöglichkeiten ganz erstaunlich. Und die Papiere sind ganz uninteressant.

Werkverträge gibt es vor allem auf dem Bau. Das sind internationale Subunternehmerverhältnisse, die eigentlich nur das Gewirr von Arbeits- und Auftragsverhältnissen fortsetzen, das auf dem Bau eh vorherrscht: Nehmen wir an, ein Versicherungskonzern läßt sich ein neues Bürogebäude errichten. Die Bauleitung übernimmt ein Generalunternehmer, z.B. ein Baukonzern wie Hochtief oder Philipp Holzmann. Der Generalunternehmer vergibt nun wieder die einzelnen Gewerke wie zum Beispiel das Verklinkern der Fassade an andere Baufirmen. So ein Subunternehmer führt die Arbeiten teils direkt mit eigenen Leute aus, teils beauftragt er Sub-Subunternehmer mit der Ausführung. Das sind manchmal kleine Klitschen, manchmal einfach Kolonnen, die nach Quadratmetern oder ähnlich bezahlt werden. Die Bauarbeiter handeln ihren Lohn dann nicht mit dem Baukonzern aus, sondern mit dem Sub-Subunternehmer. In diesem Milieu sind nicht nur die Löhne mies und die Arbeitssicherheit katastrophal, sondern es gibt auch etliche Pleitefirmen und andere Betrüger, die die Arbeiter einfach um ihren Lohn bescheißen. Und der Generalunternehmer wäscht seine Hände in Unschuld. Dieser rechtliche Schleier zerreißt allerdings manchmal sehr schnell. Letztes Jahr haben Berliner Bauarbeiter, die von ihrem Subunternehmer beschissen worden war, einen Kran besetzt. Es dauerte gerade mal eine Dreiviertelstunde, bevor der Generalunternehmer auf der Baustelle auftauchte und die Leute persönlich auszahlte – obwohl er formalrechtlich überhaupt nichts mit ihnen zu tun hatte.

Der Subunternehmer könnte nun auch eine polnische, tschechische oder rumänische Baufirma mit ihren eigenen Arbeitern sein. Jedes Jahr dürfen osteuropäische Subunternehmer mit so und so vielen Arbeitern Gewerke auf Baustellen in Deutschland ausführen. Die BRD hat mit allen möglichen osteuropäischen Ländern bilaterale

Verträge abgeschlossen, die die Vergabe und die Form solcher Werkverträge (sprich Subunternehmerverträge) und jährliche Kontingente regeln. Das größte Kontingent hat Polen. In einem undurchsichtigen Vergabeverfahren, an dem die deutsche Baufirma, das regionale Arbeitsamt, die Bundesanstalt für Arbeit, die deutsche Botschaft in Polen, das polnische Arbeitsministerium und polnische Baufirmen beteiligt sind, wird dann der Kuchen aufgeteilt: Welche Firmen bekommen wie viel vom Kontingent ab? Welche Arbeiter dürfen hoffen, daß ihr Name nachher auf der Liste steht?

Die polnischen Subunternehmer sind zum Teil reine Sklavenhändler, zum Teil echte Baufirmen, die auch in Polen bauen. Auch letztere schicken aber meist nicht ihre normale Belegschaft nach Deutschland, sondern stellen dafür extra Leute mit Zeitverträgen ein. Über die Einstellungskriterien wissen wir nicht viel, aber einige polnische Arbeiter haben uns zum Beispiel erzählt, daß viele Arbeitgeber Deutschkenntnisse nicht gern sehen. Gern gesehen wird es dagegen, wenn die Bauarbeiter dem Chef die Gebühr von 2.000 Mark bezahlen, die er an die Bundesanstalt für Arbeit abdrücken muß. Das ist verboten. Andererseits kann der Arbeitgeber vom Arbeiter, wenn dieser im ersten Jahr »vertragsbrüchig« wird, Schadensersatz für Vermittlungsgebühren und verauslagte Anreisekosten fordern und sie vom Lohn abziehen. Ganz legal.

Etwa 100.000 Arbeitserlaubnisse im Rahmen von Werkverträgen werden im Jahr genehmigt, aber in Wirklichkeit arbeiten viel mehr Leute auf den Baustellen. Die IG Bau Steine Erden redet von einer halben Million »illegalen Arbeitsverhältnissen« pro Jahr, der Zoll von bis zu einer Million. Solche Zahlen sind natürlich Spekulation, aber Tatsache ist, daß sich die Werkvertragsjobs wie die 580-Mark-Jobs und die Saisonjobs leicht »überziehen« lassen: Wo sowieso osteuropäische Bauarbeiter schuften, ist nicht auf den ersten Blick klar, wer »legal« und wer »illegal« ist. Das Risiko der »Illegalität« tragen aber die Arbeiter.

Neben Osteuropäern, die unangemeldet bei einem osteuropäischen Subunternehmer arbeiten oder die einfach auf der Straße in ein Auto eingestiegen sind, sind Arbeitsamt, Zoll, Gewerbeaufsichtsamt und Krankenkassen aber noch vielen anderen Bauarbeitern auf den Fersen:

Viele Briten und Iren arbeiten als selbständige Sub- oder Sub-Sub-Unternehmer auf dem Bau – oft abhängig von internationalen Arbeitsvermittlungsfirmen, die auch ihren Teil vom Kuchen abhaben wollen. Mit der Vernetzung der Ämter in der EU wird es für die hiesigen Bullen immer leichter, zu überprüfen, ob jemand z.B. wirklich selbständig ist und in England Gewerbesteuer bezahlt.

Außerdem gibt es natürlich Leute, die zwar eine Arbeitserlaubnis oder einen deutschen Paß haben, aber aus verschiedenen Gründen nicht offiziell arbeiten wollen: z.B. weil sie Schulden haben und ihnen alles, was sie über die Arbeitslosenhilfe hinaus verdienen, sowieso weggenommen werden würde. Es gibt auch Leute, die einfach nicht so viel arbeiten wollen ...

Das wäre alles kein großes Problem, wenn es keine Razzien gäbe. Früher oder später würden die ArbeiterInnen ihren Chefs die Meinung sagen und sich wehren. Es wäre ziemlich schwer, die Löhne unten zu halten.

Auf dem Bau finden Razzien hauptsächlich aus zwei Anlässen statt: Entweder weiß das Arbeitsamt, daß irgendwo eine Werkvertragsfirma arbeitet, und sieht nach, ob tatsächlich genau die angemeldeten Arbeiter auf der Baustelle sind (oder mehr oder weniger oder andere). Oder es gab einen Tip, sprich: eine Denunziation. Die Denunzianten sind meist entweder die Gewerkschafter der IG BSE oder oft genug die Arbeitgeber selbst. Wenn ein Großteil ihrer Arbeiter ein paar Tage vor Fertigstellung des Baus von der Polizei abgeholt werden, können sie sich die Auszahlung des Lohns natürlich sparen.

An den Razzien sind etliche Behörden und ähnliches beteiligt: Arbeitsamt, Krankenkassen und Finanzamt ermitteln gegen die einheimischen Schwarzarbeiter wegen »Leistungsmißbrauchs« und Steuerhinterziehung. Die meisten Straf- und Bußgeldverfahren, die sich aus Razzien ergeben, laufen übrigens in diesem Bereich! Wenn sie Leute dabei erwischen, daß sie arbeiten und gleichzeitig Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung beziehen, fordern sie nicht nur (für einen von der Behörde willkürlich festgelegten Zeitraum) die Kohle zurück, sondern versuchen ihnen auch noch ein Verfahren wegen Betruges anzuhängen.

Arbeitsamt und Zoll suchen »illegale Leiharbeiter« und »illegale Ausländer«. Nach eigenen Angaben hängt die Zahl der Festnahmen bei diesen Behörden nur davon ab, wieviel Personal sie selbst bewilligt kriegen. Die Ausländerbehörden sind natürlich auch dabei, um gefangene »illegale Ausländer« gleich abzutransportieren. Zum Schutz der zarten Aktenkofferträger ist in der Regel auch die Polizei dabei.

In der öffentlichen Propaganda ist immer davon die Rede, daß die »illegalen Arbeitgeber« bestraft werden sollen. In Wirklichkeit passiert ihnen nicht viel: 981 mal wurde 1994 in Westdeutschland gegen Arbeitgeber wegen der illegalen Beschäftigung von Leiharbeitern eine Bußgeld verhängt. Im Schnitt zahlten sie 13.000 Mark. 742 Bußgelder wurden gegen Verleiher verhängt, im Schnitt 11.000 Mark. 12.000 mal mußten Arbeitgeber 1994 wegen der illegalen Beschäftigung von Ausländern ein Bußgeld zahlen, im Schnitt knapp 1.500 Mark.

Die erwischten Ausländer dagegen werden häufig ausgewiesen, bzw. in den Abschiebeknast gesperrt und nach mehr oder weniger langer Zeit im Knast abgeschoben. Im Abschiebeknast Mannheim sitzen schon über über 50 Prozent Arbeiter, die beim Arbeiten festgenommen wurden. Von den 53.000 im Jahre 1994 Abgeschobenen kamen die meisten (15.000) aus Rumänien, die zweitmeisten (6.000) aus Polen. Sie waren keine Asylbewerber.

53.000 ist vielleicht nicht viel angesichts von hunderttausenden oder Millionen, die angeblich ohne Papiere in Deutschland leben und arbeiten. Aber doch eine klare Botschaft an alle, nicht aufzufallen, leise zu treten, sich nicht zu wehren.

Wer in solcher Situation auf die Gewerkschaft hofft, ist angeschissen. Und zwar aus mehreren Gründen:

Erstens organisieren Gewerkschaften nicht die Kämpfe der ArbeiterInnen, sondern sie verhandeln pauschal mit den Arbeitgebern über den Preis der Arbeitskraft. Eigene Aktivitäten der ArbeiterInnen, die über brave Befolgung der Tarifmobilisierungen

hinausgehen, sind von Gewerkschaftsseite gar nicht gern gesehen. Schon weil es die Funktionäre arbeitslos machen könnte. In der letzten Metalltarifrunde hat die IG-Metall bei den Warnstreiks in Bayern z.B. ein spezielles Computerprogramm eingesetzt. Sie hatte die ganzen neuen »schlanken« Zulieferketten untersucht und festgestellt, wo den Unternehmern ein Streik am meisten wehtun würde – um genau da *nicht* zu streiken!

Das hilft verstehen, warum die Gewerkschaften sich nicht gerade ein Bein ausreißen, um diejenigen zu vertreten, die vorher gerade illegalisiert wurden. Streiks finden ohnehin so selten statt, daß noch sehr selten jemand seine Gewerkschaftsbeiträge in Form von Streikgeld zurückgekriegt hat. Wenn man für einen Streik vorsorgen will, sollte man das Geld lieber auf die Bank bringen.

Zweitens spekulieren einige Gewerkschafter darauf, daß viele ArbeiterInnen die Gewerkschaft als günstige Rechtsschutzversicherung sehen. Sie sagen, bei ihnen könne prinzipiell jede und jeder Mitglied werden, der seine Gewerkschaftsbeiträge bezahlt, auch »Illegale«. Aber was soll jemand, dem der Staat gerade per Gesetz alle Rechte aberkennt, mit einer Rechtsschutzversicherung?

Drittens heißt es Augen auf, denn unsere Kollegen und Kolleginnen vom DGB sind nicht ohne. Sie selbst initiieren viele der Razzien. Mit dem Argument, der Staat fördere bewußt die Schwarzarbeit – was ja stimmt –, und man müsse »die ehrlichen Arbeiter schützen«, hetzen sie den Kollegen, deren Ausbeutung sie angeblich nicht mitansehen können, denselben Staat auf den Hals und sorgen dafür, daß sie eingesperrt und abgeschoben werden. Um diese »Arbeitervertreter« sollten wir einen großen Bogen machen!

Wenn man aufmerksam Zeitung liest, stößt man zwar immer mal wieder auf Aktionen von Schwarzarbeitern wie den irischen Zimmerleuten, denen ihr Chef den Lohn schuldig blieb und die ihm dann nachts den Dachstuhl zersägten und einen Zettel hinterließen: »Hugo R.: kein Geld, kein Dach!« Aber von Kämpfen von völlig Illegalisierten ist wenig zu hören.

Selbst die Halblegalen haben da Probleme. Ein polnischer Bauarbeiter erzählt zum Beispiel, es sei völlig klar, daß ihr Chef sie um einen Teil des ausgemachten Lohns – das war eh schon nicht viel –bescheißen wolle. Man müßte also eine Aktion machen. Ihm persönlich sei inzwischen alles egal, schlechter verdiene er seiner Heimatstadt Wrocław auch nicht. Seine Kollegen aber kämen vom Dorf und hätten zu Hause überhaupt keine Perspektive. Die würden nicht kämpfen.

ArbeiterInnen, die systematisch entrechtet werden, haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Wenige Leute riskieren leichtfertig Knast oder Abschiebung für einen besseren Stundenlohn oder bessere Arbeitszeiten.

In Osteuropa ist ein für hiesige Verhältnisse mieser Lohn oft viel Geld. Manche Polen nehmen es bewußt in Kauf, eine Zeitland in Deutschland unter völlig unwürdigen Verhältnissen zu leben und dann mit dem Geld z.B. in Polen eine Wohnung zu kaufen oder ein Haus zu bauen, um den dort rasant steigenden Mieten zu entkommen.

Viele, die nach Deutschland kommen, haben sich auch ganz bewußt dafür entschieden, der kollektiven Misere zu entkommen und ihr Glück individuell zu

versuchen. Daß viele dann doch wieder bei der »Community« ihrer Landsleute landen, wo Jobs, Wohnungen, nützliche Informationen und menschliche Kontakte vermittelt werden, liegt nicht an ihnen. In einer völlig unsicheren Situation bietet die »Community« meistens wenigstens einen gewissen Verlaß.

Wir sollten die Communities allerdings auch nicht verherrlichen: In ihnen wird nicht nur gegenseitige Hilfeleistung organisiert, sondern auch Ausbeutung und Abhängigkeit. Wer einen legalen Wohnheimplatz hat und eine bessere Wohnung findet, kann ersteren vielleicht einem Landsmann weitervermitteln – für einen kleinen Aufpreis, versteht sich. Du kannst bei meinem Onkel arbeiten. Der zahlt zwar nur 7 Mark 50, aber dafür bist du ja praktisch in der Familie. Frauen wird oft unmißverständlich »gezeigt, wo sie hingehören«. Auf diesem Boden wachsen auch Mafia-Strukturen, die dem Staat nur recht sein können, weil sie mit Gewalt Hierarchien dort durchsetzen, wo das staatliche Gewaltmonopol nicht hinreicht. Die Community kann Kämpfe organisieren, aber genauso oft funktioniert sie als Grenzträger der kapitalistischen Regulation, indem sie dafür sorgt, daß das illegale Chaos sich selbst reguliert.

Nur was ist die Alternative? Die Alternative *wäre* ein Kontaktnetz, das es ArbeiterInnen verschiedener Herkunft und mit verschiedenem rechtlichen Status ermöglicht, gemeinsame Aktionen zu machen und sich gegenseitig zu helfen. Dieses Feld ist noch ziemlich unausgelotet.

Es ist leichter zu sagen, wie es *nicht* geht. Manche Leute aus dem antirassistischen politischen Spektrum schlagen z.B. vor, Jobs zu vermitteln oder selbst Arbeitgeber zu werden und Illegalisierte in sogenannten Alternativbetrieben einzustellen. Aber wir sind keine Chefs, und wir wollen auch keine linken Sklavenhändler werden!

In den Niederlanden gibt es seit ein paar Jahren ein Projekt, das sich Stichting Opstand – Stiftung Aufstand – nennt. Sie hatten verhältnismäßig gute Startbedingungen: Mehrere holländische Leute mit Erfahrungen in antirassistischer und Dritte-Welt-Solidarität, die nach Wegen aus der politischen Sackgasse suchten, wohnten zufällig in denselben besetzten Häusern wie türkische Linke mit guten Connections in die Textilklitschen von Amsterdam. Sie fingen an, systematisch die Ausbeutungsbedingungen dort zu untersuchen.

Diese Klitschen liegen fast alle im selben Viertel von Amsterdam. Als eine Textilarbeiterdemo organisiert wurde, ging die Route an den ganzen Coffeeshops vorbei, wo sich die illegalisierten Textilarbeiter in den Pausen treffen. Im Verlauf der Demo wuchs die Teilnehmerzahl auf das Mehrfache an.

Da C&A als Großabnehmer besonders im Geschäft mit der Billigarbeit steckt, konnten sie die Unterstützung für die illegalisierten Arbeiter gut mit einer C&A-Boykottkampagne verbinden.

Außerdem waren die Illegalisierten mutig genug, um zum Beispiel in Fernsehtalkshows aufzutreten und zu sagen: Ja, wir sind illegal. Aber wir haben auch Rechte, und kämpfen dafür!

Diese Erfahrungen lassen sich natürlich nicht eins zu eins auf die BRD übertragen. Aber wir können sicher davon lernen. Auf jeden Fall müssen wir auch mit den

ArbeiterInnen Verbindungen aufnehmen. Wir müssen die Bedingungen und Probleme untersuchen, die es ihnen besonders schwer machen, zu kämpfen. Vor allem müssen wir aber sehen, wo sie längst schon angefangen haben, zu kämpfen, ohne daß anderen KollegInnen irgendetwas darüber bekannt wird. Diese Informationen müssen sich unter ArbeiterInnen herumsprechen – nicht nur beim Zoll und den Gewerkschaften, die jede Bewegung mit dem Hammer von Razzien und Abschiebungen zu zerschlagen versuchen. Setzen wir dem schlechten Antirassismus etwas entgegen, der die EinwandererInnen immer nur als arme Opfer und uns wahlweise als »Täter« oder als selbstlose HelferInnen darstellt. Fangen wir endlich an, uns gemeinsam als ArbeiterInnen zu organisieren!

Streik auf dem Bau

Italienische Arbeiter besetzten eine Großbaustelle im sächsischen Schmannewitz, um die Zahlung ihrer ausstehenden Löhne durchzusetzen.

»Wenn wir schon arbeiten müssen, dann wollen wir auch bezahlt werden!« Mit signalroter Sprühfarbe haben italienische Bauarbeiter auf der Großbaustelle Schmannewitz diesen Spruch auf ein Bettlaken geschrieben und an den Bauzaun gehängt. Auf der Zufahrtsstraße stehen die Männer in Gruppen zusammen und diskutieren erregt miteinander, wie es jetzt weitergehen soll. Die Verantwortlichen der Bauleitung, die nach und nach aus den Containerbüros herausklettern, müssen sich den Fragen der aufgebrachten Menge stellen. Ob sie wollen oder nicht. Der strömende Regen prasselt auf die Kapuzen, die tief in die grimmigen Gesichter gezogen sind. Doch den Ärger kann der Regen nicht wegspülen.

Die italienischen Bauarbeiter sind stinksauer. Seit knapp drei Monaten arbeiten sie schon im sächsischen Schmannewitz, einem verschlafenen Örtchen zwischen Torgau und Oschatz. Doch von ihren Löhnen haben sie bis jetzt noch nichts gesehen. Bei einigen stehen über 10.000 Mark aus. Unterbringung und Verpflegung sind katastrophal: In den Holzbaracken abseits im Wald drängen sich jeweils sechs Mann auf 15 Quadratmetern. Geschlafen wird in drei Doppelstockbetten aus Metall. Tische und Bänke gibt es nur in wenigen Räumen, in manchen Zimmern regnet es durch. »Darin zu leben, ist unmenschlich. Da leben ja Hunde besser«, beklagt sich ein Arbeiter. Kein Telefon, keine Einkaufsmöglichkeit, keine ärztliche Versorgung. Was die Verpflegung angeht, so zahlt die Bauleitung an eine italienische Catering-Firma, die die Kantine bewirtschaftet, etwa 32 Mark pro Tag und Mann für drei Mahlzeiten. Den Arbeitern werden dafür noch mal 38 Mark pro Tag vom Lohn abgezogen. Neunzig Menschen werden in einem 50-Quadratmeter-Saal verpflegt. Von nur vier Duschen sind zwei kaputt. Der Weg dahin führt im Freien durch Schlamm und Morast. Eine Überdachung haben die Arbeiter selber gebaut, in ihrer Freizeit.

Das Faß zum Überlaufen brachte jetzt die Nachricht, die Arbeiter sollten abgeschoben werden, und zwar ohne ihren Lohn ausbezahlt zu bekommen. Der Grund: Die italienische Firma arbeitete illegal. Die Beschäftigten sind damit angeschmiert. Aber das, so sind sich die Arbeiter sicher, werden sie sich nicht gefallen lassen. »Wir wollen unsere Rechte und unseren Lohn«, fordern sie auf ihren Transparenten. Kräne, Bagger, Baracken werden besetzt, die Zufahrtswege blockiert.

Elf Kräne drehen sich sonst auf der größten Baustelle des Landkreises Oschatz, wo zwei Kliniken entstehen sollen: eine Herz-Kreislauf-Klinik, deren Bauherr die ARGE HKK ist. Daneben eine Rehabilitations-Klinikfür Orthopädie und Psychosomatik, deren Bauherr die Dahlener Heide GmbH & Co Betriebs KG aus München ist. Generalübernehmer der HKK ist Philipp Holzmann und die Tochterfirma Held & Francke Bau AG, Niederlassung Leipzig. Generalübernehmer der Reha-Klinik ist die Dengg Projektbau GmbH aus Bad Rothenfelde. Die Bauleitung trägt die Firma Wolff & Müller mit Sitz in Dresden. Zusammengearbeitet wird, wie inzwischen überall üblich, mit einer ganzen Reihe von Subunternehmern. Die neapolitanischen Arbeiter wurden zum

Beispiel von einem Subunternehmer aus Rom angeworben, der wiederum den Auftrag, Arbeitskräfte zu heuern, von der Firma DOM aus Mailand bekam. Inhaberin dieser Zeitarbeitsfirma ist Fiorella Romani. Sie besorgt in Italien Arbeiter für Wolff & Müller. DOM bekommt Geld von Wolff & Müller und gibt dieses nach Abzug von 30 Prozent an den Subunternehmer weiter. Da bleibt für die Arbeiter nicht viel, wenn sie überhaupt etwas bekommen.

Schmannewitz ist kein Einzelfall. Auf den meisten Baustellen in Deutschland sind die Strukturen ähnlich. Deutsche Baukonzerne fahren horrende Profite ein, indem sie über oft dubiose Subunternehmer legal oder illegal ausländische Arbeiter anwerben, die arbeitsrechtlich kaum geschützt sind. Leidtragende dieser Machenschaften sind die Arbeiter, die dabei um ihre ohnehin geringen Löhne geprellt werden, während das Geld in dunklen Kanälen versickert.

Vor drei Monaten kam die neapolitanische Baukolonne mit ihrem römischen Subunternehmer nach Schmannewitz. Ausgezahlt wurden bisher von DOM nur Abschläge, rund 500 Mark für zwei Monate Arbeit. Vereinbart waren jedoch ursprünglich Stundenlöhne von 20 Mark. »Für weniger«, sagt Paolo, »wären wir nicht nach Deutschland gekommen. Das hätte sich nicht gelohnt.« Seit Ende Mai ist der Subunternehmer verschwunden. DOM hatte zwar schon kurz vorher den Arbeitern angeboten, sie zu übernehmen, dabei allerdings ihre Arbeitsverträge für ungültig erklärt. Die ursprünglichen Verträge waren auf Stundenbasis mit Nettolohn ausgeschrieben, DOM wollte - auch rückwirkend - eine Art Festlohn zahlen, der allerdings noch mal erheblich niedriger ausgefallen wäre. Ein erstes Angebot belief sich auf 3.000 bis 4.000 Mark pro Person. Statt der ausgemachten wöchentlichen 40 Stunden wurde jedoch an sechs Tagen pro Woche zwischen zehn und 13 Stunden lang gearbeitet. Manchmal auch 17. Um nun von DOM aufgefordert zu werden, »zu verschwinden«. Vor gut drei Wochen fand die Kolonne auf »ihrer« Baustelle andere Arbeiter vor. Nachdem sie ihnen die Lage geschildert hatten, erklärten sich die Neuangeworbenen solidarisch und verließen die Baustelle.

Als die Arbeiter sich auflehnten, langsamer zu arbeiten anfingen und klar wurde, daß sie sich nicht einfach wegschicken lassen würden, folgte vor gut zwei Wochen prompt eine Razzia. Plötzlich interessierten sich 150 Polizisten, die Ausländerbehörde, das Ordnungs- und Finanzamt sowie das Landesarbeitsamt für die Baustelle. Die Papiere der Arbeiter aus Italien waren in Ordnung, doch die Subunternehmer hatten keine Versicherungsbeiträge bezahlt. Außerdem wurde drei italienischen Firmen die »Berechtigung entzogen, auf deutschen Baustellen zu arbeiten, da sie nicht im internationalen Handwerksregister eingetragen sind«, so Frau Pfennig, die zuständige Mitarbeiterin vom Landratsamt Torgau. In so einem Falle sei es üblich, die Arbeiter von der Baustelle auszusperren und ohne Lohn nach Hause zu schicken. »Die Arbeiter können noch glücklich sein, daß es jetzt herausgekommen ist. Sonst hätten sie vielleicht noch länger umsonst gearbeitet«, meint Pfennig zynisch.

Der Zeitpunkt der Kontrolle sei Zufall gewesen, behauptet Mitarbeiterin Knödler vom zuständigen Arbeitsamt Leipzig, das die Razzia ausgelöst hatte. »Wir prüfen auf Baustellen generell, ob die Arbeitnehmer die Euro-Versicherung, die sogenannte

E-111-Karte, haben. Der Anlaß in Schmannewitz allerdings war eine anonyme Anzeige«, fügt Knödler hinzu. Im Übrigen sei der Generalunternehmer nicht für seine Subunternehmer verantwortlich zu machen. »Der kann ja nicht wissen, ob da was nicht paßt«. Dieser Aussage widerspricht, daß schon zweimal, und zwar im November und Februar, auf derselben Baustelle Kontrollen mit ähnlichem Effekt durchgeführt wurden. Auch damals wurden Arbeiter abgeschoben, ohne ihren Lohn zu erhalten. Ein deutscher Unterstützer der Bauarbeiter-Proteste, der Vorort zweisprachige Flugblätter verteilt, vermutet hinter solchen Maßnahmen ein System: »Immer wenn ausländische Malocher beginnen, sich zu wehren, kommen die Razzien. Für die deutschen Baukonzerne hat dies neben der einschüchternden Wirkung den Vorteil, daß illegale Arbeiter sofort und ohne Lohn weggejagt werden können.«

Heinz Holtkötter, Betriebsratsvorsitzender von Wolff & Müller und Polier in Schmannewitz, hat »gar nix gegen die Protestaktionen der Italiener. Wer arbeitet, soll auch sein Geld dafür bekommen.« Er ist sich sicher, daß seine Firma die Verträge einhält. Und damit in Ruhe und Ordnung weitergearbeitet werden kann, läßt er von einem Lehrling erstmal die am Bauzaun aufgehängten Transparente herunterreißen. Aufgrund des »Hausrechts« auf der Baustelle. Georg Willuhn, der erste Bauleiter, macht »inneritalienische Schwierigkeiten« für die fehlenden Löhne verantwortlich. Als Beweis präsentiert er einigen Journalisten im Vertrauen bereits ergangene Rechnungsanweisungen von Wolff & Müller an die Subunternehmen.

Wolff & Müller wollte jetzt endlich den Ärger loswerden. Zuerst wurde der Vertrag mit DOM annulliert. Möglich war dies durch einen entsprechenden Passus, den Fiorella Romani auch unterschrieben hatte. Als nächster Schritt wurde die Kantine geschlossen und die Arbeiter aufgefordert, die Unterkünfte zu verlassen. Die Italiener bekamen die Zusicherung, jetzt tatsächlich bezahlt zu werden. Allerdings nicht für die geleisteten Arbeitsstunden, sondern für die Aufmaße. Dabei behauptete Willuhn, daß zum Beispiel die zehnköpfige neapoletanische Kolonne insgesamt nicht mehr als 6.000 Mark erwirtschaftet hätte. Die sollten sie akzeptieren und heimfahren.

Die Italiener jedoch blieben hartnäckig: Am vergangenen Donnerstag besetzten sie erneut die Baustelle, ließen keinen der anderen Arbeiter auf das Gelände und legten damit den gesamten Betrieb lahm. Die Firma Wolff & Müller, der durch diese Aktion ein Schaden von über 50.000 Mark entstand, erklärte sich - welch Wunder - endlich bereit, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Schon am nächsten Tag bekamen all jene, die noch nicht abgereist waren, den vollen Lohn ausbezahlt. Insgesamt berappte Wolff & Müller noch einmal 210.000 Mark. Ein von den Arbeitern mühsam erkämpftes Geld. Paolo, dem die Anstrengungen der letzten Wochen anzusehen sind: »Aber es hat sich gelohnt. Ohne zu kämpfen, hätten wir uns verraten. Die Erfahrung nehmen wir zurück nach Italien.«

von Richard Rother, aus: Junge Welt *vom 17. 6. 1995*

AntiFa in Wurzen

Der folgende Bericht soll nicht nochmal in die allgemeine Diskussion zur antifaschistischen Mobilisierung einsteigen, sondern eher Anregungen bieten, nochmal über die beiden eigentlichen Kernprobleme dieser Mobilisierung nachzudenken: Wie leisten wir Widerstand gegen die Faschisten überall da, wo sie sich organisieren; und wie schaffen wir es, dabei nicht beim AntiFaschismus hängenzubleiben, sondern in Kämpfen revolutionäre Ansätze zu finden und weiterzutreiben?

Ein paar Infos zur Stadt: Wurzen liegt etwa 30 km östlich von Leipzig, eine halbe Stunde mit der S-Bahn. Dort wohnen ca. 18.000 Menschen. 1990 arbeiteten im Landkreis Wurzen 45 Prozent der ArbeiterInnen in der Industrie (Metallverarbeitung, Maschinenbau, chemische Industrie, Nahrungsmittel- und Textilindustrie) und 15 Prozent in der Landwirtschaft. Viel ist davon heute, fünf Jahre später und nach der Schließung und Rationalisierung in den ostdeutschen Betrieben, nicht mehr übrig. Insgesamt gab es 1992/93 noch 80 Industriebetriebe, in Wurzen selber vor allem die Keksfabrik (Lebensmittel) und einige Metallbetriebe.

Seit 90/91 organisieren sich faschistische "Kameradschaften" in Wurzen. Sie verfügen über personelle Verbindungen in mindestens vier umliegende Gemeinden und haben Kontakte zu hohen Kadern von NF und FAP. Insgesamt können sie schätzungsweise ca. 300 militante Faschos in der Umgebung mobilisieren, darunter viele, die erst 14 bis 16 Jahre alt sind. Im August 94 hat die "Wikingjugend" begonnen, in den Schulen Jugendliche zu rekrutieren. Im letzten Jahr erzwangen die Rechten einen "Runden Tisch der Jugend" mit der Stadtverwaltung. Es sollte um die Schaffung eines Jugendtreffs gehen. Nachdem dann portugiesische Bauarbeiter von Rechten angegriffen wurden, bekamen diese einen Treffpunkt, die "Baracke BB". Der kostenlose Nutzungsvertrag dafür läuft im Oktober 1995 aus. Für November hat die Stadt ihnen eine anderes Haus als Jugendzentrum angeboten.

Der Treffpunkt der Antifas, Punks und Alternativen, eine alte Villa (die "Kunterbunt"), wurde mehrmals von rechten Jugendlichen bedroht und auch angegriffen. Gleichzeitig versuchte die Stadtverwaltung, die Villa zu schließen. Bürgermeister Anton Pausch (CDU) begründete das mit einem "Restitutionsanspruch" eines Altbesitzers für die Villa. Pausch steht im Verdacht, mit organisierten Faschisten zusammenzuarbeiten. Er ist so dreist, rechte Aktivitäten in Wurzen glatt zu leugnen. Ein Jugendzentrum wäre außerdem genug. Bei mehreren Überfällen wurde die Verfilzung, nicht nur mit dem Bürgermeister, sondern auch mit der Polizei, deutlich. (Tatsächlich besteht eine personelle Verbindung: Der Vater von "Kameradschaftsführer" Marcus Müller ist Polizist.) Bei Angriffen auf besetzte Häuser durch die Faschisten griffen die Bullen nicht ein oder verschleppten die Ermittlungen danach. Paßt ja auch, weil da die Faschisten die Arbeit der Bullen machen und die Häuser räumen. (Leider scheinen viele AntiFas in der Region diese Rollenverteilung noch nicht begriffen zu haben, denn sie verlangen weiter von den Bullen, gegen die die Faschisten vorzugehen.)
Wurzener AntiFas organisierten sich zusammen mit anderen AntiFas aus der Region.

Die Hegemonie der Rechten in den Schulen und Jugendzentren soll gebrochen, die Linken in den Kleinstädten, die den Faschos oft namentlich bekannt sind, sollen unterstützt werden. Eine Demo am 20.5. sollte den Faschos zeigen, daß auch sie Leute aus anderen Städten mobilisieren könnten. Es ging darum Stärke zu demonstrieren. Hier der persönliche Bericht eines Beteiligten (der nicht zur örtlichen AntiFa gehört) von der Demo:

Vielleicht 200 Leute treffen sich um 14 Uhr am Bahnhof in Wurzen. Dazu noch ca. 100 Bullen. Es dauert etwas, bis es losgeht. Die Demo wurde zwar von der PDS angemeldet, aber gekommen sind eigentlich nur junge Leute von den AntiFas, Leipziger Szene, Punks und einige UnterstützerInnen aus anderen Städten. Eine junge OrdnerInnen-Truppe bereitet sich auf den Einsatz vor. Einige Jugendliche aus dem Ort, die an der Seite stehen und glotzen, werden fortgeschickt. Jugendliche aus dem Ort fortschicken?! Ich lauf denen hinterher, treffe drei in einem angrenzenden Park und fang an, mit ihnen zu quatschen. Schule, Rechte und Linke, was sie über AusländerInnen denken usw. Schnell kommen noch mehr zusammen. Alle so zwischen zwölf und vierzehn. Die OrdnerInnen hätten gesagt, sie sollten zu ihren "Kameraden" gehen (die streiten später ab, so etwas gesagt zu haben). Dabei wären sie keine Rechten. In der Schule gäbe es (außer den Unpolitischen) fast nur Rechte. Die wenigen Punks und Linken hätten es da ganz schwer. Sie selbst seien unpolitisch, halten sich raus. Aber die Rechten würden echt spinnen. Gegen Ausländer sein, sich dann beim Döner anstellen und das damit rechtfertigen, daß der Kebab ja in Deutschland hergestellt werde. So ein Blödsinn. Außerdem würden die immer irgendwelche Punks verprügeln, wenn einem Fascho von AntiFas die Bude aufgeräumt wird. Dabei hätten die Punks da gar nichts mit zu tun. Die Villa finden sie gut, gehen da aber kaum hin. Sie haben Schiß, weil die Rechten jeden bestrafen, der mit den Linken abhängt. Einige der Umstehenden machen denn auch andere an: Jetzt erzählste hier so ein Zeug, und später biste wieder ganz klein ... Ein paar Kids schauen die ganze Zeit skeptisch. Wollen aber nicht erklären, warum. Vielleicht, weil sie was Falsches (Rechtes?) sagen könnten, und dann? Ich erzähl was von meiner Schulzeit, was es da an Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten gab. Damals hatten die Rechten keinen Stich. Die haben sich kaum getraut, offen was zu sagen. Die linken Jugendlichen gaben den Ton an und die anderen haben sich danach gerichtet. Scheint hier und heute umgekehrt zu sein. Ja, ja, das wäre auch scheiße, aber was sollen sie tun. Na für eure eigenen Interessen was machen, euch selbst organisieren. Antwort von ihnen: Kannst ja mitmachen...

Jetzt geht die Demo los. Einige fragen mich immer wieder, ob ich denn wirklich zu denen da gehören würde, wo es denn hinginge, was wir machen wollten? Ich erzähl was von, den Faschos die Grenzen aufzeigen, sie verhauen, wenn sie auftauchen usw. Sie meinen, in der Presse hätte gestanden, daß 300 bis 600 Chaoten kommen würden und die Leute ihre Autos nicht in der Innenstadt parken sollten. Die Rechten in der Schule hätten harte Sprüche gebracht, würden sich jetzt aber bestimmt zuhause verkriechen. Ich frage, ob sie nicht mitlaufen wollten? Ja, okay, aber nur wenn ich mit ihnen laufen würde.

So latschen wir dann los. So richtig in die Demo gehen wir nicht. Die haben auch Schiß, weil sie ja schon weggeschickt und den Rechten zugeordnet wurden. Wir laufen also hinter der Bullenkette am Ende der Demo. Sie erzählen was von dem Ort: Lebensmittelbude (Kekse, Reis, Linsen ...), Filzfabrik, Drahtseilklitsche, Möbelfabrik, Bau. Einer fängt jetzt mit der Lehre an. Dazwischen immer wieder: Guckt mal, der und der aus Wurzen sind auch in der Demo. Cool Mann!

Die Demo windet sich durch die engen Sträßen. Viele in Ketten, außen die OrdnerInnen, die immer wieder Leute zurück in die Demo schicken, ganz außen die Bullen in lockerem Spalier, Helme und Schlagstöcke am Gürtel. Sprechchöre gegen Nazis, gegen die Bullen, aber auch so ein Schwachsinn, wie "Wir sind die Guten, auch wenn Sie es nicht vermuten". Die wenigen Leute auf der Straße schauen zu, kaum Reaktionen. Kundgebung vor einem Haus, das mal besetzt war und von Faschos angegriffen wurde. Die Bullen hätten sich vor dem Angriff zurückgezogen und wären gleich nachher wieder aufgetaucht. Dann kommen wir zu einem Platz, wo eine Kirmes läuft: Buden, Karussells, Fest. Die Bullen haben eine Kette gemacht, so daß da niemand raufgeht. Einige Nazis mit Reichskriegs-T-Shirts stehen dahinter, ansonsten andere Leute aus dem Ort. Die Kids wollen sich was zu essen holen. Ich soll doch mitkommen, sie würden mich beschützen. Die Rechten lassen mich denn auch in Ruhe. Es gibt ein paar Wortgefechte zwischen AntiFas und den vielleicht 20 bis 25 Faschos über die Bullen rüber, dann drängen die Bullen die Rechten ab. Jubel aus der Demo. Die zieht weiter auf einen angrenzenden Sandplatz und macht eine Kundgebung. Hinter dem Landratsamt an der Seite ist die Barracke der Rechten. Redebeitrag gegen die Aktionen der Faschos, gegen das rechte Jugendzentrum, usw. Zwischen Demo und Bullenkette und ZuschauerInnen liegen dreißig Meter. Vereinzelt wird von da was gerufen. Ist aber nicht zu verstehen. Dann ziehen wir weiter.

Erst die Jugendlichen wegschicken, dann diese Abschottung der Demo, die Kundgebung weit weg von den Leuten, keine Flugblätter, platte Sprechchöre ... Ich muß jetzt einen Ordner anquatschen, will wissen, was er dazu meint. Der kommt aus einer Kleinstadt in der Nähe. Findet das auch etwas komisch. Aber sie wären ja offen für neue Ideen. Gegen die Faschos kämpfen, wäre ein Sache. Aber die Linken wären so gespalten, würden sich für was Besseres halten, über die Leute stellen. Er findet, daß die anderen gar nicht so blöd wären und mensch müsse sich mehr mit denen auseinandersetzen. Von einer Baustelle kommt ein Bauarbeiter und fotografiert. Der Ordner geht hin und quatscht kurz mit ihm, kommt dann wieder. Eh, der erzählt das Gleiche wie du. Warum wir so vermummt und abgeschirmt rumlaufen würden. Wir wären doch für eine gute Sache. Er ist beeindruckt. Ich auch.

Ich quatsche noch mit einem anderen Ordner, der immer wieder Leute, die an der Seite stehen wegschickt. Die Wurzener AntiFas würden ihm immer sagen, wer rechts ist und so, die würde er dann wegschicken. So schaffen wir es, wieder bis zum Bahnhof zu kommen. Die Kids verabschieden sich. Komm mal wieder. Einige DemonstrantInnen bleiben und gehen in die Villa. Wir fahren zurück. Im Zug noch Diskussionen. Demo war doch gut. Nix passiert, diziplinier durchgezogen und Stärke gezeigt. Aber auch andere Stimmen. Da wären Leute in der Demo gewesen, die hätten

sexistische Sprüche gebracht, als ein Frau mit kurzem T-Shirt vorbeiging. Ich erzähle von den Kids. Ja, sowas könnte mensch auch machen ...

Soweit der Bericht. Was besonders auffällt, ist, daß es überhaupt keine Versuche gab, zwischen Demo und den Leuten auf der Straße und auf dem Fest eine Kommunikation herzustellen. Dadurch gab es nur die auf der Demo und die, die nicht auf der Demo waren. Nebeneinander, ja fast gegeneinander. Die Redebeiträge waren außerhalb der Demo kaum zu hören. Die Auseinandersetzungen zwischen den Leuten von der Villa und der Stadt, die Geschichte mit den Hausbesetzungen und der Zusammenarbeit von Faschos und Bullen, der Angriff auf die portugiesischen Bauarbeiter und Punks und AntiFas in den Städten, deshalb Vermummung, weil sich die Faschos später Leute rausgreifen, all das hätte auf einem Flugblatt nochmal thematisiert und die Position der DemonstrantInnen erläutert werden können.

Die Demo war selbst in der antifaschistischen Logik schwach. Die demonstrierte Stärke blieb relativ, weil offensichtlich die meisten DemonstrantInnen von außerhalb waren und ihre Beweggründe, warum sie in Wurzen waren, nicht mal nach außen hin deutlich machten. Im Sinne des Vorantreibens einer Spaltung zwischen den Faschisten und anderen Leuten im Ort wurde gar nichts erreicht.

Die AntiFas haben die Demo als Erfolg gefeiert. Die Faschisten waren zunächst mal eingeschüchtert. Sie blieben erstmal tagelang in der Baracke verschanzt. Offensichtlich konnten sie die Situation und die Mobilisierung der AntiFas nicht einschätzen. Am Wochenende nach der Demo griffen sie dann die Villa an und setzten ein Nebengebäude in Brand. Dieser Angriff führte dazu, daß Teile der (linken) Jugendlichen aufgaben und die Villa verließen. Inzwischen hat sich aber ein kleinerer Teil die Villa zurückgenommen und besetzt.

Seit Ende Mai haben AntiFas in Wurzen mehrmals Flugblätter verteilt und Plakate ("Wurzen nicht in Nazihand") verklebt. Es ging darum, die Verfilzungen bekannt zu machen und die Faschisten zu isolieren. Ein Flugblatt richtete sich an Jugendliche. Es wurden Namen von Leuten aus der rechten Szene bekannt gegeben – mit der Aufforderung an die Jugendlichen, sich von diesen fernzuhalten. Sie sollten sich zusammentun und einen eigenen Jugendtreff organisieren. Ein anderes Flugblatt ging an die "Bürgerinnen und Bürger von Wurzen" und beschrieb die Situation in den Jugendtreffs und die Verstrickungen von Stadtverwaltung, Polizei und organisierten Faschisten. Die Reaktionen auf die Flugblätter waren gemischt. Viele nahmen sie nur einfach und gingen weiter, aber andere – auch Jugendliche – äußerten sich positiv. Einige erzählten auch von ihrem Streß mit den Faschisten.

Die Baracke wurde mittlerweile auch angegriffen und beschädigt, mehrere Faschisten und Rechte dabei verprügelt. Einige Rechte haben nun auf die AntiFa-Flugblätter reagiert und ihrerseits ein Flugblatt verteilt. Darin schreiben sie, sie seien "Jugendliche ohne Drogen" und "gewaltfrei". Gewalt von außen wäre keine Lösung. Sie setzen also darauf, sich als friedliche Jugendliche aus dem Ort darzustellen – gegen die "Gewalttäter aus Leipzig". Dabei können sie wohl weiter auf die Unterstützung des Bürgermeisters Pausch zählen, dem die Rechten lieber sind als die Punks und AntiFas,

die immer mal wieder Häuser besetzten und für Juli wieder ein größeres Punkkonzert ("Panzerknacker") organisieren. Im letzten Jahr kam es bei diesem Konzert zu Randale und der Plünderung eines Supermarktes ...

Hier wird es jetzt interessant. Zum einen muß es natürlich weiter darum gehen, die Faschisten von der Straße zu prügeln. Auf der anderen Seite droht die Anti-Fa-Mobilisierung wieder in "bessere Sozialarbeit" abzugleiten, wenn sich nun die AntiFas ihrerseits als "bessere Jugendliche" darstellen wollen, um die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Faschisten durch eine von Stadtverwaltung und "Linken" abzulösen. Das würde dann den Faschisten vielleicht (vorübergehend?) die finanzielle Unterstützung und die Räume in Wurzen nehmen, aber dafür die ganze beschissene Situation sonst in der Stadt – die Disziplinierung in der Schule, die kapitalistische Ausbeutung in den Fabriken usw. – lassen, wie sie ist. Womit wir bei der Ausgangsfrage wären:

Wie leisten wir Widerstand gegen die Faschisten überall da, wo sie sich organisieren; und wie schaffen wir es, dabei nicht beim AntiFaschismus hängenzubleiben, sondern in Kämpfen revolutionäre Ansätze zu finden und weiterzutreiben? Das hört sich als Frage erstmal gut an, erweist sich in der praktischen Auseinandersetzung aber immer wieder als schwieriges Unterfangen. Zunächst mal ist die Situation in den einzelnen Städten entscheidend: In den sächsischen Kleinstädten östlich von Leipzig haben sich die Faschisten relativ gut organisiert und greifen gezielt Leute aus der Linken, Punks, AntiFas und MigrantInnen an. Jede Form linker Organisierung muß damit rechnen, Ziel dieser Angriffe zu werden. Die Faschisten zu bekämpfen und zu isolieren ist also eine Voraussetzung, um andere Kämpfe voranbringen zu können. Es geht nun darum, ihnen die soziale Basis zu nehmen. Wir müssen Jugendliche, MigrantInnen und andere unterstützen, die sich gegen die Faschisten organisieren. Aber darüber hinaus müssen wir auch Bezüge herstellen zu den sozialen Auseinandersetzungen in den Städten – z.B. in Wurzen zwischen Jugendlichen, die Häuser besetzen und ArbeiterInnen wie denen in der Keksbude, die geschlossen an den Streiks in der Nahrungsmittelbranche teilnahmen. Nur so können wir die Orientierung von Teilen der ArbeiterInnen an rechten Zielen und Aktionen wirksam bekämpfen und mit den ArbeiterInnen eine andere – antikapitalistische – Perspektive entwickeln. Und nur so können wir verhindern, daß wir zwar eine Bewegung gegen die Faschisten hinbekommen, die aber dann bei der Vertreibung der Faschisten hängenbleibt und die kapitalistische Ausbeutung nicht thematisiert, geschweige denn angreift.

Auf dem letzten Wildcat-Zirkular-Treffen gab es nicht nur eine kontroverse Diskussion über den Abdruck des Flugblattes der englischen "Wildcat"-Gruppe im Zirkular #16, die Diskussion war endlich einmal auch fruchtbar, weil sie sich hauptsächlich auf die inhaltlichen Streitfragen einließ. Neben anderen wurde dann auch ich aufgefordert, meine Position und Sicht der historischen Fragen aufzuschreiben - unter Vernachlässigung meines angeblichen Perfektionszwanges. Ausnahmsweise bin ich dem nachgekommen. Das Ergebnis folgt dieser Vorbemerkung, und ich weise gleich im vorhinein daraufhin, daß vieles vielleicht zu kurz oder zu detailliert ist, aber mit der zeitlichen Vorgabe und im Kampf mit den Perfektionszwängen konnte im Moment nichts besseres herauskommen. (Nicht ich trage die Schuld daran, sondern einzig diejenigen, die wieder einmal sagten: "Schreib das doch mal auf....")

M.Rh.

The American way of antifa

Anmerkungen zu Krieg, Faschismus und Demokratie

"Wie es der gesteigerten Bewußtheit des konterrevolutionären Geistes im Gegensatz zu den nur konservativen und reaktionären Tendenzen entspricht, ist das gemeinsame Ziel solcher Aushängeschilder der heutigen europäischen Politik wie Hitler und Mussolini, Daladier und Chamberlain nicht nur die zeitweilige Brechung des Widerstandes der Arbeiter gegen die wachsende Unterdrückung und Pauperisierung. Ihr wirkliches Ziel besteht darin, im nationalen und internationalen Maßstab Bedingungen zu schaffen, durch die jede künftige Bewegung der Arbeiterschaft ,ernstlich und für eine lange Zeit' unmöglich gemacht wird."

Karl Korsch, Staat und Konterrevolution, 1939

I.

Unter Bombern

Nachdem der Schlachtenlärm um den 8.Mai und die hohle Debatte *über Befreiung oder Niederlage* vorerst ein wenig abgeklungen ist, können wir uns in Ruhe ein paar Gedanken über den Zusammenhang von Krieg und Klassenkampf, von Faschismus und Demokratie machen. Das ist umso nötiger, als mittlerweile bei einem Teil der Linken selbst die einfachsten Erkenntnisse über Faschismus und Krieg abhanden gekommen sind. Die Wortführer der *Antideutschen* gehen im Niveau weit zurück und landen bei der Umerziehungsphraseologie der Alliierten von 1945: *American way of antifa*... Sie streichen einfach alles durch, was in der vergleichsweise kurzen Geschichte der Linken nach 1968 erarbeitet wurde.

Als sich in den 60er und noch in den 70er Jahren Jugendliche gegen ihre Eltern erhoben und erst damit begannen, die Hohlheit der "Demokratie" und die Kontinuität vom Nationalsozialismus zur BRD zu erahnen, war die spontane Verurteilung einer ganzen "Generation" noch verständlich. Immerhin folgten dann Jahre, in denen über

den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus diskutiert und heftig gestritten wurde. So abstrakt diese Diskussionen und Analysen auch waren, so gingen sie doch in eine richtige Richtung. Um nicht in abstrakten Modellen hängenzubleiben, machten sich dann viele auf den Weg, in unzähligen Einzelstudien so etwas wie eine Sozialgeschichte des Nationalsozialismus - auf regionaler und lokaler Ebene - zu erarbeiten. Wenn auch für die Faschismustheorie nicht besonders fruchtbar, boten diese Studien insgesamt ein doch sehr differenziertes Bild der Klassengesellschaft in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Danach konnten einigermaßen gewissenhafte Leute weder behaupten, "die" Arbeiterklasse haben den Nationalsozialismus kollektiv bekämpft, noch ließ sich weiterhin pauschal die These aufrechterhalten, "die Deutschen" hätten im Nationalsozialismus ihre historische Heimstatt gefunden. Es mag sein, daß jede politische Generation - auch innerhalb der Linken - frühere Irrtümer und Erfahrungen wiederholen muß. Aber es ist nicht einzusehen, weshalb wir wider besseres Wissen jenen folgen sollen, die schließlich die ganze Entwicklung seit 1967/1968 mitgemacht haben und es besser wissen müßten.

Die Faschismustheorien innerhalb der Linken spiegelten immer ihr eigenes Verhältnis zur gegenwärtigen Klassenrealität wider. Dem bloß moralischen Antifaschismus - gegen die "Elterngeneration" - in den 60er Jahren entsprach die Entfernung von der damaligen Arbeiterklasse, die es erst zu entdecken galt. Die so abstrakten wie dogmatischen Faschismustheorien innerhalb der marxistisch gewordenen Linken dienten oft nur dem Proletkult und der Idealisierung der "reinen" Arbeiterklasse durch K-Gruppen und DKP, die sich als Parteien an die Stelle der Klasse setzten. Dann kam die Entdeckung der "Alltagsgeschichte", in der zwar interessante Berichte über Regionales und Lokales geschrieben wurden, in der sich aber der Gesammtzusammenhang von Klassenkampf und Faschismus in lauter Einzelgeschichten auflöste. Diesem zerstreuten historischen Bild vom Nationalsozialismus entsprach in der politischen Gegenwart der Linken die langsame, aber gründliche Auflösung aller Begriffe von Klassen und Klassenkampf.

Womit wir es jedoch heute - zumindest bei den westdeutschen Wortführern der *Antideutschen* - zu tun haben, das ist die offene Gegnerschaft zur real existierenden Klasse. "Links sein", heißt dann nicht nur "nicht-deutsch" zu sein, es bedeutet auch, daß die frühere elitäre und avantgardistische Rolle gegenüber der Arbeiterklasse aufrechterhalten wird, nun freilich in direkter Gegnerschaft. Was aus alten Zeiten noch übrigbleibt, das ist die stalinistische Ideologie der Erziehungsdiktatur, daß nämlich das Proletariat zum Guten nur durch autoritären, staatlichen Zwang zu "erziehen" sei. Rückwirkend wird der historische Wert der DDR als antifaschistische Erziehungsdiktatur *über* die Arbeiterklasse hochgelobt. Diese Wendung hin zu einer radikalen Staatslinken ist nur erklärbar durch die Erfahrung der "Wende" von 1989: *Den ArbeiterInnen des Ostens nimmt man übel, daß sie den Sozialismus haben zusammenbrechen lassen.* Solange sich diese Art Antifaschismus noch im Einklang mit den Bewegungen der ArbeiterInnen glauben konnte, wirkte der Antifaschismus als praktische Moral und auch als Triebkraft in sozialen Revolten von Jugendlichen. Mit der Loslösung von jeder Klassenrealität aber geht diese praktische Moral - bei den Wortführern der *Antideutschen* - ins bloße Moralisieren über. Proletariat wird zum

"Mob", und das rassistische Selbstbild als "weißer Arbeiter" wird pseudo-marxistisch aufgebläht zum Schlüsselbegriff von Klassenanalyse.[1]

All dies wären nur Fußnoten in der eh nicht so bedeutenden Geschichte der Linken in der BRD, wären da nicht die *Bomben auf Bagdad* gewesen. Während im Januar 1991 Massen von SchülerInnen auf die Straßen gingen, einfach weil sie ihre eigenen Lebensbedürfnisse gegen den Kriegsterror setzten und weil sie die Kriegspropaganda und Verlogenheit der "humanitären" Hetzer nicht ertrugen, mußten sie sich von "konkret" als Vorformen einer neuen SA beschimpfen lassen. Man entblödete sich nicht, sich vor einer israelischen Vertretung zu versammeln, um Solidarität mit Israel zu demonstrieren. Und der "konkret"-Herausgeber Gremliza (den selbst der NATO-Doppelbeschluß Ende der 70er Jahre nicht hatte aus der SPD treiben können) wußte wie immer eine gelungene Formulierung: Die Falschen (die USA) tuen das Richtige (Israel schützen). Sie alle saßen schon damals imaginär mit in den Bombern, aber in ihren Köpfen kreisten diese Todesmaschinen nicht über Bagdad, sondern - wieder! - über Dresden. Die unselige Kampagne "Keine Träne für Dresden" und die scheinbar nur provokativ gemeinten Ehrbezeugungen für den britischen Bomberkommandanten Harris richteten sich ebenso gegen Dresden im Krieg wie gegen das heutige Dresden, gegen die Arbeiterklasse hüben wie drüben. Die panische Angst vor der Klasse und ihrem angeblichen "proletarischen Nationalismus" hatte Gremliza schon früher dazu gebracht, den US-amerikanischen Truppen in der BRD zuzurufen: "Ami - stay here!" Den Pakt mit dem Teufel hatte der ehemalige Vietnamkriegsgegner also schon vor dem Golfkrieg eingeleitet.

Ohne es zu wollen, demonstrieren die *Antideutschen* recht gut, was ein imperialistischer Krieg ist und gegen wen er sich richtet. In tragikomischer Gestalt wiederholen sie das Drama jener Antifaschisten von 1945, vor allem jener Mitglieder der KPD, die sich den "Falschen" für das "Richtige" zur Verfügung stellten und sich an der alliierten Besatzungspolitik aktiv beteiligten. Als sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, flogen sie - ob Bürgermeister oder Minister - aus ihren Posten heraus. Dieser Antifaschismus, in seiner historischen wie gegenwärtigen Gestalt, war und ist letztlich nur dazu tauglich, die Methoden der kapitalistischer Herrschaft zu verfeinern und im Namen der "Humanität" der Arbeiterklasse den Krieg zu erklären.

Wir könnten es dabei belassen, die Farce dieses *urdeutschen* Antideutschtums dem verdienten Gelächter auszusetzen und die grauhaarig, aber nicht klüger gewordenen Wortführer ins Leere reden zu lassen. Wären da nicht diejenigen, deren Antifaschismus immer noch eine moralische Triebkraft sozialer Revolte ist und die sich von der Wortradikalität der "Antideutschen" zunächst einmal angezogen fühlen. *Es muß also wieder diskutiert werden, was der Faschismus mit der Demokratie zu tun hat und warum imperialistische Kriege immer Kriege gegen das Proletariat sind.*

---

[1] So zum Beispiel Heiner Möller in seiner Entgegnung auf Karl Heinz Roth in: "Die Wiederkehr der Proletarität"

II.

Faschismus und Demokratie

In seinem Text über "Totalitarismus und Faschismus"[2] hat Jean Barrot den Antifaschismus der dreißiger und vierziger Jahre als Rückgewinnung der staatlich-kapitalistischen Kontrolle über die Arbeiterklasse kritisiert. In dieser Kritik hebt er hervor, daß sich der Faschismus historisch ebenso aus der Demokratie heraus entwickelt habe wie umgekehrt die Demokratie aus dem Faschismus hervorgegangen sei. Auf einer sehr allgemeinen und noch abstrakten Ebene heißt das, daß die Gegenüberstellung von demokratischem Antifaschismus und Faschismus nur zwei Seiten kapitalistischer Herrschaft nennt und daß deshalb der demokratische Antifaschismus lediglich auf andere Weise die Integration und Unterordnung der Arbeiterklasse betrieben und verfolgt hat.

Der Faschismus kam zur Macht, *nachdem* die soziale Revolution - dank der "demokratischen" Repression durch Sozialdemokratie und Parlamentarismus - in Deutschland und Italien niedergeschlagen war. Und er übernahm die Aufgabe, die sich auch der Sozialdemokratie stellte: die Arbeiterklasse *im kapitalistischen Staat zu organisieren*. Der Übergang zur faschistischen Staatsmacht erfolgte - in Deutschland wie in Italien - mit demokratischen Methoden. Zwar haben Hitler und die NSDAP niemals bei freien Wahlen eine Mehrheit bekommen, sehr wohl aber innerhalb des demokratischen Parlaments, das damit seine Selbstaufhebung betrieb. Im Faschismus und Nationalsozialismus organisierte sich das Kapital zur politischen Einheit (zur herrschenden Klasse), die sich an die Stelle der brüchig gewordenen demokratischen Formen der Vermittlung von Klasseninteressen setzte. Demokratie ist wie der Faschismus eine historische Wahl politischer Klassenherrschaft. So wie der Faschismus der 20er und 30er Jahre stellte die Demokratisierung schließlich eine notwendig gewordene Variante dar, in der die herrschende Klasse ihre Herrschaft organisierte.

Die ArbeiterInnen hatten nie die *Wahl zwischen Faschismus und Demokratie*. Sie hatten höchsten die Wahl, gegen den Kapitalismus zu kämpfen oder nicht, die *Wahl zwischen Kapitalismus und Revolution*. Antifaschismus vom Standpunkt des Klassenkampfes aus kann nur Kampf gegen den Kapitalismus selber sein. Wird dieser Kampf nicht radikal bis zum revolutionären Bruch geführt, dann bleiben den herrschenden Klassen alle Möglichkeiten offen, den Klassenkampf in jene Bahnen zu lenken, die die Einheit des Kapitals - als herrschende Klasse - absichern. So abstrakt und allgemein diese Feststellungen zunächst einmal erscheinen, so deutlich wird darin, was es mit dem Gegensatz von Faschismus und Demokratie in den dreißiger und vierziger Jahren und mit dem Antifaschismus der Alliierten und der europäischen Linksparteien auf sich hatte: *Der Krieg war die Form, in der das Kapital seine politische Einheit international als bürgerliche Klassenherrschaft reorganisierte - zur Integration und Organisierung der Arbeiterklassen im Staat und zur Niederhaltung der*

---

[2] In *Jean Barrot: Bilan, Contre-Révolution en Espagne*. Leider wurde der Text bislang noch nicht einmal in Auszügen auf deutsch veröffentlicht.

sozialen Revolution.

In dieser Allgemeinheit gibt es überhaupt keine Unterschiede zwischen Deutschland, Italien und den anderen am Krieg beteiligten Ländern. Und in dieser allgemeinen Sichtweise wird erst die scheinbar schwankende Politik der Alliierten gegenüber Hitler-Deutschland und dem faschistischen Italien erklärbar: von der längeren Phase einer offenen Tolerierung der nationalsozialistischen Repression, rassistischen Verfolgungspraxis und offenen Expansionspolitik, bis zur "bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Reiches, während das nach-faschistische Regime in Italien als Bündnispartner anerkannt wurde.

Die Unterschiede zwischen der Entwicklung in Italien und in Deutschland in den letzten Kriegsjahren wurden - vor allem in der westdeutschen Linken - lange Zeit dahingehend mystifziert, daß sich "Italien" selbst vom Faschismus "befreit" habe, während "Deutschland" als Staat mit dem Nationalsozialismus untergegangen sei. In Wahrheit bedeutet in dieser Mystifizierung "Italien" nicht das italienische Proletariat, sondern die herrschende Klasse mitsamt einer bedeutenden Fraktion der faschistischen Elite. Mussolini wurde von der herrschenden Klasse gestürzt, und damit wurde die demokratische Transformation des Faschismus eingeleitet. Und diese Wende vom Faschismus zum Antifaschismus, die mithilfe der Kommunistischen Partei zustande kam, konnte sich zuletzt auch noch als nationaler Widerstand ausgeben - nachdem Wehrmacht und SS die mürbe gewordene Mussolini-Diktatur mit terroristischen Besatzungsmethoden zu retten versuchten.

Der Unterschied zur Situation im nationalsozialistischen Deutschland wurde also durch die herrschende Klasse Italiens herbeigeführt, die mit der antifaschistischen Wende und im Bündnis mit der Kommunistischen Partei den ArbeiterInnen die demokratische Herrschaftsform aufzwingen konnte. Der Faschismus in Italien unterschied sich zwar in vielen Punkten erheblich vom deutschen Nationalsozialismus, aber *sowohl von der Qualität wie der Quantität her stellte sich das Verhältnis von Widerstand und Massenloyalität in Italien nicht anders dar als im nationalsozialistischen Deutschland.* Das wurde mit den rückwirkenden Mythenbildungen der *Resistenza* als staatsgründender Widerstandsbewegung überblendet.

Weil für die herrschende Klasse und nationalsozialistische Elite in Deutschland ein solcher Kurswechsel, also eine Hinwendung zur demokratischen Transformation des Nationalsozialismus ausgeschlossen war, blieb diese Aufgabe den Alliierten überlassen - über den Weg der "bedingungslosen Kapitulation". Das bedeutet nicht, daß es aus der Bourgeoisie und NS-Führung heraus keine Initiativen gegeben hätte, in Form von Separatfrieden - oder, wie im Juli 1944, durch einen Staatsstreich zur Errichtung einer Militärdiktatur - einen solchen Kurswechsel einzuleiten. Diese Initiativen blieben jedoch erfolglos, weil die gesamte herrschende Klasse letztlich vor den Konsequenzen einer bedingten Kapitulation zurückwich: daß sich nämlich dann das deutsche Reich in einer ähnlichen Situation wie im November 1918 befunden hätte; eine Erfahrung, aus der die NS-Führung gelernt hatte, niemals eine Situation zuzulassen, in der die Schwächung des Kriegsregimes sozialen Revolten und revolutionäre Bewegungen wieder Raum gegeben hätte. In dieser objektiven Logik von exzessiv gesteigertem Terror nach innen und von

außen betriebener Kriegsführung der "bedingungslosen Kapitulation" wurde nicht nur das Proletariat als ganzes eingeschnürt, sondern auch der Weg zur demokratischen Transformation des Faschismus vorgezeichnet: die zeitweilige Ersetzung der herrschenden Klasse in Deutschland durch die alliierten Mächte.

III.
Humanitärer Terror

Die Alliierten, weder die aus dem Westen noch die UdSSR, haben zu keinem Zeitpunkt das Ziel verfolgt, "Deutschland vom Faschismus zu befreien". Es gab natürlich in den Staatsapparaten der USA wie Großbritanniens Funktionäre sowie Militärs, die ehrlich davon überzeugt waren, daß dies ein moralisch *gerechter Krieg* war, weil er gegen die schlimmsten Unterdrücker der damaligen Zeit gerichtet war. Es gibt viele solcher Beispiele, sie machen nur deutlich, welche Funktion der Antifaschismus als Leitideologie hatte; aber sie erklären nicht die Politik der Alliierten - von den 30er bis in die späten 40er Jahre hinein. Die Befreiung der Überlebenden aus den Konzentrationslagern war ein glückliches, aber eben auch beiläufiges Ergebnis der alliierten Kriegspolitik. Als die ersten Hunderttausend in den Konzentrationslagern saßen, in der Mitte der 30er Jahre, stand das nationalsozialistische Regime bei den Westmächten hoch im Kurs. Später räumten Vertreter der Alliierten ein, man habe damals Fehler gemacht, indem man dem NS-Regime freie Hand ließ.

Tatsächlich folgte die damalige Beschwichtigungspolitik ("Appeasement") einer recht klaren Logik: Das NS-Regime räumte im Innern mit jeder Art von proletarischem Widerstand - auch in den eigenen Reihen - auf, und man tolerierte jeden Vertragsbruch - wie die vollständige Wiederaufrüstung -, weil man so hoffte, die Expansionsinteressen des deutschen Reiches *nach Osten lenken* zu können, also gegen die UdSSR. Auch die sowjetische Führung ging anfangs noch davon aus, daß sich jenes Bündnis zwischen deutschem Reich und UdSSR, das es seit den 20er Jahren gegen die Siegermächte von Versailles gab, verlängern ließe. Stalin selber verglich damals die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit den italienisch-sowjetischen, d.h. mit den guten Beziehungen zwischen der UdSSR und dem faschistischen Italien seit den 20er Jahren. Die Haltung der sowjetischen Regierung gegenüber dem NS-Regime änderte sich erst mit den eindeutigen Signalen der deutschen Regierung, als diese nämlich die Bündnisbeziehungen faktisch aufkündigte. Dies war der Moment, als die Führung der UdSSR und KPdSU den demokratischen Antifaschismus proklamierte und das Bündnis mit den Westmächten gegen Deutschland suchte.

Sowohl diese Interessenlage wie die Rolle, die dem NS-Regime international zugedacht war, bestimmten dann entscheidend den Bürgerkrieg in Spanien mit: Anfangs hielt sich die UdSSR zurück, griff dann aber um so entschiedener ein, wie es darum ging, die soziale Revolution zu verhindern, während sich die Westmächte sorgsam heraushielten und dem NS-Regime wie dem italienischen Faschismus das Feld überließen, um eine mögliche Ausbreitung der Revolution im Keim zu ersticken. Alle Beteiligten und scheinbar Nicht-Beteiligten - die Regime Deutschlands und Italiens, der UdSSR und die Westmächte - demonstrierten am Beispiel Spaniens bereits den

gemeinsamen Inhalt ihrer Politik: Konterrevolution. Nur waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Bedingungen gegeben, daß sich Westmächte und UdSSR auf einen gemeinsamen Kurs einigen konnten: Die Westmächte zogen die faschistische Option für Spanien vor, während die UdSSR und Komintern im spanischen Bürgerkrieg bereits praktisch vorführten, was dann im zweiten Weltkrieg als Konzept des demokratischen Antifaschismus zur gemeinsamen Kriegs- und Klassenpolitik der Alliierten wurde.

Aus der gesamten Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges geht hervor, wie zumindest die Westmächte im Nationalsozialismus und seiner Expansionspolitik eine Art *Ausputzer* sahen, zwar ein *Schmuddelkind* der Zivilisation, aber dafür ein um so wirksameres Mittel der Konterrevolution. Das blieb selbst dann noch so, als das NS-Regime 1938 in die Tschechoslowakei einrückte, was mit dem Münchner Abkommen abgesegnet wurde. Und selbst der Überfall auf Polen im September 1939 führte zwar zum Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland, aber - wie es in Frankreich genannt wurde - in Form des "komischen Kriegs": Zwei Staaten befanden sich mehrere Monate lang im Krieg, und niemand kämpfte. Im Sommer 1940 brach dann die deutsche Armee in Frankreich ein, und nur diejenigen, die die Klasseninteressen der französischen Bourgeoisie nicht zur Kenntnis nehmen, glauben noch an den Mythos des deutschen Überraschungs- und Blitzkrieges. Der politische und militärische Bankrott des französischen Staates 1940, den die Gaullisten später nicht ganz zu Unrecht als nationalen Verrat brandmarkten, bescherte einem Teil der französischen Bourgeoisie die diktatorischen Ausbeutungsbedingungen (im besetzten wie im unbesetzten - von französischen Faschisten regierten - Teil des Landes), zu deren Durchsetzung der schwache französische Faschismus nicht in der Lage war. In Frankreich war es die gaullistische Exilregierung, die sich als imaginäres, aber "wahres" Frankreich konstituierte, das jene demokratische Option repräsentierte, die dann nach 1944 von der herrschenden Klasse mithilfe der Kommunistischen Partei wahrgenommen wurde.

Das für die letzten Kriegsjahre bestimmende Bild eines vereinigten Lagers der Westalliierten beruhte auf der Festlegung des gemeinsamen Kriegszieles einer "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands durch die USA. Die Beratungen darüber begannen in den USA schon 1942, aber erst im Januar 1943 verkündete Roosevelt auf der Konferenz von Casablanca die Entscheidung, daß der Krieg erst mit der vollständigen Zerstörung der deutschen und japanischen Kriegsmacht enden würde. Eine Zeit lang zögerte die sowjetische Führung noch, diesem Kriegsziel zuzustimmen; dann schloß sie sich dieser Zielsetzung an.[3] "Wir müssen hart mit den Deutschen umgehen",

---

[3] Die Forderung nach der "bedingungslosen Kapitulation" hatte neben der - in den Augen der Westalliierten notwendigen - Zerstörung der Eigenstaatlichkeit Deutschlands auch den Zweck, ein gegenseitiges Ausscheren aus dem militärischen Bündnis zu verhindern. Also eine Art Rückversicherung für alle Beteiligten; denn insbesondere die sowjetischen Führung befürchtete damalas noch einen möglichen Separatfrieden der Westmächte gegen die UdSSR. Tatsächlich war auch die Churchill-Regierung anfänglich nicht so leicht für dieses Ziel der USA zu gewinnen, denn sie liebäugelte noch - eben wie es die sowjetische Regierung befürchetete - mit einem Separatfrieden. (Unter Churchill wurde schließlich auch wieder

äußerte sich Roosevelt im Sommer 1944 gegenüber dem Finanzminister Morgenthau, "und ich meine das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen das deutsche Volk entweder kastrieren, oder man muß es so behandeln, daß sie nicht nochmal solche Leute hervorbringen, die auf dem gleichen Wege wie bisher weitermachen wollen." Schriftsteller und andere Intellektuelle aus der deutschen Emigration äußerten sich ähnlich drastisch, so Emil Ludwig 1942: "Nicht weil Hitler Europa versklavt hat, sondern nur, weil die Deutschen die weltgeschichtliche Möglichkeit einer Demokratie (!) verloren und sich in einen Sklavenstaat zurück verwandelt haben, nicht als Strafe, sondern zum Schutz der Welt müssen sie die Regierung auf einige Zeit abgeben. Dies wird ohne Camps und Hinrichtungen, in einer vollkommen humanen Form möglich sein." Ähnlich kündigte Thomas Mann schon im vorhinein sein Einverständnis an, "wenn die Alliierten Deutschland zehn oder zwanzig Jahre lang züchtigen."

Damit war in der Ideologie und Politik die Legitimation nicht nur für die Massenbombardements ziviler Ziele gegeben, es wurde damit auch jeder gegenwärtigen oder zukünftigen Befreiungsinitiative in Deutschland die Legitimation abgesprochen. Daß die Festlegung einer solchen "Kollektivschuld der Deutschen" nicht alleine eine Antwort auf den *totalen Krieg* der nationalsozialistischen Führung war, zeigte erst später die Ideologie und Praxis der Besatzungspolitik in den Westzonen und die dadurch vorbereitete Rehabilitation der deutschen Bourgeoisie mitsamt den Trägern des nationalsozialistischen Staatsapparates. Es gab ein faktisches Zusammenspiel zwischen nationalsozialistischer Volksgemeinschaftsidee und alliierter Kollektivschuld-These, zum einen in der Ideologie - in der Konstruktion eines nationalen Kollektivs, zum anderen in der Praxis des Krieges: Terror im Innern und Massenbombardements von außen. In einfachen Worten, aus einem unverdächtigen Mund: "Ich persönlich finde, daß längst nicht genug betont wird, wie wunderbar der Bombenkrieg geeignet war, mit den Nazis zugleich die revolutionären Ansätze kleinzukriegen", so Käthe Dräger, damals Mitglied einer kommunistischen Oppositionsgruppe.

IV.

Der ausgebliebene Aufstand

Kaum jemand in der Linken bemerkt, wie nahtlos an die nationalsozialistischen Politik angeknüpft wird, wenn stereotyp von einem faschistischen oder nur nationalen Konsens in Deutschland vor 1945 die Rede ist. Wäre dem so gewesen, hätte es nicht des Terrors bedurft. Hätte sich das NS-Regime im Sportpalastjubel für den "totalen Krieg" seiner sicher sein können, wäre die Steigerung des offenen Terrors zum Ende des Krieges hin überhaupt nicht notwendig gewesen. Es kann hier keine Bilanz der gesamten Forschung über Widerstand und Massenloyalität gezogen werden. Es muß zuerst einmal der Hinweis auf die Zahl der Verhaftungen und die Masse der KZ-Insassen für eine erste Entgegnung ausreichen. Bei Kriegsausbruch befanden sich etwa 300.000 Menschen in Konzentrationslagern, vorwiegend Deutsche. Im letzten Kriegsjahr, 1944, wurden allein

---

1945 darüber nachgedacht, den Krieg in Richtung Osten fortzusetzen.)

in den ersten sechs Monaten mehr als 300.000 Menschen verhaftet. Der Terror wurde zum Ende des Krieges hin intensiver und auch unverhohlen offen ausgeübt. Das relativiert nicht die Tatsache von 8 Millionen NSDAP-Mitgliedern und einer breiten Passivität gegenüber der sichtbaren und erfahrenen Unterdrückungspolitik. Aber es setzt *Kollektivurteilen* Grenzen, ob sie sich nun auf fragwürdige Begriffe wie "die Deutschen" oder auch auf "die" Arbeiterklasse beziehen. Der alltägliche Terror ist vielmehr der praktische Beleg dafür, daß die propagandistisch verkündete Stillegung der Klassenkämpfe und jeder Art von Widerstand ein fromme Lüge der Nazis war. Die Massenbasis, die der Nationalsozialismus in allen gesellschaftlichen Klassen zweifellos besaß, reichte offenbar nicht aus, um das Regime zu stabilisieren.

Aber man kann noch weiter gehen: *Der Aufstand gegen das nationalsozialistische Regime wäre in Deutschland zwangsläufig mehr gewesen als eine Befreiungsbewegung unter nationalem und antifaschistischem Vorzeichen. Er hätte den radikalen Bruch nicht nur mit dem Nationalsozialismus, sondern der gesamten Klassenherrschaft bedeutet. Es gab unter den Bedingungen des NS-Regimes keinerlei Vermittlung, wie etwa in Italien oder in Frankreich; es gab außerhalb der Arbeiterklasse und des unmittelbaren Klassenkampfes kein Zwischenglied, kein Klassenbündnis mit Fraktionen der Bourgeoisie und des Staatsapparates, und es gab noch nicht einmal auf internationaler Ebene ein schwaches Kettenglied in der imperialistischen Herrschaft, das sich taktisch günstig ausgewirkt hätte. Wenn irgendwo auf der Welt, dann bedeutete der Aufstand in Deutschland die reinste Form des Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und Kapital. Und nirgendwo auf der Welt hat je ein Proletariat unter solchen Bedingungen den Kampf aufgenommen!*

Daß dies nicht aus der Luft gegriffene Spekulation ist, zeigt die Entwicklung der inländischen Widerstandsgruppen, unabhängig welcher politischen Richtung innerhalb der Linken sie angehörten.[4] Sowohl bei Gruppen der Sozialdemokratie wie innerhalb der KPD-Führung stand überhaupt nicht mehr in Frage, daß nach dem Sturz des NS-Regimes durch einen Aufstand oder auch nur durch eine militärische Niederlage der "Sozialismus auf der Tagesordnung" stand. Das bedeutete natürlich nicht, daß sich die Untergrundgruppen der Linksparteien plötzlich zu revolutionären Organisationen gewandelt hätten, es war lediglich Ausdruck einer Situation, in der es *mit der Bourgeoisie* nichts mehr gemeinsam zu tun gab.

---

[4] Die ausdrücklich *politischen* Gruppen werden hier nur als *Vermittler* zwischen den sich neu herausbildenden Kontrollapparaten der Besatzungsmächte und der Arbeiterklasse hervorgehoben. Es wäre bei einer anderen Gelegenheit einmal genauer auszuführen, wie zerstreut *und* breit gestreut die alltägliche Renitenz war und wie auch in nicht wenigen Fällen diese Renitenz zu militantem Widerstand überging. Zu den "Vergessenen" dieses Teils der Klassengeschichte gehören insbesondere jugendliche Subkulturen – ob rheinische *Edelweißpiraten*, Leipziger *Meuten* oder andere *wilde Cliquen* –, deren Ausbreitung den Nazis große Sorgen bereitete und auf die sie zum Beispiel 1944 mit der öffentlichen Hinrichtung einer Gruppe Kölner Jugendlicher und der Einrichtung besonderer Jugend-KZs äußerst brutal reagierten.

Diese Erwartungen in eine sozialistische Umwälzung waren so naiv (da sie auch mit dem Sieg der Alliierten verbunden waren) wie hartnäckig: Als die "Gruppe Ulbricht" im Frühjahr 1945 von der Moskauer Exilführung der KPD nach Deutschland geschickt wurde, um die KPD-Gruppen auf die Ziele der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" einzunorden, brauchte es lange und zähe Verhandlungen, bis auch die letzte KPD-Versammlung von der Nowendigkeit der "Demokratie" überzeugt war. Ulbricht und seine Genossen aus der Moskauer Parteiführung bedienten sich dabei desselben Arguments wie die alliierten Besatzungsmächte in der Frage der "bedingungslosen Kapitulation". Die Bevölkerung und Arbeiterklasse in Deutschland sei, so Ulbricht damals, "faschistisch verseucht", so daß erst einmal ein langer demokratischer Erziehungspozeß eingeleitet werden müßte.

Die "Sozialismus"-Propaganda der SPD und auch der CDU nach 1945 hatte natürlich nichts mit proletarischer Revolution zu tun. Sie war lediglich ein Anpassungsmanöver an ein allerdings weit verbreitetes Bewußtsein, in dem Faschismus und Kapitalismus gleichgesetzt wurde. Selbst die CDU mußte in den Anfangsjahren (in ihrem legendären "Ahlener Programm") wortradikal einräumen, daß Marktwirtschaft und Monopolkapitalismus versagt hätten. Der Hintergrund all dieser propagandistischen Manöver war, *daß man eine Zeit lang die Bourgeoisie aus dem Gesichtskreis der ArbeiterInnen verschwinden lassen mußte, um die demokratische Transformation des Faschismus gelingen zu lassen. Der "Sozialismus" der bürgerlichen und Linksparteien war ein Kapitalismus ohne Kapitalisten.*

Das wurde durch mehrere Faktoren erleichtert: Zahlreiche Kapitalisten, insbesondere "Wirtschaftsführer" aus Großbetrieben, waren verhaftet worden. Andere erhielten aufgrund ihrer NSDAP-Funktionen und -Mitgliedschaft Hausverbot im eigenen Betrieb. (Aus der sowjetischen Besatzungszone hatten sich die meisten gleich nach Westen abgesetzt.) Unter den Bedingungen der Besatzungsmacht und Besatzungspolitik galten nun gleichermaßen Sachzwänge - die Selbstverwaltung der Produktion durch ArbeiterInnen unter Anleitung von Betriebsräten, die sehr häufig aus dem politischen Widerstand kamen - und politische Zwangsmaßnahmen - Verbot eigenständiger politischer Organisierung und freier Presse, Kontrolle und Verhinderung von Reisen in andere Zonen, und der Zwang, sich an diejenigen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu halten, die von den Besatzungsmächten zugelassen wurden. Der Zerschlagung der politischen und ökonomischen Macht der deutschen Bourgeoisie folgte die Unterdrückung jeder selbständigen Organisierung von ArbeiterInnen-Organisationen. Die Beispiele dafür wurden in der linken Literatur der 70er Jahre so häufig genannt, daß ich mir hier eine ausführliche Wiedergabe sparen kann. Entscheidend ist, daß sich direkt mit der Besatzung ein Disziplinierungsapparat in den Besatzungszonen ausbreitete, der zum einen der politischen Unterdrückung *und* Integration der ArbeiterInnen diente, zum anderen alle Kräfte der Arbeiterklasse im "Wiederaufbau" der Fabriken und Betriebe band. Während die Kapitalisten entweder Hausverbot im Betrieb hatten oder im Knast saßen, setzten Millionen von ArbeiterInnen unter Anleitung antifaschistischer Betriebsräte die Maschinerie wieder instand, mit der sie dann tüchtig ausgebeutet werden konnten, nachdem die alten Herren nach einer

antifaschistischen Schamfrist wieder die eingesetzt wurden.

In dieser Weise gelang die demokratische Integration und die Hervorbringung einer Klasse, die auf lange Jahre hinaus politisch derart geschwächt war, daß eine extrem hohe Ausbeutungsrate möglich wurde. Zu dieser Rekonstruktion des Kapitalismus in Deutschland - nun aber unter den Bedingungen der US-Hegemonie - gehörte aber mehr als nur die reine Disziplinierung durch die Besatzungsmacht. Die Klassenintegration in der demokratischen Transformation des Faschismus wäre nur schlecht möglich gewesen ohne die Linksparteien und Gewerkschaftsapparate, die vielleicht zu den wichtigsten Disziplinierungs- und Integrationsmitteln wurden. Für diejenigen Teile der Arbeiterklasse, insbesondere aus der alten Facharbeiterschaft mit der Tradition der 1933 zerschlagenen ‚Arbeiterbewegung', die gleichermaßen an der Bewegung vor 1933 *und* an den Erfahrungen im Faschismus anknüpfen wollten, bedeutete die Wiedergründung der alten Parteien faktisch eine weitere Niederlage. Die Erwartungen an eine Vereinigung der tradionellen sozialistischen Richtungen - aus KPD und SPD - waren weit vebreitet. Ähnlich wie bei der Linienkorrektur innerhalb der KPD, nachdem die Auslandsleitung wieder die Oberhand gewonnen hatte, setzte sich gegen viele aktive Mitglieder und vor allem gegen Mitglieder aus den früher illegalen Gruppen die Parteispaltung wieder durch. Die Konzeption der Parteien und Gewerkschaften, die nach 1945 in den Westzonen wie in der Ostzone Gestalt annahmen, war schon in den Auslandsorganisationen entwickelt und mit den jeweiligen Besatzungsmächten abgestimmt worden.

All dies geschah in der relativ dünnen, hohen Luft einer traditionellen Arbeiterpolitik. In seinem Buch über "Die ‚andere' Arbeiterbewegung" ist Karl Heinz Roth, wenn auch recht summarisch, auf die damalige Klassensituation unmittelbar nach dem Krieg eingegangen[5]: "Eine Klasse, politisch in ihren Avantgarden derart weitgehend vernichtet und durch die auf ihre Wohnviertel konzentrierten westalliierten Bombenangriffe so weitgehend demoralisiert, daß sie sich in den ersten Stunden der Befreiung nicht gegen ihre Peiniger erhob, braucht in der Tat Jahrzehnte, um ihre Apathie und Geschichtslosigkeit zu überwinden, den rekonstruierten Mechanismus der Klassenspaltung anzugreifen, und von sich aus neue antagonistische Kampfformen zu entwickeln." (S.187) Er benennt auch ein weiteres, entscheidendes Problem: daß unmittelbar mit dem Kriegsende sich die Zusammensetzung der Belegschaften total veränderte - durch den schnellen Wegzug der ZwangsarbeiterInnen: "Es ist erschütternd, wie schnell und scheinbar vollständig die Klassenzusammensetzung der Jahre 1944/1945 zur Ungeschichte geworden ist, während sie sich mit der Geschichte der Reproduktionszyklen des Kapitals untrennbar verbindet. Beim zurückgebliebenen ‚Stammarbeiter'-Teil sind allenfalls ein paar Erinnerungen an einige kurzlebige Racheaktionen seitens der

---

[5] Ich gehe davon aus, daß in einem weiteren Diskussionsbeitrag – zumindest anhand der vorhandenen Literatur wie dem Buch von Mason über die "Arbeitspolitik" des Dritten Reiches – etwas genauer auf die Klassenzusammensetung und -situation unter dem NS-Regime eingegangen wird. Deshalb bleibt es hier nur beim allgemeinen Hinweis.

ausländischen Arbeiter zurückgeblieben." (S.186)

Bleibt noch zu sagen, daß die "Stammarbeiter" auch nur Teil eines Proletariats waren, das sich in Massen auf "Wanderschaft" befand, sei es als heimkehrende oder noch kriegsgefangene Soldaten oder als Flüchtlinge oder als Ausgebombte. Unter diesen Bedingungen und erst recht unter den Voraussetzungen einer totalen politischen Kontrolle durch die Besatzungsmächte konnte sich aus den vorhandenen Resten einer traditionellen (Fach-) Arbeiter-Avantgarde kein Kristallisationspunkt für diese zerstreute und gespaltene Klasse herausbilden. Sie ging deshalb auch sehr bald in der überwiegenden Mehrzahl in den Kontrollapparaten von Gewerkschaften und "Arbeiterparteien" wieder auf.

V.

Antifaschistische Konterrevolution

Der gesamte Zeitraum vom Ende des ersten Weltkrieges bis in die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg müssen als ein Zusammenhang begriffen werden, der durch die inneren und äußeren Kämpfe um eine neue imperialistische Weltordnung geprägt ist. Vom Standpunkt der Klassenkämpfe aus handelt es sich bei der Zwischenkriegszeit und beim zweiten Weltkrieg um die Organisierung und Formierung der internationalen Konterrevolution - in all ihren Spielarten und Gestalten: demokratisch, faschistisch bzw. nationalsozialistisch, und stalinistisch. Die objektive Logik dieser Entwicklung läßt sich auf zwei miteinander verbundene Punkte reduzieren: *erstens* die Welt so unter den Staatsmächten aufzuteilen, daß *zweitens* die soziale Revolution im Innern dieser Staaten auf lange Zeit von der Tagesordnung verschwindet, also die Niederlage der revolutionären Bewegungen zu Anfang der 20er Jahre möglichst zu verewigen.

Der innere gesellschaftliche Druck, also die in den dreißiger Jahren aufgestauten Klassengegensätze wurden militärisch und ideologisch (im Antifaschismus) jeweils nach außen gewendet; wobei dies den Alliierten um so leichter fiel, als schon das brüchige Staatensystem des Versailler Vertrages nicht zuletzt dadurch zusammengehalten wurde, daß die inneren Klassenwidersprüche der Siegermächte auf Deutschland und andere "Verlierermächte" verschoben wurden (und dort als nationalistische Aufladung des Klassenkampfes zur Geltung kamen). Die nationale Integration der Klassenkämpfe, ihre Kanalisierung im Antifaschismus und demokratischem Aufbau, also die auf lange Zeit wirkende Niederlage der Arbeiterklassen[6], war die Voraussetzung dafür, auch den

---

[6] Den Anteil, den die Arbeiterklassen selber an diesem Integrationsprozeß hatten, habe ich vor längerer Zeit in dem Thesenpapier über "Integration und Klassenkampf" zu schildern versucht. Wenn hier von Niederlage geredet wird, dann heißt das nicht, daß die ArbeiterInnen dabei bloß Objekt der imperialistischen Politik waren. Diese historische Niederlage – gemessen an den revolutionären Bewegungen nach 1918 – nahm jeweils die Form eines *nationalen Klassenkompromisses* an, der andauernd umkämpft blieb bzw. nur durch Klassenkämpfe eingehalten werden konnte. Insofern ist auch das durch die internationale Konterrevolution herbeigeführte System des Nachkriegskapitalismus natürlich kein starre, unbewegte Ordnung geblieben.

Kampf um die Hegemonie innerhalb des Imperialismus zu entscheiden. Kurz, der Krieg mitsamt der internationalen Niederlage und Integration der Arbeiterklassen war der Weg und das entscheidende Mittel, um die *langanhaltende Krise* des Kapitalismus zu lösen und die Bedingungen für ein neues Akkumulationsregime zu schaffen.

Der Klassencharakter des Krieges läßt sich auch an den Kämpfen ablesen, die fast unmittelbar mit dem Sieg der Alliierten ausbrachen - eine Art "Abrechnung", bei der sich zeigte, daß nach der Niederschlagung des Faschismus und nationalsozialistischen Regimes nun die ArbeiterInnen an der Reihe waren: In Frankreich und Italien blieb es bei sozialen Unruhen bzw. Streikbewegungen, aber zum Beispiel in Griechenland, wo das internationale Aufteilungsregime außer Kontrolle geriet (und sich die Partisanenbewegung nicht an die sowjetischen Vorgaben hielt), wurde es erst durch militärische Intervention und einen blutigen Bürgerkrieg möglich, die Aufteilungsordnung durchzusetzen. Mit der Anwesenheit einer riesigen militärischen Streitkraft in Europa waren Bedingungen gesetzt worden, die nicht nur aus Deutschland, sondern zum Beispiel auch aus Italien faktisch ein besetztes Land machten. Unverhohlen wies beispielsweise der aus der Emigration zurückgekehrte Chef der italienischen KP, Palmiro Togliatti, seine widerspenstigen Parteikader auf diese imperialistische Interventionsarmee hin, als er die Entwaffnung der Partisanen und die Selbstbeschränkung auf "demokratische" Ziele verlangte. Ähnlich ruppig ging es in den Apparaten der französischen Stalinisten zu, wo etliche Funktionäre der Auflösung der Partisanenverbände Widerstand leisteten.

Aus diesen und vielen anderen Beispielen und Ereignissen geht die wichtige Rolle der UdSSR bei der Aufteilungspolitik und der Einrichtung der neuen Weltordnung recht plastisch hervor. Die Aufteilung der Welt in einen Westen unter US-Hegemonie und in einen Osten unter sowjetischer Vorherrschaft stellt sich auf der Oberfläche zwischenstaatlicher Beziehungen als Konkurrenz und Gegensatz dar, aber sowohl die inner-imperialistische Konkurrenz (die Übernahme der britischen Führungsrolle durch die USA) als auch der sogenannte System-Gegensatz (zwischen Westen und Osten) war *die im Krieg auf praktischem Wege gefundene Einheit der antifaschistischen Konterrevolution*. Und der sogenannte Kalte Krieg war die Form, in der diese Einheit gewahrt blieb. Sorgsam achteten die sich gegenüberstehenden Blöcke darauf, den jeweiligen Gegner im Innern in Ruhe zu lassen. Ob als Kalter Krieg oder sogenannte Entspannungspolitik - der Systemgegensatz war nichts weiter als die friedliche Koexistenz zweier Ausbeutungsregime, während sich ein konkurrierender, politischer und militärischer Interventionismus spätestens seit Anfang der 50er Jahre in der Dritten Welt ausbreitete.

Freilich hat der Kalte Krieg dazu geführt, daß die Ideologie des demokratischen Antifaschismus ihre bisherige Form änderte ohne dabei jedoch ihre Funktion zu verlieren. Die Plätze wurden getauscht: Hier die Ex-Nazis mit den West-Alliierten zusammen gegen den "Totalitarismus", dort der Stalinismus als Wahrer des antifaschistischen "Erbes". Der Appell an die frühere Einheit der Alliierten ging nun von der UdSSR und den Kommunistischen Parteien aus. Das brachte solche Verrücktheiten hervor wie die nationalistische Phraseologie der Stalinisten: etwa in

Frankreich, wo an die Résistance-Traditionen appelliert wurde, um auf nationalistischer Basis Antiamerikanismus zu schüren, oder in Deutschland, wo es der KPD überlassen blieb, immer wieder die Einhaltung des Potsdamer Abkommens[7] einzuklagen und ihrerseit eine nationalistische Volksbewegung gegen den US-Imperialismus zu fordern.

In der Interpretation des parteioffiziellen Kommunismus war der internationale Systemgegensatz eine höhere - und übergeordnete! - Stufe des Klassenkampfes. Diese Interpretation, gestützt auf den Mythos der Oktoberrevolution und vor allem auf die Bedeutung der Roten Armee bei der militärischen Niederschlagung des NS-Regimes, hatte in ganz Westeuropa eine Massenbasis. Und die Linke in Westdeutschland blieb diesem Schein hartnäckig verhaftet. Der "eiserne Vorhang" - eine der stärksten Waffen der internationalen Klassenspaltung - wurde in den ideologischen Auseinandersetzungen *faktisch* als eben jener antfaschistische Schutzwall wahrgenommen, als den ihn die stalinistische Propaganda darstellte. Rückblickend waren es nur die Bewegungen und Kämpfe um 1968, die weltweit sowohl die jeweiligen Ausbeutungsregime wie ihre internationale Ordnung ernsthaft erschütterten. In dieser kurzen Zeit einer *Offensive* von Arbeiterkämpfen als neues revolutionäres Subjekt wankte auch der antifaschistische Mythos des Stalinismus. Mit den Niederlagen dieser Kämpfe in den 70er Jahren und der Krise der sogenannten Neuen Linken ging zumindest innerhalb der westdeutschen Linken der stalinistische Antifa-Mythos einer neuen Renaissance entgegen. Es gehört zu den Ironien der Geschichte, daß ausgerechnet im sogenannten zweiten Kalten Krieg seit Anfang der 80er Jahre (unter Reagan und Thatcher) bei einer Reihe von orthodoxen Kommunisten das Bild des realen Sozialismus deutliche Risse bekam (Polen 1980-1981!), während sich in Westdeutschland in der autonomen und antiimperialistischen Linken immer mehr ein linksradikaler Pro-Sowjetismus breitmachte. War dies noch auf eine Frontstellung gegen den US-Imperialismus und die NATO beschränkt, so blieb bei anderen Teilen der Linken - bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein - der Mythos einer sowjetischen Schutzmacht gegenüber autoritären und faschistischen Tendenzen innerhalb der BRD-Gesellschaft hartnäckig bestehen.

Einleitend zu diesem Text habe ich schon hervorgehoben, wie diese ideologischen und politischen Positionen mit dem Verhältnis der Linken zur Arbeiterklasse vermittelt sind. Vielleicht wird jetzt auch die Behauptung nachvollziehbarer, daß der Umschlag vom Antifaschismus zur "antideutschen" Linken letztlich den ArbeiterInnen der DDR und des gesamten ehemaligen Ostblocks zu verdanken ist: Anstatt den Zusammenbruch der konterrevolutionären Nachkriegsordnung wenigstens als *Chance* für eine Internationalisierung der Klassenauseinandersetzungen zu begreifen, entlarvt sich die ganze

---

[7] Das Potsdamer Abkommen vom Sommer 1945 formulierte in einem Satz den Charakter der Besatzungspolitik: "Alliierte Armeen führen die Besatzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden." (in: "Neubeginn und Restauration", München 1984, S.113)

antideutsche Propaganda als abgrundtief reaktionär[8]. Sie ist nicht bloß ein "Irrtum", sie bewegt sich schon auf der Seite des Feindes.

Martin Rheinlaender, Hamburg

Zu den Klassenkämpfen im Nationalsozialismus

Im folgenden wird ein leider inzwischen fast vergessenes Buch über die Klassenkämpfe im Nationalsozialismus zusammengefaßt. Der Autor, der englische Historiker Timothy W. Mason, hat sich mit ca 50 Jahren im März 1990 in Rom umgebracht. M. forschte ab 1964 zur Arbeiterklasse im Faschismus und wurde wegen seiner politischen Standpunkte im akademischen Milieu geschnitten. Er war Mitbegründer der Zeitschrift 'History Workshop Journal' und Mitarbeiter bei 'Past and Present' (mit Hobsbawm, Thompson). Ein ausführlicher Nachruf findet sich in der Zeitschrift 1999, Heft 2/94.

Im Vorwort zu seiner Hauptuntersuchung »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft« von 1975, in dem ein riesiger Dokumententeil enthalten ist, steckt M. den Rahmen für seine Analyse ab:

Klassenverhältnisse sind *das* konstitutive Moment in der Geschichte der kapitalistischen Industriestaaten, daraus sind entsprechend die wesentlichen politischen und ideologischen Erscheinungen dieser Gesellschaften zu erklären. Die Arbeiterklasse identifiziert sich in ihrem Kampf gegen die herrschenden Klassen, wobei M. Arbeiter*klasse* nicht mit Arbeiter*organisationen* gleichsetzt. Zwei Kampferfahrungen sind für die Klasse wichtig: einerseits der alltägliche Kampf um Löhne und die Lebensbedingungen überhaupt; andererseits die Repression des Staates und der herrschenden Klassen. Die Arbeiterklasse war auch im Faschismus Objekt der Unterdrückung *und* der Furcht der Machthaber.

Mason hat sich in seiner Untersuchung im wesentlichen mit der staatlichen Sozialpolitik befaßt, hat aus den Dokumenten des Klassenkampfs von oben

---

[8] Daß sie nicht nur im negativen Sinne nationalistisch ist, sondern auch positiv, zeigt sie sowohl in der Anrufung des Bomberkommandanten Harris als auch in einer manchmal schon unerträglichen Verherrlichung des *demokratischen* Nationalgedankens. Wenn Jürgen Elsässer seinen Kommentar in der *Jungen Welt* über Rassismus und Nationalismus in Frankreich und Deutschland mit dem Ausruf "Vive la Revolution! oder wenigstens: Vive la France!" enden läßt, dann zeigt hier nur ein ausgeprägter Flachkopf, was in komplizierter arbeitenden Hirnen noch nicht so eindeutig ausgearbeitet wurde.

Rückschlüsse auf den Klassenkampf von unten gezogen. Dabei gibt es jede Menge offener Fragen, auch heute noch: Karl Heinz Roth behauptet, daß sich nach Mason außer in einigen Regionalstudien niemand mehr umfassend mit diesem Thema befaßt hat (Roth selber hat kürzlich eine Untersuchung über das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront vorgelegt, in dem er sich auch noch einmal mit mit Masons Ansatz befaßt: Intelligenz und Sozialpolitik im »Dritten Reich«, München 1993).

Mason streitet vehement ab, daß mit dem Nationalsozialismus das »Ende der Geschichte« gekommen war: ab 1933 war der Arbeiterdruck/Klassenwiderstand nicht einfach vorbei, es gab nicht nur Terror, Lager, Vernichtung und Krieg. Die Verabsolutierung dieser Perspektive wirkt in den aktuellen Faschismusdebatten sicherlich eher lähmend – durch M.s Untersuchungsgegenstand, die Rolle des Klassenkonflikts innerhalb der nationalsozialistischen Sozialpolitik, kommt allerdings die Dimension von Terror, Lager und Vernichtung zu kurz, sein wesentlicher Untersuchungszeitraum, Sept. 1936 (Verkündigung des Vierjahresplans) bis Nov. 1939 (innenpolitische Niederlage), sorgt auch leider dafür, daß die Rolle der ZwangsarbeiterInnen kaum zur Debatte steht, geschweige denn die 'Ökonomisierung des rassenbiologischen Vernichtungsprinzips' (Roth beim Tunix-Kongreß 1979).

Die Realisierung der nationalsozialistischen Gesetze im sozialpolitischen Bereich verlief nicht reibungslos, im Gegensatz zu Mason ging aber »die Forschung« immer von einer umfassenden und drakonischen Unterdrückung der Arbeiterklasse aus; ab Mitte 1936 herrschte in den wichtigen Industrien Arbeitskräftemangel, aber die Klasse wollte diesen Vorteil nicht der Vorbereitung des Offensivkrieges opfern.

Kriegsvorbereitung und Expansionsbestrebungen einerseits und Loyalitätssicherung der ArbeiterInnen zur Schaffung der materiellen Grundlagen für ersteres waren von Anfang an ein unlösbarer Widerspruch. [In seinem Aufsatz 'Arbeiteropposition im nationalsoz. Deutschland' (in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke, Die Reihen fast geschlossen, Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm NS, Wuppertal 1981, p.293ff) hat M. eine Zusammenfassung der verschiedenen Arten des Arbeiterwiderstands und seines Ausmaßes gegeben. – In den 'Gewerkschaftlichen Monatsheften' 9/1984 versucht Mason in seinem Aufsatz »Massenwiderstand ohne Organisation« (p.518ff) zu erklären, warum es in Deutschland während des Faschismus keine Streikwelle wie in Italien im Frühjahr 1943 gegeben hat, sondern viele verschiedene verstreute Aktionen sowie kollektiven passiven Widerstand, der ab Kriegsbeginn von oben politisiert wurde. Dabei weist er besonders darauf hin, daß erstaunlicherweise auch in den ersten Kriegsmonaten die Produktion sank. Mason erklärt das Ausbleiben von Massenstreiks im wesentlichen mit der in Deutschland existierenden Form des gut organisierten Massenterrors sowie der NS-Diktatur, die im Gegensatz zum italienischen Faschismus wesentlich länger als von innen nicht besiegbar eingeschätzt wurde, trotz aller Schwierigkeiten, die das NS-Regime hatte.]

Daß die Arbeiterklasse im gesamten NS »ganz gut gefahren sei«, von ihm profitiert habe, kann man nur behaupten, wenn man sagen will, daß die Arbeiter ab und zu auch

vom Klassenkampf etwas haben. Eine andere Frage ist, ob die deutschen Arbeiter ab 1940 von der Existenz der Millionen Zwangsarbeiter profitierten (inwieweit also das Konzept, die deutschen Arbeiter zu den »Vorarbeitern Europas« zu machen, verwirklicht werden konnte) und wie sie sich innerhalb dieser neuen Klassenzusammensetzung verhalten haben. Diese Frage stellt sich M. in seiner im folgenden zusammengefaßten Arbeit nicht. [Um an dieser Stelle nicht in interessierte Glaubensbekenntnisse aller Art zu verfallen, wäre es nötig, die immer noch spärlichen, aber durchaus existierenden Regional- und vor allem Konzernstudien auf diese Fragestellung hin durchzuforsten (z.B. Barbara Hopmann, Mark Spoerer, Birgit Weitz, Beate Brüninghaus, Zwangsarbeit bei Daimler Benz, Stuttgart 1994, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte/Beiheft 78)].

Zusammenfassung von: Timothy Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich (Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft), Westdeutscher Verlag, Opladen 1978, 2. Auflage.

Seitenangaben stehen in runden Klammern, die eckigen Klammern bezeichnen Anmerkungen von mir.

I:
Die Erbschaft der Novemberrevolution für den NS

Im November 1936 kam eine harsche Kritik aus dem Kriegsministerium an der Deutschen Arbeitsfront (DAF): harte Arbeit bei gleichzeitigem Konsumverzicht sei die Grundlage für die Selbstbehauptung Deutschlands; dafür müsse die DAF Verständnis schaffen und nicht die Steigerung des Lebensstandards propagieren. Der Chef der DAF (und auch die Gauleiter der Partei als wichtigste Bindeglieder nach oben) fanden allerdings, daß neben der Opferbereitschaft auch eine Regenerationsmöglichkeit für die ArbeiterInnen vorhanden sein müsse, da sonst der gleiche Fehler wie im 1. Weltkrieg gemacht würde...

Eine brennende Frage des NS nach den Erfahrungen mit der Novemberrevolution und der russischen Revolution war: welche innenpolitische Konstellation würde beim angestrebten Aggressionskrieg die Gefahr einer Wiederholung der Revolution reduzieren?

Die Lage der Arbeiterklasse als Ursache für die Novemberrevolution wurde von den Nazis allerdings nicht ernst – oder nicht wahrgenommen; später wurde ihnen aber klar, daß die Ablenkung von der wirtschaftlichen Lage durch Erziehung und Propaganda (und das war die wesentliche Grundlage der ns Wirtschafts- und Sozialpolitik) nur befristet funktioniert: spätestens mit der Vollbeschäftigung 1936 wurde diese Politik durch den täglichen Klassenkampf gekippt. Trotz aller Propaganda war von vorneherein klar, daß die Verwirklichung des Ideals der totalen Volksgemeinschaft (VG) nur im Zusammenhang mit Krieg nach außen und Terror nach innen möglich sein würde; der Terror nach innen begann noch vor Anfang 1933, gleichzeitig wurde nach 1935 auf die wirtschaftliche Zufriedenheit der Arbeiterklasse große Rücksicht genommen (z.B. keine

Einschränkung der Konsumgüterproduktion bis in die ersten Kriegsmonate).

Das Arbeitsministerium wollte die Kriegslasten wegen der psychologischen Tragbarkeit gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verteilt wissen, wobei die Hauptfrage immer diejenige war, wie denn die Loyalität der Arbeiterklasse im kommenenden Krieg gefestigt werden könnte: die Festigung der »Inneren Front« und die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen standen gegeneinander, die Erreichung beider Ziele waren für das System aber unverzichtbar.

Der Grundwiderspruch jeder modernen imperialistischen Expansionspolitik ist die Unversöhnbarkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit den Erfordernissen eines Eroberungskrieges; im Fall des NS schuf erst das Umschlagen in einen »Verteidigungskrieg« ab 1943 eine gewisse Resonanz für die Volksgemeinschaftsideologie, aber auch in dieser Phase blieb die Gestapo nötig, und es wurden zeitlich die Kontingente ausländischer Zwangsarbeiter erhöht, um die Kriegslasten für die deutschen Arbeiter möglichst niedrig zu halten.

II.
NS und Arbeiterklasse im Mai 1933

Ab 1925 versuchte die NSDAP unter der Parole »Gegen Kommunismus, Finanzkapital und Judentum« auf die Arbeiterklasse Einfluß zu nehmen; die Erfolge blieben jedoch bis 1930 außer in Berlin und einigen Industriestädten im Rheinland und in Westfalen gering; bei größeren Erfolgen unter den ArbeiterInnen hätte die NSDAP auch nicht von der politischen Reaktion gegen die Linken nach der Weltwirtschaftskrise profitieren können. Diese Mißerfolge waren von entscheidender Bedeutung für das spätere Verhältnis der Partei zur Klassenstruktur der deutschen Gesellschaft (44f). Die Loyalität der Arbeiter zu ihren Organisationen war ungebrochen; die Arbeiterparteien übernahmen nicht die nationalistischen Parolen ihrer Gegner (Ausnahme: KPD 1923 und 1930); v.a. der ADGB war auf seine Weise patriotisch genug, um sich die Achtung der Arbeiter zu erhalten, die auf ihren Beitrag zu den Kriegsanstrengungen stolz waren und die Versailler Verträge ungerecht fanden (47). [Hier könnte man auch andersrum sagen, die Arbeiterparteien hatten aufgrund ihres eigenen Nationalismus dem aggressiveren Nationalismus der NSDAP grundsätzlich nicht viel entgegenzusetzen].

Aber die Resonanz der FabrikarbeiterInnen auf die NS-Propaganda blieb auch deshalb gering, weil die Partei in dieser Frage halbherzig vorging: man war gegen klassenkämpferische Tendenzen innerhalb der Partei, das hätte die ideelle Volksgemeinschaft geschwächt. (49) Es gab keine Entscheidung für eine positive Strategie gegenüber den Gewerkschaften, was eine praktische Trennung von vielen Lohnarbeiterinnen bedeutete.(50) Die politische Massenbewegung war von der Weltwirtschaftskrise (WWK) beeinflußt, entsprechned bildeten Bauern und Mittelstand das NS-Potential bei den Wahlen von 1928; der NS begab sich in einen Interessengegensatz zur Arbeiterklasse durch Forderungen nach Lohn-, Wohlfahrts- und Steuersenkungen sowie höheren Lebensmittelpreisen (die neue Basis durfte nicht entäuscht werden).(51) Die lokalen NS-Eliten kamen ab 1925 aus dem Mittelstand/Bürgertum, hatten Interesse an eigenem Aufstieg; diese Kader waren funktional für die Anforderungen der neuen

Massenpartei und zeigten sich im besten Fall gegenüber den Forderungen der ArbeiterInnen gleichgültig(52f). Das Machtkalkül der Nationalsozialisten gegenüber Militär und Großindustrie, die Angst vor einem neuen 1923 hatten, lautete: stärkste nationale Kraft gegenüber den Machteliten werden, ohne diese direkt zu bedrohen, klare Option auf die Zerstörung der Arbeiterklasse.(53) Die Feindseligkeit gegenüber den Arbeiterorganisationen und der aggressive Nationalismus sowie die Aussicht auf Realisierung dieser beiden Opitionen machte die Attraktivität der NSDAP für die alten Machteliten aus.(54)

Den besten Zugang fand die NSDAP zu den nicht-organisierten Teilen der Arbeiterklasse. Dort betonte sie den Gegensatz von Nation und Sozialismus.(63) Es gab folgende Gruppen »nationalsozialistischer« Arbeiter (66ff): arbeitslose jüngere Männer aus Großstädten (tendenziell Lumpenproletariat) gingen in die SA; ArbeiterInnen aus dem öffentlichen Dienst; ArbeiterInnen, die in der Provinz die sozial Bessergestellten nachahmen wollten. Entsprechend hatten die Nationalsozialisten kaum Erfolge bei Betriebsratswahlen im industriellen Bereich (68).

Die NSBO (National Sozialistische Betriebszellen Organisation)-Gründung von 1928 wurde von der Partei zwar gebilligt, die Organisation aber lediglich als politischer Stoßtrupp in den Betrieben angesehen; gemäß der VG-Ideologie konnte eine klassenspezifische Betätigung nicht erlaubt werden; die NSBO bekam bis 1932 kaum finanzielle Unterstützung von der Partei (69); Mitglieder waren v.a. Angestellte, sowie Arbeiter aus dem öffentlichen Dienst, Techniker, Vorarbeiter und Steiger aus Industrie- und Bergwerksbetrieben (70f). Ab Mitte 1932 arbeitete die NSBO eher wie eine Gewerkschaft, gewann mehr Mitglieder unter den Arbeitern und unterstützte Streiks: die Praxis führte die NSBO nach links. Trotzdem hatte die NSBO keine ernstzunehmende selbständige politische Bedeutung innerhalb der NSDAP, weil sie einerseits keine echte Konkurrenz zu den anderen Arbeiterorganisationen darstellte (Ende 1932, ADGB: 5,8 Mio; NSBO: 0,3 Mio), andererseits 70% der Parteimitglieder Eigentumsbesitzer und Gehaltsempfänger waren(71). Die NSBO konnte und sollte die wirtschafts- und sozialpolitische Grundlinie der Partei (orientiert an den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen) nicht infragestellen, eine Betonung des Klassenkonflikts wäre im Jahr 1932 ein Hindernis für die Parteilinie gewesen (72). Insgesamt hatten die Arbeiter nur taktische Bedeutung für die nationalsozialistische Bewegung: Volksverbundenheit, wichtig bei direkten Auseinandersetzungen mit KPD/SPD; Erpressungsmassen gegenüber denjenigen Teilen des Bürgertums, die sich nicht am NS orientierten. Außerdem wurde die NSBO noch bis ins Frühjahr 1933 vom ADGB als Gesprächspartner anerkannt, der sich darüber Hoffnungen auf den Erhalt der eigenen Organisation machte (76). Noch während der Terrorwelle der SA gegen den ADGB ab März 1933 setzte dieser auf Verhandlungen und Petitionen an die Regierung, obwohl diese bereits nicht mehr die NS-Aktivisten kontrollieren konnte und wollte (82). Der SA- und NSBO-Terror machte entsprechende Gesetze wie z.B. die Schwächung der Betriebsräte fast überflüssig (83f), NSDAP und Regierung verloren zeitweilig die Kontrolle.

Der berühmte 2. Mai 1933 war eine radikale Scheinaktion zur Beruhigung der

eigenen aufgeputschten Anhänger und zur Einschüchterung der Bevölkerung: der ADGB, dessen Ortsleitungen oft mit denen der SPD in einem Haus lagen, war bereits vorher (auch und gerade durch seine abwartende Haltung) entscheidend geschwächt. (86) Dazu kam ein v.a. finanzieller Substanzverlust aus den Jahren der WWK aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit; materiell erfolgreiche Streiks hatten kaum noch stattgefunden. (92) Mason erklärt u.a. daraus die politische Kopflosigkeit der Gewerkschaftsführungen, die ihren prinzipiellen Opportunismus und ihre Angst vor einer Niederlage in einem Generalstreik ergänzte (93). Aber auch für militante, systemoppositionelle Arbeiter war im Verlauf der Krise und den damit einhergehenden krassen Verarmungstendenzen in der Klasse (89f) die Angst um den Arbeitsplatz und damit vor materieller Not größer geworden und beeinflußte letztendlich ihre Kampfbereitschaft.(96)

Die Voraussetzung für die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch die NSDAP waren Massenarbeitslosigkeit und Terror: das sollte das zukünftige Verhältnis zwischen Klasse und Partei/Regierung bestimmen (98).

III.
Die Neuordnung der Klassenverhältnisse

Die radikale Zerschlagung der Gewerkschaften erforderte den schnellen Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung (99). Die Partei zog die Initiative an sich, die NSBO war praktisch überflüssig geworden, bereits am 6.Mai 1933 wurde die DAF gegründet, über deren konkrete Aufgaben aber vollkommene Orientierungslosigkeit herrschte. (100) In der Praxis herrschte ein antikapitalistischer Radikalismus vieler lokaler DAF- oder NSBO-Organe, im Verlauf des Jahres 1933 kam es zu Streiks, und teilweise wurden kollektive Tarifverhandlungen – gegen die neuen Gesetze – weitergeführt (103) Der Klassenkampf war nicht durch Phrasen oder Terror zu unterbinden, die alten gesellschaftlichen Kämpfe gingen unter der Hülle der NS-Ideologie weiter (104f).

Am 19. Mai 1933 wurde das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit (nur dem Staat verantwortlich; gegen Bestrebung gerichtet, die NSBO als nationalsozialistische Einheitsgewerkschaft aufzubauen) erlassen, die die Tarifverhältnisse ordnen und über den Arbeitsschutz sowie das Arbeitsrecht wachen sollten.(107) In der ersten Hälfte von 1933 hatte die NSBO durch Opportunisten und Unterwanderer großen Zulauf, ihre Widersprüche wurden jedoch nicht gelöst: sie war auf die Unterstützung der Arbeiterklasse angewiesen, eine eigenständige Organisierung war ihr jedoch verboten – ab November 1933 durfte sie nur noch weltanschauliche Schulungen durchführen und Nachwuchs für die DAF rekrutieren (108).

Die DAF-Führung selbst hatte kein Konzept und propagierte sowohl die VG als auch die Aufrechterhaltung der alten Lohnsätze.(110) Viele Arbeiter weigerten sich, an die DAF »Gewerkschafts«beiträge zu zahlen. Die Industrie forderte eine klare Unterordnung der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik, viele Industrielle gingen in den Staatsapparat, besonders ins Arbeitsministerium. (112) Das Ziel der DAF war es, die Kontrolle im sozialpolitischen Bereich ohne die Existenz einer Gewerkschaft zu erlangen, die Kapitalisten wollten eine klare Vormachtstellung in den Betrieben (113f).

Das Abkommen über die Funktion der DAF von Ende 1933 beschränkte diese auf Erziehungs- und Schulungsfragen, für die materielle Ebene des Arbeitslebens wurde im Januar 1934 das 'Gesetz zur nationalen Arbeit' (ein Gesetz, das interessanterweise nicht von den Organisationen der nationalsozialistischen Bewegung sondern von den »unpolitischen« Technokraten in den Ministerien beeinflußt war) erlassen: in ihm wurden die Funktionen von Betriebsgemeinschaft, Betriebsführer und Gefolgschaft samt (einflußlosem) Vertrauensrat festgelegt (115ff). Die DAF sollte gar nicht und die Treuhänder nur als sozialpolitische Letztinstanz (zur Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen, Kontrolle von Massenentlassungen etc) in die Betriebsgemeinschaft eingreifen (118). Gleichzeitig wurde die DAF-Freizeitorganisation 'Kraft durch Freude'(KdF) gegründet.

Die Betriebsgemeinschaftsidee setzte die Vormachtstellung des Kapitals voraus, der Kern der neuen Gesellschaftsordnung beruhte auf Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Es blieb aber die Schwierigkeit, die geplante Aufrüstung, die ja soziale Härten mit sich bringen würde, ohne Widerstand seitens der Klasse durchzuziehen. Als »Lösung« bot sich die Senkung der Massenarbeitslosigkeit an, was aber bedeutete, die Kontrolle des Arbeitsmarktes aufzugeben (120ff).

IV.
Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland von 1933 bis 1936

1.) Arbeitsbeschaffung

Die Aufrüstung blieb in den Jahren 1933/34 noch begrenzt, da sie geheimgehalten werden sollte und zunächst wichtige organisatorische und produktionstechnische Vorarbeiten erledigt werden mußten. (126) Die Arbeitslosigkeit wurde mit statistischen Tricks gesenkt: 400.000 Jugendliche arbeiteten für ein Taschengeld in der Landwirtschaft, 600.000 Notstandsarbeiter (7x so viele wie 1932) bezogen Hungerlöhne, die kaum höher als die Arbeitslosenunterstützung waren. Streiks und Beschwerden waren die Folge (127). Es gab 1933/34 keine planmäßige Arbeitsbeschaffungspolitik »im Interesse der Arbeiter«, Arbeitsbeschaffungspolitik wurde eher als politisches und psychologisches Problem gesehen, nicht als volkswirtschaftliches: Die Leute mußten einfach 'weg von der Straße' (127f)

Die vorhandenen Arbeitsplätze wurden nach »sozialen« Gesichtspunkten propagandistisch umverteilt: Männer anstelle von Frauen/Jugendlichen; Ehestandsdarlehen für Arbeiterinnen, die die Arbeit aufgaben; ältere Familienväter gegen jüngere ledige Männer; Ausbau der Armee mit jungen Männern (wobei gleichzeitig auch das Kapital Interesse an jungen Männern wegen deren physischer Widerstandsfähigkeit und dem Mangel an klassenkämpferischen Erfahrungen hatte). (131ff) Arbeitsplätze wurden auch nach politischen Gesichtspunkten vergeben; da aber NSDAP und SA zu viele wilde, unkontrollierbare Aktionen starteten, wurde im August 1934 eine Verordnung über die Monopolstellung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung erlassen: selbst mit Zuzugssperren für Berlin, Hamburg und Bremen sowie ländliche Gebiete und mit der Rückführung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft konnte der Arbeitsmarkt aber nur

völlig unzureichend kontrolliert werden (137)

Zwischen Anfang 1933 und Herbst 1936 nahm die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte um 1,4 Mio zu. (140) Aufgrund der Regierungsprioritäten kam es zu starken Branchenunterschieden: 1936 war der Beschäftigungsstand zwar durchsschnittlich wieder auf dem Niveau von 1929, lag aber in der Abteilung I (bes. Bau, Eisen, Metall) um 5-6% höher, in Abteilung II um 15% niedriger als 1929 (141). Die Krise hatte in der Abteilung I am meisten Arbeitslose hinterlassen, durch das Aufrüstungsprogramm war dort der Aufschwung entsprechend steil (143).

2. Löhne, Lebenshaltung und staatliche Sozialpolitik

Die Lebenshaltungskosten stiegen schneller als die Löhne, nur die Arbeiter in Abt.I konnten zw. 1933 und 1936 die Reallöhne halten (153f). In diesem Zeitraum gab es keine staatliche Lohnpolitik, sondern nur Terror gegen kollektive Forderungen sowie die Übernahme der Mindestlöhne vom Mai 1933; die Tarifverträge von 1933 blieben in Kraft; die Rüstungsindustrie zog aufgrund der höheren Löhne Arbeitskräfte an, es kam zu unerwünschten Lohnsteigerungen und regelrechten Abwerbungen ab Mitte 1936, auf dem Arbeitsmarkt eröffnete sich wieder ein größerer Verhandlungsspielraum (155ff).

Der Versuch einer Lohnangleichung (Spitzenlöhne runter, Niedriglöhne rauf) in der Bauindustrie scheiterte an den Einwänden der Gauleiter [!]: sie schätzten den Versuch als politisch schädlich ein und befürchteten sinkende Arbeitsleistungen. Aus Angst vor negativen Reaktionen der Arbeiterklasse entschied die Regierung im Mai 1935: keine Änderung der Tarifsätze, keine Einschränkung übertariflicher Lohnbildung (158). Das grundsätzlich Problem blieb bestehen: Expansionspläne und Rüstungskonjunktur mit entsprechend notwendiger Einschränkung der Kaufkraft und des Lebensstandards einerseits und gewünschte politische Loyalität genau dieser (gerade terroristsich unterdrückten) Arbeiterklasse andererseits (161).

Zur Kontrolle der Mobilität (bes. in den Metallberufen) wurde auf Initiative des Kriegsministeriums im Frühjahr 1935 das Arbeitsbuch eingeführt, ohne das keine Einstellungen mehr möglich waren und dessen Kopie beim Arbeitsamt lag. (162)

Die durchschnittlichen Mietkosten blieben zwar gleich, aber der steigende Wohnungsmangel stellte eine ernsthaft Mobilitätsschranke für die arbeitende Bevölkerung dar (172).

Landarbeiter verdienten nur 50-70% der Löhne der ungelernten Industriearbeiter; durch die entsprechende Landflucht gab es bereits 1934 Probleme bei der Ernte; alle Kontrollversuche blieben unvollkommen, da die (Rüstungs)-Industrie ja Arbeitskräfte brauchte (169f).

Einschätzung des Reichstreuhänders der Arbeit für Hessen Anfang 1936: die Arbeiter sind unzufrieden und meinen, die Unternehmer werden bevorzugt; keine Disziplin gerade bei den Arbeitern der wichtigen Konjunkturindustrien; keine Bindung der Arbeiterklasse ans Regime. (173)

V.
Sozialpolitik und gesellschaftliche Ideologie von 1934 bis 1936

Die Arbeiterklasse durfte nicht sich selbst überlassen bleiben, aber auch keine selbständige Organisation aufbauen (auch die DAF hatte ja keine ökonomischen Zuständigkeiten bekommen). Kapitalistischer Antagonismus und Klassenkampf existierten entgegen der herrschenden Ideologie weiter. Die DAF sollte die Arbeiterklasse einbinden, ohne die nötige Macht zu haben und v.a. ohne die Aufrüstungspolitik und die Volksgemeinschaftsideologie in Frage zu stellen. Das führte zum Aufbau eines riesigen DAF-Apparats, der wegen der fehlenden praktisch-politischen Funktion Selbstzweck war, der Erfolgsmaßstab der DAF war die Organisationsentwicklung(175f).[Diese Beschreibung des »Verbandsimperialismus« der DAF gibt vermutlich dem Vorwurf von Roth Nahrung, auch Mason sei zeitweise der Meinung gewesen, ein wesentliches Moment (für das Scheitern) des NS sei die Konkurrenz der verschiedenen NS-Organisationen gewesen]. 1935 lag die DAF-Mitgliedschaft bei 16 Mio, ab 1934 wurde der Beitrag direkt von den Löhnen [!] abgezogen. Der KdF-Massentourismus und die Verlängerung des Jahresurlaubs sollten die gesellschaftliche Solidarität und das Vertrauen schaffen, das zur Erhöhung der Arbeitsleistung zugunsten der Aufrüstung nötig und durch die niedrigen Löhne nicht erreichbar war. (183) KdF sollte Kontroll- und Erziehungsfunktion haben und politische Anerkennung bringen, aber die Bevölkerung nutzte KdF, um »ihre Kraft durch zuviel Freude« zu vergeuden, zu vergessen, sich gehenzulassen, was dem angestrebten und ständig propagierten Ideal des arischen Menschen ziemlich widersprach. (185f) Zumindest ist vollkommen fraglich, ob es zu irgendwelchen Leistungssteigerungen kam. (189) An den Vertrauensratswahlen im Frühjahr 1934 nahmen 60% der Wahlberechtigten nicht teil. (192)

Noch im Herbst 1936 galten »die Arbeiter« als politisch unzuverlässig, pro Monat wurden immer noch ca 1.000 kommunistische Widerstandskämpfer verhaftet. (205f)

VI.
Sozialpolitik, Aufrüstung und Krieg, Sept.1936 bis Dez.1939

1.) Die gesellschaftlichen Folgen der Aufrüstung

Trotz Steigerung der Steuereinnahmen, Schulden und Rüstungsausgaben waren noch nicht einmal genügend kriegswichtige Rohstoffe, Munition und Fahrzeuge vorhanden, um Blitzkriege zu führen (dies wurde schon nach dem Überfall auf Polen deutlich) (212). Eine bessere Umverteilung des Sozialprodukts war unmöglich, da diese nicht verwaltungstechnisch sondern nur politisch zu bewerkstelligen war. (214). Im August 1939 lag die Arbeitslosigkeit bei 34.000, bereits seit Mai 1938 wurden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, der Bau- und Metallindustrie dringend gesucht (215) Trotz Kontrollversuchen blieb es bei eigenständiger Mobilität der deutschen Arbeiter, aus Polen wanderten Arbeiter illegal ein.(222)

Langfristige Planungen wurden zugunsten von Sofortmaßnahmen aufgegeben, aber die Anforderungen aus den Betrieben nach qualifizierten Arbeitern konnnten nicht

bedient werden.(223) Aufgrund der geringen Löhne herrschte in der gesamten öffentlichen Verwaltung und v.a. auf den Arbeitsämtern (!) Personalmangel (224). Noch nicht einmal der steigenden Zahl von Sabotage-Akten in der Rüstungsindustrie konnte durch die Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit der Arbeiter begegnet werden: [relativer] Personalmangel bei Gestapo und Sicherheitspolizei.

Die Zahl der Landarbeiter sank und war auch nicht durch Abwanderungsverbote und Propaganda zu stabilisieren. (226) Gerade im Rüstungsbereich kam es aufgrund der Kaufkraft der Wehrmacht zu Lohnsteigerungen (229), der Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln lag 1938 höher als 1930 (232). Ab Herbst 1937 führten Friseure und VerkäuferInnen einen zweijährigen Kampf um den früheren Ladenschluß am Samstag (235). Die Rüstungsindustrie gewann ihre zusätzlichen Arbeitskräfte aus der LaWi, die sie am allerwenigsten entbehren konnte.

2. Die Reaktion des Herrschaftssystems auf die drohende Krise

Im Sommer 1938 wurden die Planziele von 1936 revidiert, die real verfügbaren Ressourcen wurden aber nicht ermittelt, eine Untersuchung der Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die restliche Ökonomie blieb ebenfalls aus. Die Unsicherheit der Entscheidungsträger war in dieser Phase so groß, daß weder Einschränkungen bei Konsum und Lebenshaltung noch eine entscheidende Forcierung der Rüstungsproduktion durchgesetzt wurde (239f).

Wie sahen die Beziehungen zwischen dem NS-Regime und der Arbeiterklasse aus, so daß die objektiven Schwächen der deutschen Ökonomie vergrößert wurden? (244)

Nach dem Erreichen der Vollbeschäftigung konnten die Arbeiter wieder Bedingungen für die eigene politische Unterwerfung stellen (M. spricht in diesem Zusammenhang von einer »negativen Macht« der Arbeiterklasse): Sie forderten einen Anteil an der steigenden Prosperität ein, und die DAF machte sich solche Forderungen zusehends zu eigen (245f), um weiterhin für das Herrschaftssystem brauchbar zu sein, aber auch um ihre Machtstellung innerhalb des Systems auszubauen. Der von der DAF ausgerufene »Leistungskampf der deutschen Betriebe« ließ u.a. über die zusätzlich gewährten Sozialleistungen die Lohnkosten der Industrie in den Jahren 1936-38 um 6,5% anwachsen. (251f) Die DAF begann ab 1938 immer offener, ihre Zuständigkeit über das gesamte gesellschaftliche Leben auszubreiten (das nennt M. »Verbandsimperialismus«): Wohnungspolitik, Bank- und Versicherungswesen, Alterssicherung, Konsumgenossenschaften, Berufserziehung, VW-Werk in Wolfsburg. (254) Die objektive Funktion der DAF (für Mason ist die DAF-Politik dem System angemessen gewesen) bestand darin, zu verhindern, daß Ausbeutung und Unterdrückung für die Arbeiterklasse vollkommen unerträglich wurden (urspünglicher Auftrag war: die Steigerung des Lebensstandards bremsen, Verzicht zugunsten militärischer Expansion schmackhaft machen) (261)

Auch jetzt blieb der Versuch erfolglos, die große Mobilität zu kontrollieren und den Arbeitskräftemangel zu beheben (269ff). Die Arbeitsbereitschaft verheirateter Frauen blieb wegen der niedrigen Löhne gering. Mitte 1939 gab es Arbeitsverträge mit ca 525.000 Menschen aus Italien und Polen. Der einzige Ausweg zur Produktivitäts- und

Produktionssteigerung schien in der Verlängerung der Arbeitszeit zu liegen. Aber auch dieses Mittel brachte eher ein Absinken der Leistung, Krankfeiern und eine inflationäre Wirkung der höheren Wochenlöhne (aufgrund der Mehrarbeit) hervor (280). Erst Mitte 1942 wurde langsam das Zwei(!)schichtsystem eingeführt [das kann ich kaum glauben]. (281) Im Jahr 1939 war die neugeschaffene große Wehrmacht auf die Leistungen einer Industriearbeiterschaft angewiesen, die nur fünf Prozent größer war und nur wenig mehr Arbeitsstunden leistete als die der 20er Jahre. (282) Erst im Frühjar 1940 wurden die ersten Betriebe des Konsumgütersektors geschlossen (283).

Insgesamt hatte die konsequente Unterordnung der Innen- unter die Außenpolitik dort ihre Grenze, wo das Regime um die materiellen Grundlagen seiner Popularität im Innern besorgt sein mußte (285).

Ab Mai 1938 wurde die zivile Dienstpflicht eingeführt, um zusätzliche Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie und ähnliche Arbeiten zu finden. Bis Ende 1939 wurden 1,3 Mio Menschen verpflichtet, davon 0,5 Mio für die zu Kriegsbeginn nötigen Umstellungen der Industrie, 0,4 Mio für den Bau des Westwalls. Die Verpflichtungen waren meist nur kurzfristig, die Betroffenen blieben auch nach Kriegsbeginn prinzipiell uneinsichtig (die geplante längerfristige Trennung dienstverpflichteter Arbeiter von ihren Familien mußte zurückgenommen werden: zu viel Unruhe, »Deserteure« etc) – auch die Dienstpflicht schaffte keine dauerhafte Lösung gegen den Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie. Verschiedene Zuschläge für die Dienstverpflichteten wiesen darauf hin, daß das Regime nicht wußte, was es der Klasse zumuten konnte, und die DAF war kein so wirksamer Vermittler wie die Gewerkschaften während des 1.Weltkrieges! (289ff) [Roth geht sogar so weit, die DAF eine über den ADGB hinausreichende dynamische Einheitsgewerkschaft zu nennen].

Ebenfalls ab Mai 1938 bekamen die Reichstreuhänder der Arbeit die Vollmacht zur Festsetzung von Höchstlöhnen, was der DAF gewisse Grenzen setzte. Aber auch die Kapitalisten waren nicht begeistert über diese Maßnahme, da die Arbeitsdisziplin sank. Außerdem zahlte der Staat bei Rüstungsaufträgen sowieso alle Preise. (293) Das Reichsarbeitsministerium zog seine Zustimmung zu Lohnsenkungen auf den Tarifstand von 1933 für den Kriegfall zurück und plädierte stattdessen für einen einfachen Lohnstopp. (295) Unzufriedenheit und passiver Widerstand in den Betrieben hielten aber auch nach Kriegsbeginn an, so daß sich die Regierung im November 1939 zu sozialpolitischen Zugeständnissen (Lohnzuschläge, Urlaub, Arbeitsschutz) gezwungen sah: Die innenpolitischen Vorbereitungen für die Ausweitung des Krieges auf ganz Westeuropa bestanden in der Preisgabe wesentlicher Positionen in der Kriegswirtschaft (296).

Es war dem NS nicht gelungen, die Arbeiterklasse in ein williges Werkzeug seiner Expansionspolitik zu verwandeln (298)

3. Schlußbetrachtungen

Die Analyse der nationalsozialistischen Sozialpolitik nach 1933 legt den Schluß nahe, daß der Stand der Kriegsvorbereitungen nicht das Ergebnis strategischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungen gewesen ist, sondern vor allem durch

innenpolitische Faktoren bestimmt war: Bevölkerung /Arbeiterklasse beugte sich dem Kriegskurs nicht, und die politische Führung konnte sich gegen den Druck von unten nicht behaupten (299). Die Kriegsführungsstrategie der Nationalsozialisten bekam Selbstzweckcharakter: die Kriegsführung nach außen wurde selber zur Voraussetzung weiterer Kriegsvorbereitungen im Inneren (306) [die zugespitzte These würde lauten: das Verhalten der Arbeiterklasse habe die Nationalsozialisten in den Blitz-Krieg getrieben...].

Nach dem Überfall auf Polen übernahmen polnische Landarbeiter und Kriegsgefangene die am schlechtesten bezahlten Arbeiten in der deutschen Wirtschaft: bereits im Juni 1941 gab es 1,5 Mio ausländische Arbeiter und 1,3 Mio Kriegsgefangene, die zu niedrigstem oder gar keinem Lohn in der dt. Wirtschaft arbeiteten. (310)

Bis Ende 1938 war der offene NS-Terror gegen die tatsächlichen oder eingebildeten [aber klar definierbaren und abgrenzbaren] »Feinde des Reiches« (Juden, Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten) gerichtet, was gleichzeitig eine Einschüchterung breiter Kreise bewirkte und bewirken sollte. Seit dem Winter 1938/39 wurde der Terror intensiviert und ausgeweitet, da die Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft größer wurden (Arbeitsdisziplin, »Verwahrlosung« der Jugend etc). Dieser Terror war die einzige dem Regime verbliebene Möglichkeit, da es materiell und ideell nichts mehr zu bieten hatte (312f). Trotz dieser neuen Situation sank die Arbeitsdisziplin weiter: Krankfeiern, Bummelei, Feierschichten, schlechtes Arbeiten, Aufsässigkeit etc nahmen die Form eines kollektiven Protestes an.

(314; s. auch den oben zitierten Aufsatz »Arbeiteropposition...«) Der Krankenstand stieg, im Sommer 1939 sprach der Wehrwirtschaftsinspektor für Berlin vom »passiven Widerstand der Arbeiterklasse«. (315). Weite Teile der Jugend verwahrlosten (316) [was auch immer das heißt]. Nach Mitte 1938 wurde des gesamte Arbeitsrecht kriminalisiert: Geldstrafen und Gerichtsverfahren bei Verstößen gegen Arbeitsdisziplin etc. (320) Ab Kriegsbeginn übernahm die Gestapo die Initiative, ab 1940 kamen Arbeitsunwillige und verwahrloste Jugendliche ins KZ.

Es begann die Entwicklung von der Betriebsgemeinschaft zum Betrieb als KZ und die Vernichtung von Menschen durch Arbeit (322).

N., Juni 1995

...stimmt ein in den Chor des internationalen Klassenkampfs!

Die anhaltende Streikwelle der ArbeiterInnen in Frankreich beginnt sich rapide international zu verbreiten. Entlang der neuen Mobilität des Kapitals und den verbesserten Kommunikations- und Transportwegen zirkuliert die Idee und Praxis der Arbeitermacht, und wie das folgende Beispiel zeigt, erkennen sich die ArbeiterInnen in den verschiedensten Industriezweigen zunehmend wieder als eine gemeinsame Klasse. Und wen wundert es, daß dieser international wirkungsvolle Vorstoß wie schon vor 150 Jahren von der Arbeiterklasse Lyons ausgeht!

Agenturmeldung, AP, 18.6.95: Der Chor eines französischen Opernensembles ist aus Protest gegen das Hotelfrühstück in Streik getreten. Der aus 40 Sängern bestehende Chor ist Teil der Besetzung der »Opéra de Lyon«, die gerade für die Feier zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco probt. »Wir sind es satt, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden«, beklagten sich die Sänger und verwiesen auf ihr Frühstück, das nur aus Kaffee und Gebäck bestehe. Das Orchester und die Hauptsänger dagegen seien besser versorgt. Diese Ungerechtigkeit wolle man nicht mehr hinnehmen, sagte ein Chormitglied, das wie alle anderen anonym bleiben wollte. Die Opern-Leitung hat unterdessen den Streikenden ein umfangreicheres Frühstück zugesagt.

Eingewanderte Zimmerleute kämpfen gegen Bauunternehmer und die »Migra«

Die Streikenden versammeln sich im Morgengrauen am Gewerkschaftshaus der Zimmerleute in Orange, Kalifornien, im Süden von Los Angeles. Gedämpfte Gespräche auf Spanisch hört man auf dem Parkplatz, innen trinken Arbeiter Kaffee an Campingtischen, sie haben ihre Parolenschilder aufgestapelt während sie reden und warten.

Dann kommen drei große Busse. Die Streikenden steigen ein, einige in gewöhnlicher Arbeitskleidung, einige mit Decken und Sombreros bekleidet. Und in jedem Bus, an beinahe jedem Fenster halten die Arbeiter Schilder mit nur einem einzigen Wort in dicken, fetten Buchstaben - Basta!

Das ist Spanisch für »Genug!« In einem Wort verkünden die Streikenden, daß sie genug haben von schlechtbezahlten Jobs mit langen Arbeitszeiten und ohne Sozialleistungen.

Obwohl die Schilder speziell für diesen Streik gemacht wurden, könnten sie auch für Tausende von Arbeitsmigranten sprechen, die in den letzten fünf Jahren im Westen und Südwesten der USA Streik auf Streik inszeniert haben - in Hotels, Bürogebäuden,

Landwirtschaft, Fabriken und Klitschen. Die Bedingungen sind die gleichen, und die Antwort der Arbeiter ist die gleiche.

Dies ist der Streik der Holzskelettbauer. Wieder einmal legen Arbeitsmigranten die Wohnhausbauindustrie in Südkalifornien lahm. Vor vier Jahren bekämpften die Trockenmaurer (drywallers) die Bauträger und Subunternehmer ein Jahr lang und erreichten die Anerkennung ihrer Gewerkschaft.

Kreatives Streikpostenstehen

Diesmal sind die Streikenden die Zimmerleute, die das Holzskelett der neuen Häuser errichten. Wie die Trockenmaurer auch, sind sie fast alle aus Mexiko und Lateinamerika.

Hunderte von Holzskelettbauern verließen die Baustellen von Orangecounty am 3. April. Die Streiks breiteten sich schnell aus, hunderte von Arbeitern von Fillmore bis Newport Beach schlossen sich an. Große Gruppen sammeln sich morgens, um dann zu den Baustellen zu gehen, und wahrscheinlich wird sich der Streik bis zur mexikanischen Grenze ausdehnen.

Die Streikenden schätzen, daß sich über 800 Arbeiter an den Streikposten beteiligen und daß darüberhinaus Hunderte einfach nicht zur Arbeit erscheinen. »Wir haben 95% des Hausbaus in Orangecounty gestoppt,« schätzt Alejandro Lopez, Mitglied des Streikkomittees.

Die Streikposten dieses Streiks durchbrechen das Klischee, bei dem einige wenige Streikende zusehen, wie Streikbrecher ihre Arbeit machen. Die Streikposten der Holzskelettbauer sind mit Dutzenden oder sogar Hunderten besetzt.

Kürzlich zog eine Gruppe Streikender zu einer Baustelle in Huntington Park. Sie kamen zu einem im Bau befindlichen Apartmenthaus und riefen den Arbeitern drinnen zu, daß sie ihre Werkzeuge niederlegen sollten. Ein halbes Dutzend machte das. Dann legte eine Gruppe Streikender ihre Schilder hin und ging hinein. Zuerst versuchte der Polier, sie zu ignorieren, als sie von Arbeiter zu Arbeiter gingen und geduldig ihre Kampfziele erklärten. Sie verteilten Flugblätter in Englisch und Spanisch. Einige der Arbeiter redeten mit ihnen und ein paar weitere verließen die Baustelle. Andere schienen Angst zu haben, zogen die Köpfe ein und arbeiteten weiter.

Der Subunternehmer, ein Weißer, der kein Spanisch konnte, schien Schwierigkeiten zu haben, die Streikenden von den Arbeitern zu unterscheiden. Dann kapierte er, was los war und fing an, zu schreien. Als die Polizei aufkreuzte, waren die Streikenden schon draußen und die meiste Arbeit auf der Baustelle hatte aufgehört. Dann zogen die Streikenden zu einer anderen Baustelle, und das Ganze ging von vorne los.

»Jetzt sind wir illegal«

In den großen Neubaugebieten der Vororte von L.A. ist der Streik jedoch auf wesentlich härten Widerstand von Seiten der Bauunternehmer, der Polizei und dem INS (Immigration and Naturalization Service, Einwanderungsbehörde) gestoßen.

Zunächst fuhren die Streikenden mit ihren eigenen Autos zu den Streikposten. Aber am 16. April wurde ein Konvoi aus 35 Wagen, der zu einer Baustelle in Newport fuhr,

von Patrouillenfahrzeugen der »Migra«, wie der INS genannt wird, gestoppt.

»Sie blockierten uns von vorne und von hinten. Zwei Personen entkamen, aber die Migra nahm 16 von uns mit,« sagt Lopez. »Einer der Migraagenten sagte, sie hätten uns seit zwei Tagen gesucht. Er sagte, sie hatten nach Autos mit den Aufklebern »Zimmerleute arbeiten zusammen« gesucht. Das sind wir.«

Lopez bemerkt, daß der INS die Politik hat, keine Razzien an den Streikposten durchzuführen, und deshalb den Konvoi stoppte, um Streikende deportieren zu können, ohne sie direkt von den Streikposten wegholen zu müssen.

Lopez fügt hinzu, daß die Bauunternehmer mit dem INS zusammenarbeiten, weil ihnen der Streik wehtut. Er erinnert sich an ein Gespräch mit Ernie Castro, dem Eigentümer von Sundance Construction, einer großen Firma in Costa Mesa. »Er sagte, er würde die Migra holen. Ich fragte ihn, warum wir nicht illegal waren, solange wir für ihn gearbeitet haben, und jetzt illegal sind, weil wir streiken.«

Nach tagelanger Belästigung durch Polizei und INS, fing die Gewerkschaft an, Busse zu mieten, die die Streikenden zu den Streikposten fährt.

»Die Jungs führen den Streik«

Die Holzskelettbauer haben eine viel engere Beziehung zur Zimmerleutegewerkschaft, als es die Trockenmaurer hatten, deren Streik von der Gewerkschaft zwar unterstützt, jedoch unabhängig geführt wurde. Die Streikenden benutzen nicht nur Gewerkschaftshäuser und von der Gewerkschaft gemietete Busse, sie erhalten auch ökonomische Unterstützung - sowohl Nahrungsmittel, als auch Geld.

Aber »die Jungs führen den Streik,« sagt Baldwin Keenan, ein Funktionär des Local 2361 in Orange. »Wir von der Gewerkschaft haben entdeckt, daß das besser ist, daß wir uns direkt an die Arbeiter wenden müssen.«

Bei den Treffen, bei denen die Holzskelettbauer ihre Streikkomittees organisierten, wurden auch die drei Forderungen ausgetüftelt, die die Parolen des Streiks wurden. »Wir wollen einen festen Lohn von $156 pro Tag, für acht Stunden Arbeit, und Überstundenzuschlag, falls wir länger arbeiten,« sagt Lopez. Zur Zeit können die Löhne $50 für einen 10-12 Stundentag betragen. Die Löhne sind seit 1988 um 25% gefallen.

Die Arbeiter wollen außerdem Krankenversicherung und ein Aus-und Weiterbildungsprogramm. Ausbildung ist wichtig, sagen sie, weil die mexikanischen Holzskelettbauer weniger Erfahrung und Wissen als die wenigen weißen Zimmerleute haben, denen generell mehr bezahlt wird.

Die mexikanischen Holzskelettbauer machen normalerweise den sich ständig wiederholenden Zusammenbau, während erfahrene Handwerker unter anderem Entwurf, Grundriß und Treppenbau übernehmen. »Mit dem Geld, daß wir jetzt verdienen, können wir es uns nicht leisten, auf zwei Stunden Arbeit zu verzichten, um statt dessen Weiterbildung zu machen. Deshalb brauchen wir beides, höhere Löhne und ein Ausbildungsprogramm,« sagt Lopez.

Diese Unterschiede in der Fachkenntnis, der Erfahrung und beim Lohn haben Spaltungen innerhalb der Holzskelettbauer geschaffen, so daß die weißen Arbeiter während des Streiks generell arbeiten, und die Masse der Belegschaften, die Latinos

sind, den Streik unterstützen.

Die Löhne sind seit Beginn des Streiks gestiegen, da die Unternehmer versuchen, erfahrene Arbeiter über die Streikpostenkette auf ihre Seite zu ziehen. Lopez sagt, daß manche Arbeiter bis zu $22 in der Stunde für Streikbruch bekommen. »Die Frage ist,« sagt Keenan, »können wir die Löhne so hoch halten? Darum geht es bei dem Streik.«

Wenn die Arbeiter die Herausforderung annehmen, können sie nicht nur die Zimmerleutegewerkschaft innerhalb der neuen Immigrantenarbeitskraft in Südkalifornien wiederaufbauen. Sie werden auch Taktiken finden, mit denen sich Baugewerkschaften im ganzen Land organisieren können, um so dem Schwinden ihrer Mitgliedschaft und Macht entgegenwirken zu können.

von David Bacon
(aus Labor Notes, Juni 95)

Chang Sha: Arbeiter streiken

Am Vorabend des Chinesischen Mittherbstfestes im September 94 gingen Arbeiter der Glühbirnenfabik von Chang Sha in der Provinz Hunan wegen anhaltender Lohnrückstände in den Streik.

Vor dem Streik waren sich die Arbeiter bewußt, daß die übliche Regierungspraxis sie von den Straßen fernhalten würde. Wenn eine kollektive Aktion erspäht wird, mobilisiert die Regierung gewöhnlich innerhalb von zehn Minuten eine große Zahl Polizisten an den Ort des Geschehens. Die Polizei formiert sich dann zu einer lebenden Mauer, so daß die Arbeiter die Regierungsgebäude nicht erreichen und keine Hauptstraßen blockieren können. In anderen Worten, der Effekt der kollektiven Aktion soll auf ein Minimum begrenzt werden.

Diesmal beschlossen die Arbeiter der Glühbirnenfabrik, daß sie sich nicht vor der Fabrik versammeln, sondern »individuell« zum Regierungsgebäude gehen würden. Wenn sie erst einmal das Regierungsgebäude erreicht hätten, könnten sie sich schnell zu Gruppen formieren. Dies erwischte die Sicherheitsbeamten unvorbereitet; bis sie bemerkt hatten, daß sich Arbeiter vorm Gebäude sammeln, waren es schon über 500. Der Sekretär der Stadtregierung erschien, um zu vermitteln, er benutzte sowohl die »harte«, als auch die »weiche« Verhandlungsmethode. Zuerst versuchte er es mit »sanfter« diplomatischer Überredung, aber als sich die Arbeiter weigerten, seinen sanften Bitten nachzugeben, benutzte er Drohungen. Er sagte, falls die Arbeiter ihren Streik fortsetzten, würde sich der Charakter des Arbeitskampfes verändern. Dies ist die übliche Redensart bei der Ultralinken, die bedeutet, daß die Arbeiteraktion als gegen Partei und Staat gerichtet betrachtet wird. Dadurch wird der Regierung das Recht verliehen, diese zu unterdrücken, so war es am 4.Juni 89.

Einige Arbeiter bekamen Angst und zogen sich von der Aktion zurück, aber in diesem kritischen Augenblick traten drei Männer vor die Versammlung und fragten den Regierungsvertreter: »Wessen Charakter hat sich verändert? Deiner oder unsrer?

Wieviel verdienst du im Monat?« Der Sekretär antwortete: »Fünf- bis sechshundert.« Die Arbeiter sagten, »Wir verdienen gerade etwas über hundert im Monat. Machen wir einen Tausch, du kriegst ein bißchen mehr als hundert, und wir bekommen fünfhundert.« An diesem Punkt flüsterte ein Leiter aus dem Dezernat für die Leichtindustrie, welches die Glühbirnenfabrik führt, den Arbeitern zu : »Sagt doch nicht solche Sachen, das verschärft lediglich die Widersprüche.« Der Leiter aus dem Dezernat für die Leichtindustrie sagte auch, daß die Regierung sich nicht ausreichend um den Lebensunterhalt der Arbeiter kümmert; statt dessen kümmerten sie sich um den Bau großer Hotels und um die Anwerbung ausländischer Investoren. Ihre Bemühungen kämen der Gegend nicht zugute, und stellten bloß den höheren Beamten Vergnügungs möglichkeiten zur Verfügung. Der Lebensunterhalt der Arbeiter kümmerte sie nicht. Nur deshalb würden die Arbeiter in die Ecke getrieben, so daß sie das Risiko auf sich nähmen, auf die Straße zu gehen und vor den Regierungsgebäuden zu protestieren. Der Leiter aus dem Dezernat für die Leichtindustrie war mitfühlend, aber er konnte nichts tun.

Die Stadtregierung befürchtete, daß dieser Zwischenfall eine Serie ähnlicher Streiks auslösen könnte und stimmte der Verbesserung der Lebensbedingungen zu. Die Arbeiter beendeten ihre Aktion und gingen nach Hause; man kann sagen, daß sie einen Anfangserfolg erreicht haben.

(aus: China Labour Bulletin, April 95)

Streiks in der Süßwarenindustrie bei Leipzig

Wir hatten aus der Zeitung von den Streiks gehört. Demnach hatten ArbeiterInnen in Saalfeld und Delitzsch am Montag mit einem unbefristeten Streik angefangen. Die Gewerkschaft will einen Stufenplan zur Angleichung der Löhne an Westniveau bis zum Jahr 2000 durchsetzen. Am Dienstag sind etwa ein Drittel der ArbeiterInnen der»Halloren GmbH«in Halle und fast alle der ArbeiterInnen aus der »Wurzener Dauerbackwaren GmbH« in den Streik getreten.

Wurzen:

Also bin ich am Donnerstagvormittag nach Wurzen gefahren. Wieder Wurzen, das gleiche 18.000 Seelen Nest, in dem vor drei Wochen eine Antifa Demo stattgefunden hatte (siehe Demobericht zu Wurzen).

Die »Keksbude«, liegt mit der Getreide AG und einer anderen Fabrik in einem kleinen alten Gewerbepark. Der gesamte Platz ist schon etwas rott, an einem Gebäude schlagen Bauarbeiter gerade den Putz ab, ansonsten sieht es hier nicht so sehr nach Arbeit aus, aber auch nicht nach Streik. Aber in der Getreide AG laufen Maschinen und vor der Dauerbackwaren GmbH steht ein Bauwagen, in dem die Streikposten sitzen. Diese haben sich auch mächtig gefreut, daß jemand kommt und nachfragt. In der

Keksbude sind etwa 140 ArbeiterInnen beschäftigt, davon arbeiten ungefähr 100 in der Produktion. Der Anteil der Frauen liegt bei 70%, sie verrichten hauptsächlich die Arbeiten in der Produktion und die Schreibarbeiten im Büro. Zur Hochsaison stellt der Betrieb Aushilfskräfte für drei Monate ein, aber im Moment ist nur die Stammbelegschaft da. Mit den Aushilfen zu kämpfen sei schwierig, sie seien meist unorganisiert und würden ungern etwas für diese drei Monate riskieren.

Hier vor Ort ist die Produktion und eine kleine Verwaltung, lediglich die Lohnbuchhaltung; die Hauptverwaltung ist in Limburg. Fast alle sind Mitglied der NGG, und alle bis auf drei unterstützen den Streik. »Wir haben fünf Jahre stillgehalten, jetzt wollen wir die Westangleichung. Ansonsten fragt man sich, ob das Arbeiten sich noch lohnt.« Die Stimmung ist kämpferisch, wenn auch die Gewerkschaft alles im Griff hat. Eine Delegation von 70 ArbeiterInnen ist nach Delitzsch gefahren, um mit den KollegInnen von der Schokoladenfabrik, zu reden.

Delitzsch:

Am nächsten Tag fahre ich nach Delitzsch, schätzungsweise 30 km nördlich von Leipzig. Etwa 28.000 EinwohnerInnen, viele stammen aus umliegenden Dörfern, die in den 70er Jahren wegen dem Braunkohleabbau vernichtet wurden. Es gibt ein Neubaugebiet und einen Altstadtkern, der im Krieg nicht zerstört wurde und tatsächlich touristisch interessant scheint: mittelalterliche Wehranlage und Türme. Gearbeitet wird im Dienstleistungsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Industrie. Seit einigen Jahren bauen sie auf der grünen Wiese einen Gewerbepark. Was dort genau entsteht, weiß ich nicht.

Direkt am Bahnhof ist ein Fleischgroßhandel, eine Zuckerfabrik und die Schokoladenfabrik. Ich gehe zur Schokoladenfabrik und unterhalte mich mit einer Arbeiterin am Werkstor. Die »Böhme Schokoladen GmbH« hatte vor ein paar Tagen 100. Geburtstag. Sie haben schon vor ein paar Jahren mit der Sanierung angefangen. Mit dem schicken Plexiglasvordach kamen auch die CNC-gesteuerten Rührmaschinen. Sie erzählt, die Arbeit sei leichter geworden. Viele der KollegInnen wurden entlassen. Früher hätten hier 1000 Arbeiterinnen gearbeitet, jetzt sind es noch 400. Bis auf ein paar männliche Handwerker sind alle Frauen. Teile der Handwerker unterstützen den Streik nicht. Die Stimmung sei gut; auf jeden Fall kommen sie Dienstag wieder zum Streikpostenstehen.

Unterschied zwischen Beschäftigungs- und Erwerbsloseninitiativen

Die Erwerbsloseninitiativen sind bundesweit in der BAG – gegen Armut und Arbeitslosigkeit organisiert.

In ihren sehr unterschiedlichen politischen Einschätzungen sind sie sich über einige Argumente einig:

- Gegen Zwangsarbeit für SozialhilfebezieherInnen;
- für existenzsicherndes Einkommen;
- für das Existenzgeld ohne Arbeitszwang;
- gegen »untertarifliche« Bezahlung;
- Tariflohn ist erstmal nichts positives, denn NGG oder IGM Tarife oder bestimmte Haustarife sind sehr unterschiedlich;
- gegen Kürzungen von Arbeitslosengeld, -hilfe, und der Sozialhilfe;
- gegen die Seehoferpläne;
- für gleiche Bezahlung von Frauen, Männern, Flüchtlingen, MigrantInnen.

Neben diesen politischen Forderungen beraten wir auf lokaler Ebene Menschen, die verschiedene Probleme mit den Ämtern haben.

Aus dieser Arbeit heraus ergibt sich fast zwangsläufig, daß wir dauernd im Clinch mit den Vorgesetzten, wie z.B. Sozialamtsleiter Staymann in Frankfurt, stehen.

Dieser wiederum gehört zum Vorstand der Beschäftigungsgesellschaft »Werkstatt Frankfurt«. Dort arbeiten ca. 900 Personen und werden nach einem ÖTV-Haustarif bezahlt. Er liegt noch unter dem ÖTV-Tarif.

In der Waschmaschinenfabrik werden alte Waschmaschinen entweder zerlegt oder entsorgt. Kunden können dann diese recycelten kaufen. Klingt ökologisch ganz vernünftig.

Wie sieht die Arbeitssituation dort aber aus?

Metaller, die eigentlich IGM-Tarif bekommen müßten, gehen mit gut 1000 DM monatlich weniger nach Hause; falls sie so blöd sind dort zu arbeiten.

Die Stimmung im Betrieb: Groß stehen an der Wand Schilder: »Während der Arbeit ist das Trinken von Alkohol verboten«. Warum steht das wohl da?

Weil der Ton der Vorarbeiter honigsüß und die Arbeit so lebendig, fröhlich ist? Nein, das Gegenteil ist der Fall.

Und trotzdem: viele sind froh überhaupt dort arbeiten zu dürfen. ArbeiterInnen, die sonst keinen Job bekämen. Deren psychische oder Erwerbslage wird schamlos ausgebeutet.

Da das Verhältnis Gewerkschaft, Arbeitsamt, Stadt – deren Repräsentanten allesamt im Vorstand der Werkstatt sind – so gut ist, werden immer wieder erwerbslose ArbeiterInnen dorthin geschickt und kommunale Gelder in dieses Unternehmen gesteckt. Neben der Waschmaschinenfabrik (ca 1-200 ArbeiterInnen) hat die Werkstatt noch andere Abteilungen; z.B. das Möbellager.

Neuerdings bekommen SozialhilfebezieherInnen keine neuen Möbel mehr – außer sie sind schwanger, behindert, etc, sondern müssen – wer hätte es gedacht – erstmal in das Möbellager der Werkstatt!

Und was für Möbel bekommen sie da? Schauts euch einfach an!!!

Aber es kommt noch besser: Wer dort keine Möbel findet, weil sie z.B. nicht vorhanden sind, muß warten bis die welche hereinbekommen!

Das soll es eine Frau geben, die neun(!) Monate kein neues Bett bekam, weil sie von Hinz zu Kunz geschickt wurde.

Und schöne Aussichten?

Laut FAZ vom 13.6.95 kündigt Frankfurts Sozialdezernent Joachim Vandreike (SPD) eine gemeinnützige Zeitarbeitsfirma an. Dazu stand nichts näheres im Artikel. Aber die Beziehungen zu Frankfurts Beschäftigungsgesellschaften Werkstatt Frankfurt und Frauenbeschäftigungsgesellschaft und einem vergleichbaren Betrieb des Caritasverbandes soll verbessert werden.

Die gemeinnützige Arbeit – manche nennen es Zwangsarbeit – soll derzeit (angeblich nur) 30 Stunden betragen (pro Woche, das wird nicht dazu gesagt) und nicht erhöht werden...

Ein weiteres holländisches Modell wird in Frankfurt vom Sozialamt und Arbeitsamt diskutiert. Es nennt sich »Meatwork« und ist eine halbstaatliche Arbeitsvermittlerfirma. Sie suchen Arbeitsplätze, mit sozialpädagogischer Betreuung, für schwer vermittelbare – wie AusländerInnen, Behinderte, Langzeiterwerbslose. Hat jemand zu diesen »Meatwork« Informationen?

Ffm, 13.6.95

ArbeiterInnen in Rußland auf der Suche nach dem Glück

Einladung zu einer Wildcat-Veranstaltung am 20.7. in Leipzig

Ob in der Zeitung oder in der Glotze, immer das gleiche Rußland-Bild: Mafia und Gewalt, Armut und Prostitution, Faschisten und Krieg. Aber ist dieses Bild tatsächlich zutreffend? Eine Antwort darauf wollen wir bei der Veranstaltung versuchen. Der folgende Artikel für die Leipziger Stadtzeitung KlaroFix *ist als Diskussionsanregung gedacht. In der nächsten* KlaroFix-*Nummer kommt ein Artikel, der auf die Situation und Kämpfe von Frauen in Rußland eingeht.*

Klasse macht Krise

Um die Situation im heutigen Rußland zu verstehen, ist ein Blick in die jüngste Geschichte des dortigen Klassenkampfes notwendig. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 war letztendlich Folge der Krise der sozialistischen Planwirtschaft und damit der Kämpfe der ArbeiterInnen. Die hatten sich schon seit den 60er Jahren in den Fabriken, Bergwerken und Büros geweigert, mehr und intensiver zu arbeiten. Versuche des sowjetischen Regimes, diese Verweigerung über Leistungsanreize, Prämien usw. zu brechen, scheiterten. Die Produktivität blieb gering, das wirtschaftliche Wachstum ebenfalls. Die ArbeiterInnen hatten sich auf einen Handel eingelassen: Sie nahmen ein relativ niedriges Einkommen und schlechte Lebensbedingungen hin, dafür war aber eine Grundversorgung garantiert und die meisten mußten – verglichen mit dem Westen – relativ wenig arbeiten.

Anfang der 80er verschlechterte sich die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern immer mehr, weil die ArbeiterInnen fast nur noch Schrott produzierten. Die Versorgung konnte zwar über Importe einigermaßen aufrechterhalten werden, doch diese Importe mußten über Kredite finanziert werten, die sich die Regierung bei internationalen Banken (und später dem IWF) holte. So wuchs die Abhängigkeit vom westlichen Kapital. Die Sowjetunion verlor gleichzeitig immer mehr den Anschluß an die westlichen Staaten, konnte in der Rüstung nicht mehr mithalten und blieb bei der Einführung neuer Technologie (Computer) auf der Strecke. Bis Mitte der 80er konnte sie sich gerade noch so mit den Einnahmen aus den Rohstoffexporten über Wasser halten (Rohöl, Erdgas, Gold). Als der Ölpreis dann sank und damit die Einnahmen zurückgingen, mußte das Regime reagieren.

Kämpfe gegen Perestroika

Ab 1985 versuchte die neue Parteiführung unter Gorbatschow, die sowjetische Wirtschaft zu reformieren. Sie nannte ihr Programm Perestroika (Umgestaltung). Im Mittelpunkt stand der erneute Versuch, die ArbeiterInnen zu mehr und intensiverer Arbeit zu zwingen. Neue Lohn- und Prämiensysteme wurden eingeführt, härtere Strafen für Blaumachen und Alkohol am Arbeitsplatz festgelegt. In den Fabriken wurden Qualitätskontrollen gemacht und den ArbeiterInnen bei hohen Ausschußraten was vom

Lohn abgezogen. Eine gleichzeitig durchgeführte Lockerung der Repression (Glasnost) sollte den ArbeiterInnen mehr Freiräume geben und damit ihre Initiative für den Umbau wecken. Um gemeinsame Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Maßnahmen zu verhindern, versuchte das Regime, die ArbeiterInnen zu spalten. Es führte höhere Löhne für die Facharbeiter und Techniker ein. Diese waren dann auch die eifrigsten Unterstützer der Perestroika, da sie was zu gewinnen hofften. Ungelernte, darunter viele Frauen und MigrantInnen, wurden dagegen schlechter bezahlt und zum Teil entlassen.

Der Angriff führte zu neuen Kämpfen. In vielen Teilen der Sowjetunion entwickelten die ArbeiterInnen ab 1985 Streiks und Bewegungen, in denen sie sich gegen die neuen Prämiensysteme wandten und höhere Löhne und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln forderten. Bei den Streikwellen 1989 und 1991 waren Millionen ArbeiterInnen beteiligt, die sich in den Fabriken und Bergwerken in Streikkomitees zusammentaten und eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebenbedingungen verlangten. Parallel gab es Kämpfe in den Knästen, Brotrevolten, eine Ökobewegung usw. Das sowjetische Regime konnte die massiven Aktionen der ArbeiterInnen nicht mehr kontrollieren. Es sah sich gezwungen, Lohnerhöhungen zu gewähren, finanzierte diese dann aber, indem es neues Geld druckte. Dadurch stieg die Inflation und die Lohnerhöhungen waren schnell nichts mehr wert. Gleichzeitig wurden die Renten und andere Sozialleistungen durch die Inflation entwertet. Die Regierung weigerte sich, die Renten entsprechend der Infaltion zu erhöhen, sodaß die meisten Alten – zu 70 Prozent Frauen – verarmten.

Neue Staaten und Putsch Nr.1

In vielen Regionen der Sowjetunion versuchten Funktionäre und Betriebsleiter die Wut und Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Regierung in Moskau für sich einzuspannen. Sie gründeten seit Ende der 80er Unabhängigkeitsbewegungen und verlangten die Souveränität der Teilrepubliken. Dabei konnten sie dann – im Baltikum, im Kaukasus, der Ukraine und in den mittelasiatischen Republiken – auf die Unterstützung vieler ArbeiterInnen zählen. Diese erhofften sich von einem neuen Staat bessere Lebensbedingungen.

Innerhalb des sowjetischen Staatsapparates gab es von Anfang an Widerstand gegen die Perestroika-Reformen, weil sie die Machtpositionen vieler Apparatschiks in Regierung, Verwaltung, Armee und KGB gefährdeten. Zwar waren sich alle einig, daß es Reformen geben müsse, um die Verweigerung der ArbeiterInnen zu brechen, aber über die Art und Weise der Durchführung und die genauen Ziele gab es Unstimmigkeiten. Die Reformer um Gorbatschow versuchten immer wieder hier zwischen den »Radikalen«, die eine schnelle Einführung der sogenannten Marktwirtschaft wollten, und den »Konservativen«, die einen langsamen Übergang und den Erhalt der sowjetischen Strukturen verlangten, zu vermitteln. 1991 spitzte sich die Lage zu, als die ArbeiterInnen (vor allem im Bergbau) viele Streiks organisierten. Sie stellten nun auch Forderungen nach Ablösung der Regierung und Auflösung der Sowjetunion, weil sie erkannt hatten, daß die Lage sich innerhalb der alten Strukturen nicht verbessern würde.

Beim Putsch im August 1991 versuchten Konservative aus Verwaltung, Armee und KGB, die Initiative zurückzuerlangen, wurden aber von den meisten Apparatschiks, vor allem den regionalen Verwaltungschefs und Betriebsleitern, nicht unterstützt. Die Radikalen um den russischen Präsidenten Jelzin nutzten die Bewegungen der ArbeiterInnen und diesen Putsch, um die KPdSU aufzulösen und die Sowjetunion gleich mit. Ende 1991 gründeten die ehemaligen sowjetischen Republiken die »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS).

Streiks gegen Schocktherapie

Die Jelzin-Regierung legte 1992 ein neues Programm zur wirtschaftspolitischen Umgestaltung auf – in Rußland »Schocktherapie« genannt. Die Preise wurden freigegeben, Subventionen gestrichen, das Land für Importe geöffnet und die Privatisierung der Betriebe in Angriff genommen. Die (gewollte) Folge war eine noch tiefergehende Krise als zuvor. Die Betriebsleitungen begannen, Profite abzuzweigen und Kapital ins Ausland zu schaffen. Sie zahlten immer häufiger keine Löhne mehr und schickten die ArbeiterInnen in Kurzarbeit oder unbezahlten Urlaub. Die Verarmung erreichte immer mehr ArbeiterInnen, die so gezwungen wurden, Zweit- und Drittjobs zu machen. Viele ArbeiterInnen, RentnerInnen und Jugendliche, machten Kleinhandel, gingen auf den Strich oder beteiligten sich an sogenannten kriminellen Beschaffungsaktionen.

Die Kämpfe der ArbeiterInnen gingen derweil weiter, vor allem in den Sektoren, in denen bisher wenig passiert war. 1992 streikten u.a. die ArbeiterInnen im Gesundheitssektor und in den Schulen für höhere Löhne – beides Sektoren mit 80 Prozent Frauen. Aber die ArbeiterInnen stellten nicht mehr so weitreichende Forderungen wie noch 1991. Die Streiks fanden oft in Absprache mit den Betriebsleitungen statt. ArbeiterInnen und Betriebsleitungen forderten gemeinsam von der russischen Regierung die Gewährung staatlicher Subventionen. Die ArbeiterInnen erhofften sich davon die Auszahlung ihrer – immer öfter zurückgehaltenen – Löhne. Die Betriebsleitungen wollten die Betriebe – die Basis ihrer Machtposition – erhalten. Die Regierung ging immer wieder auf die Forderungen der ArbeiterInnen und Betriebsleitungen ein und gewährte Kredite und Subventionen, weil sie keine soziale Explosion riskieren wollte. Gleichzeitig lieh sie sich weiter Geld von internationalen Banken und dem Internationalen Währungsfond (IWF), der vor allem die Interessen des amerikanischen, europäischen und japanischen Kapitals vertritt. Der IWF koppelte die Kredite zwar an Bedingungen (geringe Inflation, Privatisierung, usw.), vergab die Kredite aber auch bei Nichteinhaltung. Zu sehr fürchtet das internationale Kapital ein Auseinanderfallen Rußlands oder eine rechtsnationalistische russische Regierung. In beiden Fällen könnte es die Lage in der Region kaum noch kontrollieren.

Mafia-Kapital und Putsch Nr.2

Die Regierung versuchte, die herrschenden Funktionäre und Betriebsleiter als neue herrschende Klasse aufzubauen. Das Privatisierungsprogramm von 1992 wurde so ausgelegt, daß die Betriebsleiter und die wenigen Reichen sich die Aktien der Betriebe

unter den Nagel reißen konnten. Zwar wurden Anteilsscheine an alle Leute mit russischem Paß verteilt, doch die waren quasi nichts wert. Die meisten verkauften sie sofort oder gaben sie sogenannten Investmentfonds, die sie dann in Aktien anlegten. Der Schwindel mit den Anteilscheinen hatte aber einen Zweck. Es wurde so getan, als ginge der gesellschaftliche Besitz (die Betriebe) an die ArbeiterInnen. Die hätten sich nämlich vehement gegen eine Verteilung der Anteile an wenige Bonzen gewehrt. Die Verteilung wurde also über einen anderen Weg durchgesetzt. Hierbei spielt die vielzitierte Mafia eine Rolle. Mafia ist aber keine Bande von Gangstern, sondern eine Organisationsform des Kapitals: die Mafia, das sind Händler und Geschäftsleute, Betriebsleiter und Stadtverwalter, Bullen und Justiz – und vor allem: die Mafia sitzt in der Regierung. Die Aneignung der Betriebe lief über diese Zusammenschlüsse: Korruption, Bestechung, Erpressung und Mord waren Mittel, um die Betriebe unter die Kontrolle weniger zu stellen. Konkurrenten wurden ausgeschaltet, Beamte bestochen, mißliebige ArbeiterInnen beseitigt. Die Regierung konnte behaupten, das seien Gangster, die da am Werke waren, aber sie selbst mischte kräftig mit.

Der Prozeß der Schaffung einer neuen herrschenden Klasse, die die Kontrolle über die Betriebe hat, ist noch nicht abgeschlossen. Die Auseinandersetzung um die richtige Strategie beim Umbau der Wirtschaft ging weiter. 1992 und 1993 gab es Auseinandersetzungen zwischen dem Parlament – unterstützt von Teilen der regionalen Verwaltungs- und Betriebsleitungen – und Präsident Jelzin, hinter dem u.a. die Exportlobby (Erdöl, Erdgas) stand. Jelzin versuchte diesen Streit für sich zu entscheiden, indem er im September 1993 das Parlament auflöste und es später von Panzern zusammenschießen ließ. Ein deutliches Signal an alle Regionen und die ArbeiterInnen, daß das russische Regime gewillt war, auch Waffen einzusetzen, um seine Interessen durchzusetzen.

Imperiale Neuordnung,...

Schon seit 1992 gebärdete sich die russische Regierung nach außen hin deutlicher nationalistisch und imperialistisch. Sie drohte mit dem Einsatz militärischer Mittel zum Schutz der »Russen« in den anderen GUS-Republiken und wandte sich gegen eine NATO-Erweiterung in Osteuropa. Innerhalb der GUS engagierte sie sich in militärischen Konflikten (Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Tadschikistan) und setzte die Stationierung russischer Truppen in diesen Republiken durch. Hintergrund dafür ist die Tatsache, daß die russische Wirtschaft nur über die Reorganisierung des ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsraumes lebensfähig scheint. Rußland braucht die billigen Rohstoffe und Arbeitskräfte aus dem ärmeren Süden und die anderen GUS-Regionen als Absatzmarkt. Da das russische Kapital aber nicht in der Lage ist, ökonomisch gegen die Konkurrenz aus dem Westen zu bestehen, bleibt nur die militärische Durchsetzung seiner Interessen.

Dabei spielt auch eine Rolle, daß die Regierung von anderen Teilen der herrschenden Klasse (Leitungen der Rüstungsbetriebe, Armee ...) unter Druck kam. Diese unterstützten massiv die nationalistischen rechten und stalinistischen Organisationen, die sich gegen die »Ausverkaufsstrategie« der Jelzin-Regierung (gegenüber dem Westen)

wenden. Hier treffen wieder zwei unterschiedliche Positionen innerhalb der herrschenden Klasse aufeinander. Die »Liberalen« wollen Rußland in die Weltwirtschaft integrieren und sind der Meinung, daß das nur über die Öffnung des russischen Marktes für Importe funktioniert. Sie wollen die ArbeiterInnen in Rußland zwingen, mehr zu arbeiten, indem sie mit Entlassungen und Schließung der Betriebe drohen. Die Rechtsnationalisten und Stalinisten wollen die ArbeiterInnen auch zu mehr Arbeit zwingen, aber die Betriebe erhalten und die Märkte schützen, da die Zerstörung der russischen Industrie den Verlust des internationalen Einflusses Rußlands nach sich ziehen würde. Rußland wäre dann endgültig auf dem Weg zu einem reinen Rohstoffexportland. Die Regierung versuchte, einen Kurs zwischen beiden Positionen zu fahren.

...Spaltung der ArbeiterInnen...

Innenpolitisch sicherte sich die Regierung mit einer nationalistischen und rassistischen Politik ab (z.B. Kampagne gegen die Mafia, die sie als »kaukasisch« darstellte, oder die Betonung der »russischen Interessen« gegenüber den »Ausländern«). Sie wollte die ArbeiterInnen spalten, um eine Vereinheitlichung der Kämpfe zu verhindern, und nutzte dabei die Linie der »Herkunft«. Auch hier reagierte die Regierung auf den Druck der rechten und stalinistischen Nationalisten. Diese haben sich seit 1992 eine kulturelle und politische Hegemonie gesichert. Teile der ArbeiterInnen sympathisieren mit ihnen, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer miesen Lage erhoffen. Linke und revolutionäre Ansätze sind durch die sowjetische Vergangenheit für viele ArbeiterInnen diskreditiert. So bleiben für einige nur die Rechten als politische Perspektive. Wichtig ist aber, daß die meisten ArbeiterInnen sich ganz aus den politischen Auseinandersetzungen raushalten und ihnen die Schiebereien in Moskau am Arsch vorbeigehen. Sie sehen sich gezwungen, ihr tägliches Überleben zu sichern und viele kämpfen und streiken nur für ihre unmittelbaren, materiellen Interessen.

...und Krieg!

Hinsichtlich der Vertretung der imperialistischen Interessen Rußlands wurde die russische Regierung im Dezember 1994 deutlicher. Zehntausende Soldaten marschierten in die russische Teilrepublik Tschetschenien ein, die sich 1991 für unabhängig erklärt hatte, was von der Regierung in Moskau nicht akzeptiert worden war. Hintergrund dafür ist u.a. der Zugriff auf die enormen Erdöl- und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer und ihren Transport in die westlichen Metropolen USA, EG und Japan. Die russische Regierung verspricht sich hier große Deviseneinnahmen, die sie für den Umbau der Wirtschaft braucht. Sie will den Transport des Öls zu einem russischen Schwarzmeerhafen durchsetzen. Die dafür vorgesehene – schon gebaute – Pipeline geht durch Tschetschenien und seine Hauptstadt Grosny. Die Bombardierung von Grosny, bei der Zehntausende krepierten, war eine Warnung – nicht zuletzt auch an die wieder streikenden BergarbeiterInnen in den russischen Kohlerevieren: Die Regierung schießt auch euch über den Haufen, wenn ihr in euren Kämpfen zu weit geht!

Veranstaltung zum Klassenkampf in Rußland
am 20.7.95, 19 Uhr in der Lichtwirtschaft, Stokartstr.11, Leipzig-Connewitz,
mit Videos, Vortrag und Diskussion:
Dawai, Dawai! *Interviews zum Klassenkampf in Moskau, 1993, 30 Minuten*
Slawa Trudu! *Kurzfilm über Nationalismus und soziale Kämpfe in Rußland, 1994, 15 Minuten*

RAZZIA

Bullen, Arbeitsamt und Gewerkschaft kontrollieren Baustellen, Gaststätten und Wohnheime. Täglich werden hunderte unserer Kollegen und Kolleginnen abgeführt – nicht, weil sie ihren Chef erschlagen haben, nein, sie haben für ihn gearbeitet!

Razzien greifen nicht die Unternehmer an, sondern die Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie machen es möglich, daß die Bosse uns weniger zahlen und uns mehr antreiben: Denn wer ständig Angst vor Geldstrafe, Knast oder sogar Abschiebung haben muß, kann schlechter für höhere Löhne und bessere Bedingungen kämpfen.

Lassen wir uns durch die Razzien nicht in »Legale« und »illegale« spalten!

NIX DA!

Wöchentliche Vorauszahlung der Löhne!
Mehr Lohn – weniger Streß!
Gemeinsam sind wir stark.